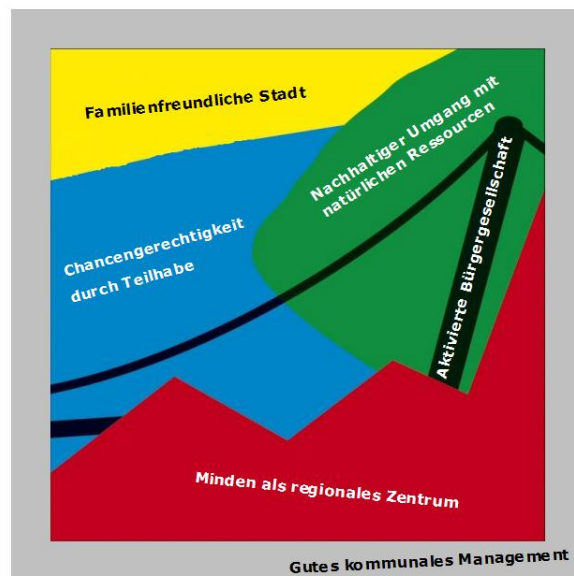




Stadtentwicklungsbericht 2013

Herausgeber:

Stadt Minden – Der Bürgermeister

Zentraler Steuerungsdienst | 0.13 - Stadtentwicklung

Kontakt:

André Gerling
Tel. 0571/89-289
Email: a.gerling@minden.de
www.minden.de

Gliederung

1. Einführung	4
1.1 Was ist Stadtentwicklung?	4
1.2 Über diesen Bericht	5
2. Trends und Rahmenbedingungen	6
2.1 Allgemeine Trends und Rahmenbedingungen	6
2.2 Finanzielle Situation	9
2.3 Haushaltssanierung	10
2.4 Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit als Querschnittsaufgabe	12
3. Ziele.....	13
3.1. Zielstruktur.....	14
3.2. Entstehungsprozess, Entwicklung und Strategische Wirkung	14
3.3 Ausdifferenzierung des Zielsystems im Haushaltsplan der Stadt Minden	16
3.4 Zieltafeln.....	17
4. Aktuelle Situation.....	34
4.1 Entwicklungsprozesse und Projekte 2013.....	34
4.1.1 Entwicklungsprozesse 2013.....	35
4.1.2 Projekte 2013.....	77
4.2 Verknüpfung von Entwicklungsprozessen und Projekten 2013 mit dem strategischen Zielsystem	97
5. Erkenntnisse und Ausblick.....	99

1. Einführung

Mit dem Stadtentwicklungsbericht 2013 liegt die sechste Ausgabe einer regelmäßigen, jährlichen Berichterstattung über die Entwicklung der Stadt Minden vor.

Anspruch und Ziel der Berichterstattung sind es – und das entspricht dem aus dem politischen Beschluss des Hauptausschusses der Stadt Minden vom Januar 2008 abzuleitenden Auftrag – anhand des Stadtentwicklungsberichtes die strategische Ausrichtung der Stadt Minden und die Umsetzung der damit verbundenen Ziele überprüfen und ggf. anpassen zu können.

Form und Inhalt des Berichtes sind so gewählt, dass die Textlänge möglichst kurz und damit leicht lesbar bleibt, zugleich aber ein möglichst umfassender Überblick über die aktuelle Situation der Entwicklung der Stadt Minden gegeben wird. Dementsprechend kann der Bericht jeweils kein vollständiges Abbild der Entwicklungen des vergangenen Jahres sondern nur eine Zusammenstellung der wichtigsten Aspekte zeigen.

Nach einer Einführung zum Begriff der Stadtentwicklung und zu Struktur, Inhalt und Voraussetzungen dieses Berichtes folgen die inhaltlichen Ausführungen zu den Trends und Rahmenbedingungen, der finanziellen Situation der Stadt, den Zielen mit zugeordneten Kenndaten und einer Darstellung der aktuellen Situation mit bedeutenden Entwicklungsprozessen und Projekten des Jahres 2013 und einer Übersicht zur Verknüpfung der Projekte und Prozesse mit den strategischen Zielen. Den Abschluss bildet eine kurze Darstellung der wesentlichen Erkenntnisse zum aktuellen Stand der Stadtentwicklung bzw. des Stadtentwicklungsprozesses, der Defizite bzw. Risiken sowie möglicher Handlungsoptionen für die Zukunft.

Für die Lektüre ist darauf hinzuweisen, dass der für die Berichterstattung zugrundeliegende Stichtag der 31.12.2013 ist und Kapitel, die gegenüber der Vorjahresausgabe bis auf redaktionelle Anpassungen unverändert geblieben sind, grau unterlegt sind.

1.1 Was ist Stadtentwicklung?

Stadtentwicklung befasst sich mit der Steuerung der Gesamtentwicklung der Stadt und umfasst neben der baulich-räumlichen auch die gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Entwicklung. Stadtentwicklung verlangt somit eine ganzheitliche, integrierte und zukunftsgerichtete Herangehensweise. Dabei entwickelt sich eine Stadt nicht unabhängig, sondern steht in ihrer Entwicklung unter dem Einfluss gesellschaftlicher Tendenzen und Rahmenbedingungen wie z. B. dem demographischen Wandel oder der Globalisierung. Die Steuerungswirkung von Stadtentwicklung ist auf langfristige Entwicklungen ausgerichtet und bildet dabei gleichzeitig einen Orientierungsrahmen für kurzfristige Maßnahmen und Investitionen. Im Rahmen der Stadtentwicklungsplanung werden Entwicklungsziele für die Stadt formuliert und gewichtet, Maßnahmen eingeordnet, geplant und umgesetzt und die Zielerreichung überprüft. Auf der Grundlage dieses Systems muss der Stadtentwicklungsprozess kontinuierlich fortgeschrieben und überprüft werden.

In der praktischen Umsetzung ist es wegen des ganzheitlichen Ansatzes von Stadtentwicklung eine wesentliche Anforderung an den Stadtentwicklungsprozess, die verschiedenen Entwicklungsprozesse und -

Stadtentwicklungsbericht 2013

planungen der einzelnen Fachdisziplinen zusammenzuführen, zu bündeln und für eine Orientierung gemäß den Entwicklungszielen zu sorgen.

Der Stadtentwicklungsprozess selbst ist eine gemeinsame Aufgabe von Bürgerschaft, Wirtschaft, lokalen Einrichtungen, Stadtpolitik und Stadtverwaltung. Dabei sind die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger und der lokalen Akteure an der Stadtentwicklung sowie deren Zustimmung hinsichtlich der zukünftig notwendigen Maßnahmen ein elementares Ziel der kommunalen Stadtentwicklungsplanung. Die offene und öffentliche Gestaltung von Planungsprozessen ist eine wesentliche Voraussetzung für Bürgerengagement und private Investitionen, die für eine erfolgreiche Stadtentwicklung unerlässlich sind.

1.2 Über diesen Bericht

Die Konzipierung und Umsetzung des Stadtentwicklungsprozesses in der Stadt Minden, der mit dem in Kapitel 1.1. beschriebenen Anspruch betrieben wird, waren und sind selbst von einem steten Überprüfungs- und Anpassungsbedarf gekennzeichnet. Das gilt seit Ende 2005 über den Zeitpunkt des in der Einführung erwähnten Beschlusses zu Reorganisation des Stadtentwicklungsprozesses im Januar 2008 und die Erstellung der bisherigen Stadtentwicklungsberichte für die Jahre 2008 bis heute.

Mit dem erstmaligen Aufbau eines gemeinsam getragenen Zielsystems bis zum Jahr 2009 unter Berücksichtigung der Vielzahl von laufenden Prozessen, Planungen und Projekten liegt dafür allerdings eine belastbare Grundlage vor, um den Steuerungsanspruch der Stadtentwicklungsziele in das kommunale Handeln zu implementieren. Ein regelmäßiges Überarbeiten und Fortschreiben der Entwicklungsziele und damit auch ein Überprüfen und Anpassen der Maßnahmen und Investitionen ist allerdings notwendig, damit der Orientierungsgedanke von Stadtentwicklung nachhaltig seine Wirkung entfalten kann. Denn angesichts der von der kommunalen Hand nicht immer zu steuernden Entwicklungen ist ein übergeordnetes Steuerungs- und Orientierungssystem für die strategische Ausrichtung des städtischen Handelns nur dann wirkungsvoll, wenn es sich den jeweils aktuellen Rahmenbedingungen und Entwicklungen anpasst ohne dabei willkürlich oder beliebig zu erscheinen, was bedeutet an der gemeinsamen Idee, der gemeinsamen Vorstellung von der Entwicklung der Stadt festzuhalten.

Anspruch dieses Berichtes ist es die gültigen Rahmenbedingungen und das strategische Zielsystem darzustellen, einen aktuellen Stand der Stadtentwicklung anhand der wichtigsten Projekte und Prozesse aufzuzeigen und Anforderungen an den weiteren Stadtentwicklungsprozess abzuleiten.

Der Bericht hat somit sowohl eine Kontroll- als auch eine Impulsfunktion.

In der Kontrollfunktion soll er überprüfen, ob und wie die strategischen Ziele und das kommunale Handeln eine systemische möglichst widerspruchsfreie Einheit bilden. So ist zu hinterfragen, ob die entwickelte Struktur der Stadtentwicklungsziele den passenden Orientierungsrahmen bietet, ob von den Zielen die gewünschte Steuerungswirkung ausgeht und ob die Zielformulierungen in der praktischen Anwendung handhabbar und praktikabel sind.

Gleichzeitig soll der Bericht mit den Darstellungen der aktuellen Situation und der Schwerpunkte der Entwicklung der Stadt die Basis für die weitere Diskussion und Entwicklung im Prozess der Stadtentwicklungsplanung und die Entwicklung der

Stadtentwicklungsbericht 2013

Stadt selbst eine Impulsfunktion ausüben. Der Bericht ist damit ein wichtiger Baustein, um den Stadtentwicklungsprozess, die Steuerungsfunktion des städtischen Zielsystems und die zielorientierte Entwicklung der Stadt voranzubringen.

2. Trends und Rahmenbedingungen

Die Stadt Minden entwickelt sich nicht als unabhängige Einheit. Vielmehr findet die Entwicklung der Stadt und das Leben und Handeln in ihr unter dem Einfluss oder in Abhängigkeit von verschiedensten Rahmenbedingungen und Trends statt. Neben grundsätzlichen Rahmenbedingungen wie z.B. der geografischen Lage und sich fortlaufend entwickelnden insbesondere gesellschaftlichen Trends können auch kurzfristige Entwicklungen Auswirkungen auf die städtische Entwicklung bzw. die Entwicklungsmöglichkeiten einer Stadt haben, wie es zum Beispiel bei den kommunalen Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise der Fall war bzw. ist.

Ein weiteres Beispiel, dass absehbar zu veränderten Handlungsweisen der Beteiligten und damit auch der kommunalen Akteure führen wird, ist die gesellschaftlichen und politische Diskussion über die Beteiligung und Information der Öffentlichkeit und der von den Auswirkungen direkt oder indirekt Betroffenen bei Planungen sowohl der öffentlichen als auch der privaten Hand. Dabei spielen, wobei inhaltlich in jüngerer Vergangenheit insbesondere die Großprojekte (Stichwort „Stuttgart 21“) im Fokus stehen, die sich bietenden digitalen Austausch-, Vernetzungs- und Informationsmöglichkeiten eine wichtige Rolle. Angesichts der Tatsache, dass Veränderungen im gemeinsamen Umgang unumgänglich sind, der Ausgang und Konsequenzen der Diskussion aber bisher noch offen, gilt es sich auf die sich aus dieser Diskussion ergebenden Chancen und Risiken für die Entwicklung der Stadt Minden rechtzeitig einzustellen, während deren weitere Entwicklung abzuwarten bleibt.

Neben diesen allgemeinen Trends und Rahmenbedingungen wird, da sie in ihrer kommunalen Ausprägung wesentlich auch durch externe Entwicklungen beeinflusst wird, die aktuelle finanzielle Situation der Stadt Minden als eigenes Unterkapitel skizziert, da sie eine wesentliche Begrenzung möglicher städtischer Aktivitäten darstellt. Dies ergänzend wird auch die im Jahr 2013 erfolgte Festlegung der perspektivischen Entwicklung der finanziellen Situation der Stadt kurz dargestellt. Maßgeblich ist hier der auf den Überlegungen zum sogenannten „Masterplan Haushaltskonsolidierung“ basierende Haushaltssanierungsplan im Zuge des „Stärkungspakt Stadtfinanzen“. Neu eingefügt wurde die Darstellung der immer wichtiger werdenden frühzeitigen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an für die Stadtentwicklung bedeutenden Entscheidungen, aber auch am, das unmittelbare Lebensumfeld betreffenden Verwaltungshandeln.

2.1 Allgemeine Trends und Rahmenbedingungen

Zur Beschreibung der die Entwicklung in der Stadt Minden beeinflussenden gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsparameter werden neben dem demografischen Wandel, dessen Ausprägung für die Stadt Minden beschrieben

wird, und der kurzen Darstellung der geografischen Rahmenbedingungen die wichtigsten weiteren Trends anhand ihrer allgemeinen Ausprägungen skizziert.

▪ **Demografischer Wandel**

Der demografische Wandel wird immer wieder mit den Schlagworten „weniger, älter und bunter“ beschrieben. Wesentliche Ursache für den Bevölkerungsrückgang und den Anstieg des Durchschnittsalters ist der Rückgang der Geburtenrate und die steigende Lebenserwartung. Im Zusammenspiel mit einer immer geringer werdenden Zahl von Frauen im gebärfähigen Alter ist damit längerfristig eine Entwicklung vorgezeichnet, die sich auch in Minden niederschlägt.

Die langjährige Bevölkerungsentwicklung der Stadt Minden ist dadurch gekennzeichnet, dass die Zahl der Sterbefälle höher ist als die Zahl der Geburten. Nachdem seit der Jahrtausendwende über mehrere Jahre zunächst noch ein positiver Wanderungssaldo, d.h. dass mehr Menschen nach Minden ziehen als aus Minden wegziehen, zu einer recht stabilen Entwicklung der Einwohnerzahlen um 83.000 Personen führte, muss für die jüngere Vergangenheit ein negativer Saldo und somit eine leicht sinkende bis ausgeglichene Einwohnerzahl verbucht werden.

Das entspricht der zu erwartenden Entwicklung, dass angesichts des unabwendbaren und sich verstärkenden Geburtendefizits in Folge der oben beschriebenen Entwicklung die Wanderungsgewinne diese Verluste in der Zukunft nicht auffangen können.

Die pessimistischeren Prognosen sagen einen Rückgang der Einwohnerzahl bis auf 79.000 Einwohner bis zum Jahr 2020 voraus, demgegenüber errechnet die Prognose der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2008 bis zum Jahr 2025 nur geringen Verluste von unter 1.000 Einwohnern. Dieser Wert ist allerdings zwischenzeitlich durch die tatsächliche Entwicklung bereits unterschritten. Bis zum Jahr 2040 kann die Einwohnerzahl laut Prognose bis auf ca. 70.000 zurückgehen.

Das Durchschnittsalter der Mindener Bevölkerung wird in den kommenden Jahren stark ansteigen. Waren die Mindenerinnen und Mindener im Jahr 2006 im Schnitt 41,9 Jahre alt, so steigt dieses Alter nach der Prognose der Bertelsmann-Stiftung auf 47,1 Jahre im Jahr 2025.

Für das Schlagwort „bunter“ liegen keine so konkreten Zahlen und Prognosen vor. Allerdings ist der Ausländeranteil in der Stadt Minden in den vergangenen Jahren stetig gestiegen und wird laut Prognosen bis 2020 ca. 13 Prozent erreichen. Insgesamt haben unter Berücksichtigung der Aussiedler schon heute mindestens 20 Prozent der Bürgerinnen und Bürger einen Migrationshintergrund.

▪ **Geografie**

Leben und Handeln findet in einer räumlichen Umgebung statt. Damit werden die Zukunft und die Entwicklungsmöglichkeit von den räumlichen Voraussetzungen der Stadt mitbestimmt.

Die Stadt Minden ist geprägt durch ihre Lage an Weser und Mittellandkanal, die das Stadtgebiet zerteilen bzw. gliedern. Durch das schwach bewegte Relief, das außer zum Wiehengebirge hin keine größeren Höhenunterschiede aufweist, bestehen außer in den Niederungsbereichen von Weser und Bastau kaum natürliche Schranken für eine bauliche Entwicklung.

Dabei zeichnet sich die Stadt durch eine relativ kompakte Siedlungsstruktur mit den Streusiedlungsbereichen im Norden aus und hat eine für ostwestfälische

Stadtentwicklungsbericht 2013

Verhältnisse relativ hohe Siedlungsdichte. Dementsprechend ist sie in großen Bereichen städtisch geprägt.

Die Siedlungsstruktur Mindens ist eindeutig auf das Stadtzentrum, d.h. die historische Altstadt innerhalb des Glacis ausgerichtet. Hier sind der Einzelhandel sowie die öffentlichen und privaten Dienstleistungen konzentriert.

Umgeben wird das Stadtzentrum im Bereich bis zur Ringstraße von überwiegend verdichteten Wohn- und Mischgebieten, in dem auch viele Dienstleistungsnutzungen zu finden sind. Um diesen Kern herum schließt sich beidseits der Weser ein Ring größtenteils zusammenhängender, innenstadtnaher Wohngebiete mit überwiegend aufgelockerter Bebauung an, der auch städtisch geprägt ist und die Hauptwohngebiete der Stadt Minden umfasst.

Im Gegensatz zu der städtisch orientierten Zone befinden sich entlang der historischen Landstraßen die eher dörflich bzw. ländlich geprägten Ortskerne der ehemals selbstständigen Dörfer, die fast alle erst im Jahr 1973 durch die Gebietsreform in die Stadt Minden eingegliedert wurden. Die ehemaligen Dörfer sind größtenteils von landwirtschaftlichen Nutzflächen oder anderen Freiflächen umgeben, wobei sich entlang der Hauptstraßen immer mehr bandartige Siedlungsstrukturen ausbilden. Bemerkenswert sind neben einigen größeren Streusiedlungsbereichen im nördlichen Stadtgebiet die Siedlungsverflechtungen zur Stadt Porta Westfalica im Süden der Stadt, die eine Dichte erreichen, die eine klare Abgrenzung der Siedlungsräume und anderer Raumfunktionen erschwert.

▪ Sozialer und gesellschaftlicher Wandel

- Spreizung der Einkommen
- Wachsende Zahl der Bezieher von Sozialleistungen
- Wertewandel / -verfall
- Pluralisierung der Lebensstile
- Reduzierung der Haushaltsgrößen
- Zunehmender Anteil von Singles
- Wachsende Zahl von Alleinerziehenden
- Anstieg der Mobilität
- Eventkultur

▪ Wandel der Arbeitswelt

- Andauernde Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft
- Stagnation bzw. Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze in verarbeitenden Bereichen
- Notwendigkeit lebenslangen Lernens
- Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse
- Anstieg der Arbeitsplatzmobilität
- Höhere Anforderungen an die Sprach- und Kulturkompetenz
- Bedarf an Fachkräften und Spezialisten

▪ Globalisierung

- Weltweit zunehmende Verflechtung von Menschen, Gütern, Information und Kapital
- Zunehmende internationale Verflechtung von Unternehmen und Warenströmen
- Liberalisierung und Zunahme des Welthandels

- Regionalisierung
- Wettbewerb der Regionen untereinander
- Mobilität von Waren und Dienstleistungen
- Internationale Konkurrenz von Unternehmen
- Unternehmenskonzentration
- Verlagerung von Arbeitsplätzen bzw. ganzen Tätigkeitsbereichen
- Finanzmarktdynamik und -risiko

▪ **Technologische Entwicklung / Medien**

- Digitale Revolution
- Digitale Kommunikation
- Dauernde Erreichbarkeit per Handy
- Informations-, Dienstleistungs- und Konsumangebote des Internets
- Interaktives Internet

▪ **Energie und Ressourcen**

- Langfristig steigende Energiepreise / Energiesparen
- Wachsender Marktanteil nachwachsender Rohstoffe
- Klimaschutzdiskussion
- Diskussion um die Nutzung erneuerbarer Energien

2.2 Finanzielle Situation

Die finanzielle Situation der Stadt Minden ist bereits seit 1998 und damit schon seit weit über einem Jahrzehnt von Defiziten geprägt. Bereits mit der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) im Jahr 2007 sah die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung der Stadt Minden einen vollständigen Verzehr der Ausgleichsrücklage und ab dem Jahr 2010 auch einen erheblichen Abbau des Eigenkapitals vor.

Gegenüber der ursprünglichen Planung hat sich die Ertragslage der Stadt Minden in den Haushaltsjahre 2007 und 2008 deutlich besser entwickelt, das Haushaltsjahr 2007 schloss mit einem Fehlbetrag von 5 Mio. Euro besser ab als geplant, im Jahr 2008 konnten die höchsten Steuereinnahmen seit Jahrzehnten erzielt werden und das Haushaltsjahr endete mit einem Überschuss von über 1 Mio. Euro, der der Ausgleichsrücklage zugeführt wurde.

Entgegen der guten Entwicklung in den Jahren 2007 und 2008 ist bekanntlich seit Anfang 2009 eine vollkommen gegenläufige Tendenz eingetreten. Die Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, die selbst bereits im Frühsommer 2007 mit der US-Immobilienkrise begann und im weiteren Verlauf insbesondere von einer Verknappung von Liquidität und einem Rückgang des Handelsvolumens geprägt war, haben sich insbesondere in den Jahren 2009 und 2010 bundesweit massiv auf die kommunalen Finanzlagen ausgewirkt. So auch in Minden, wo sich für das Haushaltsjahr 2009 insbesondere wegen hoher unmittelbarer (Gewerbsteuer, Gemeindeanteil a.d. Einkommensteuer) und mittelbarer (Finanzausgleich) Steuerausfälle infolge der Wirtschaftskrise zunächst eine zusätzliche Ergebnisverschlechterung von über 12,5 Mio. € auf ein Defizit von über 25 Mio. € abzeichnete. Durch Ergebnisverbesserungen, wie z.B. die Erstattung SGB-II für 2007-2009 oder die Rechnungsabgrenzung bei der Gewerbesteuer, konnte die Erhöhung des Defizits auf gut 4,5 Mio. € reduziert

werden. Die Ergebnisrechnung zum 31.12.2009 schloss im Jahresabschluss somit mit einem Gesamtdefizit von knapp über 17 Mio. € und markiert damit den bisherigen Tiefpunkt der finanziellen Lage der Stadt Minden.

Für das Haushaltsjahr 2010, das – geplant vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise – von einem Haushaltsdefizit von nahezu 32 Mio. € in der fortgeschriebenen Planung ausging, war zum Berichtsstand 31.11.2010 wegen der beginnenden konjunkturellen Erholung eine leichte Verbesserung um gut 4 Mio. € erkennbar. Im 1. Quartal 2011 haben sich für 2010 noch erhebliche Haushaltsverbesserungen ergeben, wie z.B. die GFG-Aufstockung, Gewerbesteuererträge und –umlagen, die Neuberechnung der Pensionsrückstellungen, oder geringere Gebäudeentgelte an die SBM, so dass im Ergebnis für das Jahr 2010 einschließlich aller weiteren Einflussfaktoren mehr als eine Halbierung des ursprünglichen Plandefizits von fast 32 Mio. € auf knapp 10,5 Mio. € zum 31.12.2010 entstand.

Diese Haushaltsverbesserungen bremsen gleichzeitig den in der mittelfristigen Finanzplanung befürchteten deutlichen Aufwuchs der Kassenkredite und führen damit auch zu Zinseinsparungen.

Das Haushaltsjahr 2011, das in der Planung ein strukturelles Haushaltsdefizit von über 21 Mio. € vorsah, verlief bedingt durch verschiedene Faktoren wie z.B. höhere Steuererträge – insbesondere die höheren Einnahmen bei der Gewerbesteuer, die mit voraussichtlich 43 Mio. Euro per Saldo sogar höher als die Einnahmen des Jahres 2008 ausfielen – und verminderte SGB-II-Finanzierungslasten deutlich besser als im Planansatz. Mit dem Jahresabschluss 2011 konnte entgegen der Planungen ein Überschuss von 1,7 Mio. Euro erzielt und der Rücklage zugeführt werden.

Das Haushaltsjahr 2012 weist im Jahresabschluss entgegen der Planungen ein mit – 5,54 Mio. Euro deutlich geringeres Defizit auf. In der ursprünglichen Haushaltsplanung war von einem Defizit von 14,8 Mio. ausgegangen worden. Obwohl es bei den Steuereinnahmen zu deutlichen Steigerungen und bei den Sach- und Personalkosten zu deutlichen Einsparungen kam, war auch im Jahr 2012 ein weiterer Anstieg der Ausgaben zu beobachten, hierzu zählen vor allem die Sozialausgaben und die gestiegene Verlustabdeckung für den ÖPNV.

Die starken Schwankungen auf der Einnahmeseite zeigen sich auch im Jahr 2013, bei der Gewerbesteuer sind im Vergleich zur Haushaltsplanung deutliche Einnahmeverluste von etwa 8 Mio. Euro zu verzeichnen. Die geringeren Einnahmen bei der Gewerbesteuer können durch deutlich geringere Aufwendungen für Sach- und Personalkosten sowie über eine durch den Stadtkämmerer verfügte Haushaltssperre zu einem großen Teil aufgefangen werden. Das Ergebnis wird sich nach dem Gesamtfinanzbericht vom 31.08.2013 und der Fortschreibung zum 30.11.2013 durch weitere positive Sondereffekte von ursprünglich -12,7 Mio. Euro auf ca. -10,5 Mio. Euro leicht verbessern.

2.3 Haushaltssanierung

Bereits vor den entsprechenden Weichenstellungen auf Landesebene im Jahr 2011 war klar, dass selbst bei konjunkturell stabilen Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren jährliche Defizite von bis zu 20 Mio. € den Mindener Haushalt belasten, die unmöglich ausschließlich durch eigene Konsolidierungsleistungen bewältigt werden können, und daher neben weiteren eigenen Konsolidierungsanstrengungen schnelle, gleichzeitige und gleichgerichtete finanzielle Hilfe von Bund und Land für eine grundlegenden Verbesserung der städtischen Finanzsituation erforderlich ist.

Parallel zur Erarbeitung des „Masterplan Haushaltskonsolidierung“, dessen Aufstellung vom Rat im Dezember 2010 beschlossen wurde und der als mittel- bis langfristiger Rahmenplan quantitative und zeitliche Ziele zur Erreichung der Haushaltsausgleichs beschreiben sollte, sind im Jahr 2011 verschiedene unterstützende Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene gefallen, die eine erfolgreiche Umsetzung einer solchen Konsolidierungsstrategie überhaupt erst möglich machten und im sogenannten Stärkungspaktgesetz des Landes im Dezember 2011 gipfelten.

Entsprechend dieser gesetzlichen Regelung ist die Stadt Minden angesichts der im Haushaltsplan 2010 dargelegten zu erwartenden bilanziellen Überschuldung pflichtiger Teilnehmer der ersten Stufe des Stärkungspaktes Stadtfinanzen. Neben der zusätzlichen finanziellen Zuweisung sind mit dieser Teilnahme verschiedene Bedingungen bzw. Konsequenzen verknüpft. Kernpunkt ist die Erarbeitung eines Haushaltssanierungsplans, der den Abbau der Fehlbeträge in jährlichen Schritten darstellt und von der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen ist.

Hier konnte auf den Arbeiten zum „Masterplan Haushaltskonsolidierung“ aufgebaut werden, so dass mit Ratsbeschluss vom Dezember 2011 ein Haushaltssanierungsplan verabschiedet wurde. Als Bestandteile des Sanierungsplans sind neben den genannten Konsolidierungshilfen des Landes im Zuge des Stärkungspaktes als „krisenpolitischem Ansatz“ und verschiedener „ordnungspolitischer Ansätze“ (Novellierung des kommunalen Finanzausgleiches und Effekten aus höheren Bund-/Landesbeteiligungen für übertragene Aufgaben) allerdings weitere eigene Konsolidierungsbeiträge nötig, die erhebliche weitere große Sparanstrengungen erfordern. Die Stadt Minden ist gleichzeitig gefordert ihre Einnahmesituation zu verbessern, in diesem Zusammenhang hat der Rat im Dezember 2012 zur Sicherstellung der Genehmigungsfähigkeit des Haushaltssanierungsplans die Hebesätze der Realsteuern auf den Landesdurchschnitt vergleichbarer Kommunen angehoben. Ohne Berücksichtigung der Tatsache, dass es auch formal zur konsequenten Umsetzung des Haushaltssanierungsplans keine Alternative gibt, besteht mit dem perspektivischen Haushaltsausgleich trotz aller Unwägbarkeiten erstmals seit vielen Jahren eine realistische Perspektive zum Erhalt der finanziellen Handlungsfähigkeit und damit der kommunalen Selbstverwaltung. Im Juli 2013 hat der Landtag Nordrhein-Westfalen eine Änderung des Gesetzes zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen (Stärkungspaktgesetz) und eine Änderung der Konsolidierungshilfe beschlossen. Die Verteilung der Konsolidierungshilfe nach dem Stärkungspaktgesetz erfolgt - neben einem Grundbetrag je Einwohner - nach einer von den Professoren Junkernheinrich und Lenk errechneten strukturellen Haushaltslücke. Die im Gutachten "Haushaltsausgleich und Schuldenabbau" vom Februar 2011 ausgewiesenen Werte wurden in Bezug auf die Zinsberechnung im Juli 2011 von der FORA GmbH aktualisiert und als Anlage Bestandteil des Stärkungspaktgesetzes. Für die Stadt Minden ergab die Berechnung eine Konsolidierungshilfe von 3,4 Mio. Euro pro Jahr (bis 2016, danach bis 2020 abschmelzend). Die Berechnung der strukturellen Lücke erfolgte auf Grundlage der vom Landesbetrieb Information und Technik NRW (IT.NRW) geführten kommunalen Jahresrechnungsstatistik. Nach Verabschiedung des Stärkungspaktgesetzes stellte sich heraus, dass die verwendeten statistischen Daten die Realität in einem erheblichen Umfang nicht wiedergegeben haben. Da die Abweichungen teilweise sehr gravierend waren, hat sich die Landesregierung für eine Neuberechnung der Konsolidierungshilfen entschieden. Für die Stadt

Minden ergibt diese Neuberechnung eine annähernde Verdoppelung der Konsolidierungshilfe von 3,7 auf 6,3 Mio. Euro pro Jahr für 2013 bis 2016.

2.4 Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit als Querschnittsaufgabe

Die Ansprüche an Transparenz und Beteiligung haben sich geändert. Bürger sind häufig unzufrieden, weil sie nicht frühzeitig, umfangreich und verbindlich genug an politischen Entscheidungen in ihrem direkten Umfeld beteiligt werden. Sie sind längst nicht mehr passive Zuschauer politischer Entscheidungen. Bürger wollen aktiv mitgestalten, angehört werden, mitreden und in ihren Belangen ernst genommen werden. Das geht nicht ohne umfassende Information, Transparenz und Dialogangebote. In aktuellen Befragungen fordern mehr als zwei Drittel der Bevölkerung, bei Entscheidungen zu bedeutsamen kommunalen Projekten stärker eingebunden zu werden.¹ Die Veränderung der Kommunikations- und Partizipationsbedürfnisse der Bürger gehen einher mit der Entwicklung der Neuen Medien. Das Internet und seine Web 2.0 Kanäle, wie zum Beispiel Facebook, Twitter, Foren, Blogs & Co. eröffnen vielfältige Möglichkeiten des Dialogs. Und neue Chancen für ein aktives Einbeziehen der Bürger in Entscheidungsprozesse als Form gelebter Demokratie.

Die Stadt Minden beschreitet hier neue Wege und hat mit einem beispielhaften offenen und transparenten Beteiligungsprozess ein Großprojekt in der Innenstadtentwicklung eingeleitet. Unter dem Motto „Minden gestalten – gemeinsam Tore öffnen“ startete im Juni 2012 eine sehr frühzeitige Bürgerbeteiligung zur Entwicklung des Wesertor-Quartiers mit integriertem Einkaufscenter. In Workshops, sogenannten Planungswerkstätten, hatten die Mindener die Möglichkeit, sich in den Prozess mit Anregungen, Ideen und Kritik einzubringen und die Entwicklung in der Innenstadt aktiv mitzugestalten, noch bevor konkrete Planinhalte entwickelt werden. Schließlich sind es die Bürger, die ihre Stadt in ihren verschiedenen Facetten erleben und sich mit ihr identifizieren wollen. Um möglichst viele Menschen zu erreichen und zielgruppengerecht zu kommunizieren, setzt die Stadt Minden auf ein Zusammenspiel mehrerer Kanäle, die sich gegenseitig ergänzen und verstärken. Neben den insgesamt vier Workshops, in denen Verwaltung, Investor, Gutachter und Bürger zusammen Ideen erarbeiteten, tritt die Stadt online in den Dialog: eine Projektwebsite www.minden-gestalten.de bietet umfassende Informationen zum Projekt und über das „Forum Wesertor“ sowie Facebook haben die Bürger eine zusätzliche Möglichkeit sich mit Fragen und Anregungen einzubringen und zu diskutieren. Der Gedanke dabei ist, mit unterschiedlichen Formaten verschiedene Zielgruppen ansprechen. Die Bürger werden dort abgeholt, wo sie kommunizieren und so hat jeder die Möglichkeit, sich über die Medien seiner Wahl einzubringen. Formate, wie Bürgerworkshop, sind für Jugendliche oft schwer zugänglich. Viele möchten sich eher leicht mit städtischen und politischen Themen auseinandersetzen. Das funktioniert am besten über Facebook. Gerade unter Jugendlichen hat das soziale Netzwerk die stärkste Verbreitung und dieses Potenzial möchte die Stadt Minden nutzen. Darüber hinaus hat die Stadt zusätzliche Möglichkeiten geschaffen, Bürger für das Projekt zu interessieren und sie einzubinden: ein Fotowettbewerb „Perspektiven – mein Blick in das Wesertor-Quartier“, das Sommerfest auf dem Johanniskirchhof und im BÜZ und eine Fahrt nach Hameln mit Begehung der Fußgängerzone und Besichtigung des ECE-Centers waren Bestandteile eines

¹ vgl. Studie Bertelsmann Stiftung 2012: „Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung Prozessanalysen und Empfehlungen am Beispiel von Fernstraßen, Industrieanlagen und Kraftwerken“

Stadtentwicklungsbericht 2013

Rahmenprogramm über das sich jeder sein individuelles Bild vom Projekt verschaffen konnte.

Mit dieser partizipativen und akzeptanzschaffenden Vorgehensweise möchte die Stadt Minden in Zeiten komplexer Innenstadtentwicklungen Maßstäbe setzen. Als vorbildliches Beteiligungsprojekt ist die Quartiersentwicklung Wesertor vom „German Council of Shopping Centers“ für den Innovationspreis als ein gelebtes Beispiel für eine nachhaltige partizipative Planungskultur ausgezeichnet worden. Die Anerkennung zeigt, dass diese Vorgehensweise auch ein Vorbild für andere komplexe Projektentwicklungen sein kann.

Eine neue Qualität von Bürgerbeteiligung ist aber nicht nur in Großprojekten relevant. Um Akzeptanz und die beste Lösung für alle Betroffenen zu schaffen, ist sie auch in kleinen Projekten und Standardverfahren notwendig. Eine Kinderbeteiligung zur Spielplatzgestaltung an der Weserpromenade hat zum Beispiel erfolgreich ein attraktives und zielgruppengerechtes Ergebnis hervorgebracht. Das Kulturbüro hat für die Kulturelle Bildung im Rahmen eines Volontariats Unterstützung im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und soziale Netzwerke erhalten. Auch in Straßenbauprojekten, bei denen Anwohner anteilig Kosten übernehmen, ist frühzeitige, verständliche und leicht zugängliche Information ein wesentlicher Bestandteil jeder Beteiligung. Ein direkter Austausch im Rahmen von Bürgerversammlungen kann dadurch positiv unterstützt werden. Auch hier werden die Stadt Minden und die Städtischen Betriebe ihre Verfahren kontinuierlich verbessern. Akzeptanz erhöht sich vor allem dann, wenn Transparenz und Partizipation über die bislang praktizierte formale Form der Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungsverfahren hinausgeht. Deshalb hat die Stadt Minden ebenso bei der Neugestaltung der Fußgängerzone auf die aktive Einbeziehung der Bürgerschaft gesetzt und eine Vorauswahl für die Pflasterung öffentlich abstimmen lassen.

Ein veränderter Partizipationsanspruch erfordert ein Umdenken in Verwaltung und Politik. Die Stadt Minden bei der Entwicklung neuer Beteiligungsmöglichkeiten und deren Synchronisierung mit den formalen und politischen Prozessen auf einem guten Weg und bestrebt diesen konsequent weiter zu verfolgen. Dazu ist auch noch viel Arbeit erforderlich, unter anderem soll der städtische Internetauftritt optimiert und neue e-partizipations-Module sinnvoll integriert werden, um den Anspruch an ein gutes kommunales Management zu stärken. Die Stadt Minden sieht insgesamt fachbereichsübergreifend die Chance, Hemmschwellen und Vorurteile abzubauen indem aktiv und transparent kommuniziert und Austauschmöglichkeiten über viele verschiedene Kanäle geschaffen werden. Das fördert langfristig auch das Vertrauen in Politik und Verwaltung, die Stadt Minden sieht hier ein wesentliches Ziel kommunalen Handelns.

3. Ziele

Ziele bezeichnen einen in der Zukunft liegenden, angestrebten Zustand. Sie geben dem Handeln Orientierung und legen das zu erreichende Ergebnis fest. Mit der Festlegung von Zielen bietet sich für die Stadt die Möglichkeit über das gesamte Aufgabenspektrum der Verwaltung hinweg eine Gesamtsteuerung zu etablieren, da die Ziele als Planungsgröße eine ergebnisbezogene Handlungsorientierung für alle Beteiligten vermitteln. Darüber hinaus können

Stadtentwicklungsbericht 2013

sowohl der Verständigungsprozess zur Erarbeitung und Festlegung der Ziele als auch das entstandene Ergebnis der Kommunikation und der Beschreibung eines gemeinsamen Verständnisses über die Entwicklung der Stadt dienen.

3.1. Zielstruktur

Die Zielstruktur der Stadt Minden orientiert sich an der klassischen, hierarchischen Zielpyramide, die zwischen normativen, strategischen und operativen Zielen unterscheidet.

Dabei sind die normativen Ziele, die sich mit Wertorientierungen und Zukunftsgestaltung befassen, nicht Gegenstand der weiteren Betrachtungen und der Ausarbeitung, da mit dem Leitbild für die Stadt Minden, das in einem öffentlichen und stark beteiligungsorientierten Verfahren erarbeitet und im Dezember 2000 beschlossen wurde, eine solche Orientierung vorliegt, die eine belastbare Grundlage darstellt.

Die Zielebene der Strategischen Ziele, die aus der Wertorientierung abzuleiten sind, ist die für die zentrale und strategische Steuerung bedeutsamste. Hier geht es um festzulegende Grundsatzentscheidungen, deren Wirkung in Summe die mittel- bis langfristige Entwicklung der Stadt bestimmen. Die Festlegung der strategischen Ziele (unter Berücksichtigung der Ressourcen) gehört dabei

ausdrücklich zu den Zuständigkeiten des Rates, die in §41 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen festgelegt sind. Der umfassende Steuerungsanspruch der strategischen Ziele und die Vielfalt der Themen- und Aufgabenbereich, in denen sie Steuerungswirkung entfalten sollen, hat dazu geführt, dass hier in der Zielstruktur der Stadt Minden eine Differenzierung vorgenommen wurde. Als stark zusammenfassende und leicht zu kommunizierende Ebene werden zunächst Strategische Zielbereiche benannt und beschrieben. Darunter gliedert sich die Ebene der Strategischen Oberziele, die jeweils längerfristige und grundsätzliche Zielsetzungen als abstrakte Vorgaben formulieren.

Die feinste Differenzierung bietet die Ebene der Produktziele, die im Haushaltsplan festgelegt werden. Unter Berücksichtigung des einsetzbaren Ressourcenaufkommens und des voraussichtlichen Ressourcenverbrauches sind dort für die Stadt Minden ca. 200 konkrete produktorientierte Ziele definiert bzw. beschrieben.

3.2. Entstehungsprozess, Entwicklung und Strategische Wirkung

Die Formulierung der Ziele der Stadt Minden muss unter Berücksichtigung der oben beschriebenen Trends und Rahmenbedingungen aber auch unter Beachtung der bestehenden Festlegungen von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung, was die Aufgaben der Verwaltung und die Umsetzung von Prozessen, Planungen und Projekten angeht, erfolgen. Der Entstehungsprozess ist daher von dem Versuch gekennzeichnet, die Vorgaben des Leitbildes der Stadt Minden, die Beschlüsse zu Planungen und Maßnahmen und die Interessen der verschiedenen Akteure zusammenzubringen.

Im Verlauf der Arbeiten und Diskussionen wurde deutlich, dass für eine klare und steuerungsrelevante Ausgestaltung der Ziele zunächst eine Verständigung über die abstrakteren Zielebenen erfolgen muss. Daher stellen die im folgenden Unterkapitel anhand der Zieltafeln dargestellten Zielformulierungen die Ebenen der strategischen Zielbereiche und der strategischen Oberziele dar.

Sie sollen alle Aufgabenbereiche umfassen und den vollständigen Rahmen für das städtischen Ziel- und Maßnahmenpaket zu bilden.

Nachdem die Stadtverordnetenversammlung im April 2009 diesen Stand der Strategischen Ziele als Grundlage für den weiteren Diskussions- und Anpassungsprozess beschlossen hat, haben die Zielformulierungen und die damit verbundene strategische Ausrichtung Eingang in die verschiedenen städtischen Fachplanungen gefunden und insbesondere vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise als Orientierungshilfe bei Haushaltsgestaltung gedient. Mit ihrem umfassenden Steuerungsanspruch wirken sie sich damit in logischer Konsequenz sowohl in der grundsätzlichen Orientierung für die städtischen Entwicklungsplanungen als auch auf die Produktziele des städtischen Haushalts aus. Insoweit hat sich das bestehende Zielsystem in der Wahrnehmung und Umsetzung durch Politik und Verwaltung verfestigt und bewährt, die festgelegten Ziele bestimmen als Grundsatzentscheidungen in ihrer Wirkung die mittel- bis langfristige Entwicklung der Stadt.

Allerdings lag gerade in der Anwendung des strategischen Zielsystems beim Umgang mit den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise – auch unter Haushaltssicherungsgesichtspunkten ist eine Orientierung an den strategischen Zielbereichen und Zielen wichtig – der Anstoß für die Weiterentwicklung des Systems und die Ausweitung der strategischen Wirkung der darin formulierten Ziele und Inhalte.

Gerade angesichts der notwendigen Bewertungen möglicher Konsolidierungsmaßnahmen wurde deutlich, dass mit den festgelegten Zielen eine Idee von der Zukunft der Stadt beschrieben wird. Diese konkrete Vorstellung von Mindens Zukunft führt trotz des Bewusstseins über die geringen Gestaltungsspielräume angesichts der aktuellen und zu erwartenden Haushaltssituation zu der Erkenntnis, dass für die zukünftige Gestaltung der Stadt Minden auf den Erhalt eines strukturellen Grundgerüsts der kommunalen Daseinsvorsorge einer Mittelstadt zu achten ist.

Damit kann der umfassende Steuerungsanspruch der Strategischen Ziele und die Einordnung aller formulierten als wichtige Ziele gefestigt und ausgebaut werden. Allerdings führt der Abwägungsprozess zwischen finanzieller Konsolidierung und Struktur- und Leistungserhalt für die Bürger einer Mittelstadt zu der Konsequenz, dass einzelne Ziele für die Entwicklung der Stadt für besonders bedeutsam und somit als mittelfristige Schwerpunkte herausgestellt werden. Dies heißt nicht, dass die anderen Ziele nicht mehr verfolgt werden sollen, wohl aber enthält die Schwerpunktsetzung eine zu beachtende Priorisierung, die von der Verwaltung im Frühjahr 2010 vorbereitet und von der Politik im Mai und Dezember 2010 bestätigt wurde.

Kurz zusammengefasst liegen die inhaltlichen Schwerpunkte bei der „Transparenz kommunalen Handelns“, der „Infrastrukturanpassung“ und dem Angebot einer „Bildungslandschaft“ vom Kleinkind- bis in den Erwachsenenbereich. Darüber hinaus liegt der Fokus bei der „Entwicklung des

Stadtentwicklungsbericht 2013

Wirtschaftsstandorts“ sowie der Stärkung der „oberzentralen Versorgungsfunktionen“ – und dabei insbesondere auf der „Einzelhandelsentwicklung unter Berücksichtigung der Wechselwirkungen mit den Belangen der Innenstadt“.

Einen detaillierten Überblick über das gesamte strategische Zielsystem und die Mittelfristigen Schwerpunkte bietet das folgende Kapitel.

Seit dem Stadtentwicklungsbericht 2012 sind einige Kenndaten den jeweiligen Strategischen Zielbereichen zugeordnet worden. Mit dieser Umstrukturierung soll ein erster Schritt hin zu einer intensiveren Verbindung von Strategischen Zielen und Kennzahlen getan werden. In dieser Ausgabe des Stadtentwicklungsberichtes wird es noch nicht möglich sein, für alle strategischen Zielbereiche einen umfassenden Überblick an Hand von Kenndaten zu geben. Das liegt zum einen an der Komplexität der Zusammenstellung der Kenndaten, aber auch an der zum Teil nur schwer darstellbaren Messbarkeit einiger Zielbereiche. Als Beispiel sei hier nur der Zielbereich „Aktivierte Bürgergesellschaft“ genannt, für den sich nur sehr schwer sinnvolle Kenndaten finden lassen. Die Zuordnung der Kenndaten wird daher einer kritischen Überprüfung unterliegen und in den folgenden Stadtentwicklungsberichten jeweils neu zu bewerten sein.

3.3 Ausdifferenzierung des Zielsystems im Haushaltsplan der Stadt Minden

Im Sinn einer in sich geschlossenen und nachvollziehbaren strategischen Steuerung hat sich der Verwaltungsvorstand im Jahr 2013 zu einer grundlegend neuen Erarbeitung der Ziele und Kennzahlen im Haushaltsplan der Stadt Minden entschieden. Die Ziele und Kennzahlen im Haushaltsplan bilden dabei die unterste Ebene der strategischen Steuerung am Übergang zur operativen Arbeit von Verwaltung und Politik. Mit der grundlegenden Überarbeitung soll die Steuerungswirkung der Ziele und Kennzahlen deutlich verbessert und auch die Lesbarkeit soll gesteigert werden. Die international tätige Unternehmensberatung PricewaterhouseCooper (PwC) hat in einer aktuellen Vergleichsstudie zu Kommunalhaushalten bereits den ersten Mindener NKF-Haushalt 2007 für seine Darstellungsform sowie die Ziele und Kennzahlen als gutes Beispiel gelobt, trotzdem hat sich hier in den letzten Jahren ein deutliches Verbesserungspotenzial ergeben. Die Überarbeitung der Ziele soll dabei zusammen mit der Politik schrittweise erfolgen und startet zunächst mit einem Pilotprojekt im Kulturbüro des Fachbereiches 1 (Bildung, Kultur, Sport und Freizeit). Die Verwaltung orientiert sich bei der Überarbeitung an dem von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) erarbeiteten Zielsystem, welches sich eng an das System der Balanced Scorecard aus der Betriebswirtschaftslehre anlehnt.

3.4 Zieltafeln

Strategischer Zielbereich  **Mittelfristige Schwerpunkte**

Chancengerechtigkeit durch Teilhabe

Erläuterung

Der Zugang zu Bildung, Ausbildung, Erziehung, Kultur, Sport, Arbeit und Einkommen ist gewährleistet und die Integration der verschiedenen Gruppen der Stadtgesellschaft verbessert.

Strategische Oberziele

- Die kulturelle Grundversorgung für breite Bevölkerungsschichten ist gewährleistet.
- **Die Stadt Minden verfügt über eine zukunftsfähige Bildungslandschaft mit attraktiven Schulen, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen.**
- Benachteiligte und Menschen in Notlagen werden von der Stadt unterstützt.
- Die Grundversorgung für Sport und Bewegung ist für breite Bevölkerungsschichten gewährleistet.
- Zielgruppenspezifische Angebote für Alte, Behinderte, sozial Benachteiligte, Familien, Frauen und Männer, Kinder und Jugendlichen sowie Neubürger sind ausgebaut.
- Die Integration der Migranten in die Stadtgesellschaft ist verbessert.
- Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist verbessert.

Kenndaten zum Zielbereich: Chancengerechtigkeit durch Teilhabe

Kinder und Jugendlichen mit Leistungen nach dem SGB II – FB 3

Stand	Anzahl
Mai 2006	2776
Juli 2008	3351
Dez. 2009	2752
Dez. 2010	2714
Dez. 2011	2619
Dez. 2012	2721
Dez. 2013	2951

Die in 2009 im Vergleich zu 2008 deutlich verringerte Zahl beruht auf einer geänderten Rechtsauffassung nach der seit Oktober 2008 die Hilfebedürftigkeit von Kindern mit eigenen, aber nicht ausreichenden Einkommen durch Wohngeld beseitigt werden kann.

Transferleistungen (SGB II, SGB XII und Asyl) zum 01.12.2013 – FB 3

Art der Leistung	Fälle	Personen	davon 0-6 J.	davon 7-13 J.	davon 14-17 J.	davon 18-25 J.	davon 26-64 J.	davon ab 65 J.
SGB II	4550	9158	1241	1127	583	1104	5103	0
SGB XII	1290	1553	5	14	3	87	806	638
Asyl	112	202	43	23	16	35	82	3
Gesamt	5952	10913	1289	1164	602	1226	5991	641

1714 Personen bekommen Leistungen nach dem SGB II zusätzlich zu einem Erwerbseinkommen, davon 980 zusätzlich zu einem Einkommen aus geringfügiger Beschäftigung bis 450 € und 734 mit einer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.

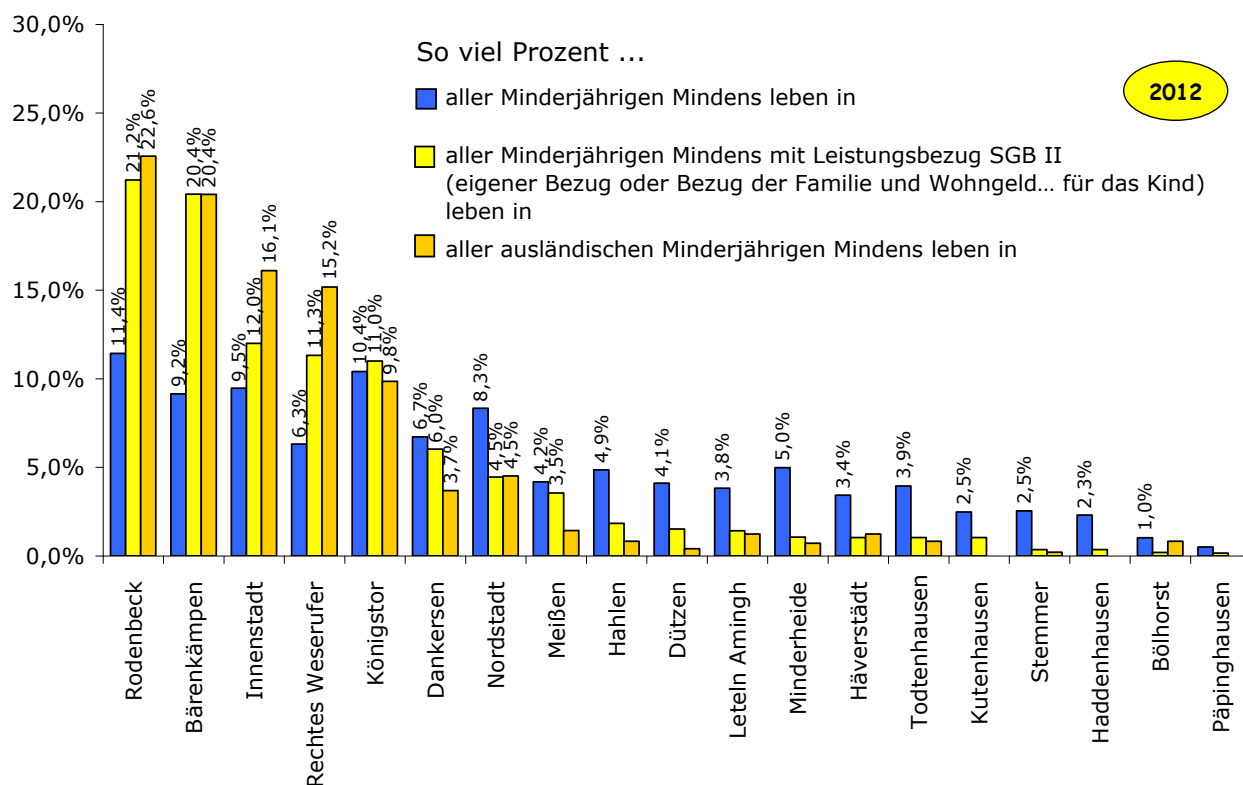
Entwicklung der Schülerzahlen nach Schulformen seit dem Schuljahr 2005/2006 (Schülerzahlen ohne Weser-Kolleg und Kühlenkampfschule)

Schul-jahr	Grund-schulen	davon offener Ganzt.	Haupt-schulen	davon gebund. Ganzt.	Real-schulen	davon gebund. Ganzt.	Gymnasien	davon gebund. Ganzt.	Gesamt-schule	Primus-schule
05/06	3471	435	1317	-	1198	-	3459	-	1185	-
06/07	3424	701	1193	-	1152	-	3494	-	1178	-
07/08	3303	1114	1134	58	1123	-	3531	-	1137	-
08/09	3246	1400	1010	119	1057	-	3525	-	1264	-
09/10	3167	1615	752	143	872	89	3461	99	1335	-
10/11	3036	1664	883	204	1003	170	3551	199	1429	-
11/12	3019	1787	808	259	916	249	3578	321	1533	-
12/13	2970	1812	566	324	871	340	3502	428	1621	-
13/14	2772	1919	488	323	843	524	3156	934	1592	162

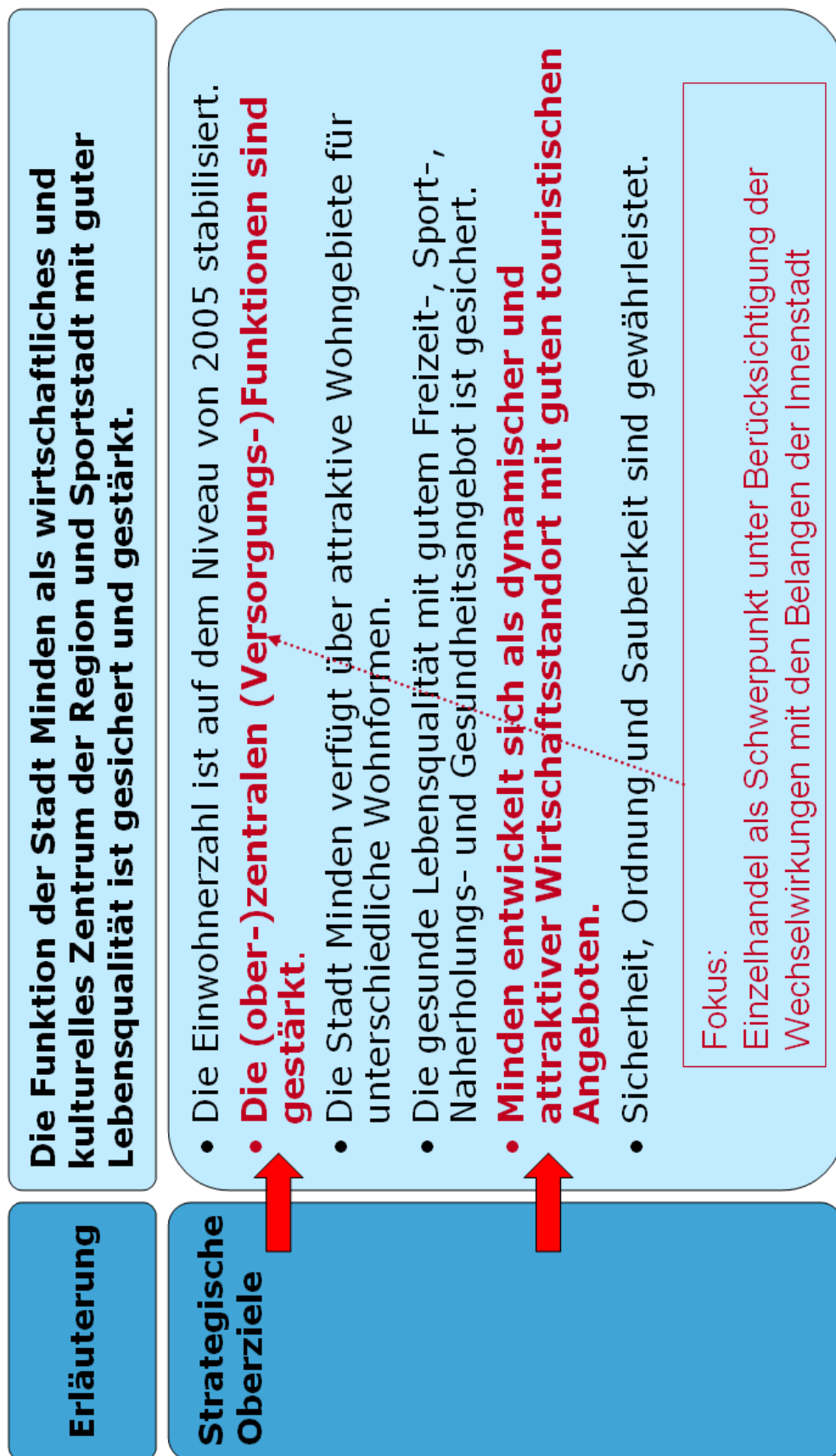
Schülerzahlen (gesamt):

Gesamt:	Schüler	davon im Ganzttag (GT) / geb.GT/ einschl. Gesamtschule
05/06	10630	1620
06/07	10441	1879
07/08	10228	2309
08/09	10102	2783
09/10	9587	3281
10/11	9902	3666
11/12	9854	4149
12/13	9530	4525
13/14	9013	5454

Übersicht über die prozentuale Verteilung der Minderjährigen auf die Stadtbezirke (Daten aus dem Sozialatlas der Stadt Minden, Jugendamt)



Strategischer Zielbereich Mittelfristige Schwerpunkte Minden als regionales Zentrum



Kenndaten zum Strategischen Zielbereich: „Minden als regionales Zentrum“

Einwohnerzahlen

Jahr (jeweils zum 31.12.)	IT.NRW (ab 2012 nach Zensus)	Stadt Minden Bürgerbüro
1975	78.893	
1980	77.718	
1985	75.522	
1990	78.145	
1995	82.971	
2000	83.079	86.725
2001	82.898	85.887
2002	83.046	85.327
2003	82.947	82.709
2004	83.094	82.638
2005	83.118	82.959
2006	83.099	83.151
2007	83.028	82.714
2008	82.809	82.209
2009	82.400	82.096
2010	82.114	81.852
2011	81.904	81.683
2012	79.853	81.701
2013	79.988 (30.06.)	81.750

Einwohnerstatistik – Bürgerbüro Minden

Ortsteil	01.01.2013 (bereinigt*)	Zuzug	Geburt	Wegzug	Sterbe- fälle	Umzug	Differenz (+/-)	Haupt-/ Nebenw. 31.12.13	davon. Haupt- wohnung	davon. Neben- wohnung	nachrichtlich. Ausländer 31.12.2013	
Bärenkämpen	6.255	357	77	279	75	-6	74	6329	6282	47	979	15,47%
Bölhorst	1.004	32	7	45	7	5	-8	996	988	8	41	4,12%
Dankersen	4.998	146	46	143	45	-19	-15	4983	4920	63	247	4,96%
Dützen	3.750	91	15	135	37	14	-52	3698	3660	38	79	2,14%
Haddenhausen	1.592	41	7	53	12	8	-9	1583	1565	18	29	1,83%
Hahlen	3.822	116	30	99	32	-16	-1	3821	3780	41	84	2,20%
Häverstädt	3.349	116	20	142	21	-24	-51	3298	3261	37	80	2,43%
Innenstadt	10.290	888	94	697	161	-33	91	10381	10205	176	1096	10,56%
Königstor	8.780	391	92	351	94	4	42	8822	8738	84	631	7,15%
Kutenhausen	1.770	41	19	53	28	34	13	1783	1763	20	35	1,96%
Leteln/Aminghausen	3.225	94	11	92	36	0	-23	3202	3179	23	120	3,75%
Meißen	3.362	153	12	174	62	29	-42	3320	3289	31	121	3,64%
Minderheide	3.945	110	26	128	37	4	-25	3920	3878	42	90	2,30%
Nordstadt	7.209	281	45	242	84	-40	-40	7169	7104	65	401	5,59%
Päpinghausen	396	21	3	11	4	-6	3	399	391	8	5	1,25%
Rechtes Weserufer	4.555	453	53	395	38	-64	9	4564	4509	55	752	16,48%
Rodenbeck	8.398	472	97	442	128	72	71	8469	8362	107	978	11,55%
Stemmer	1.644	52	14	51	14	23	24	1668	1644	24	35	2,10%
Todtenhausen	3.348	82	22	88	34	15	-3	3345	3313	32	52	1,55%
Gesamt	81.692	3.937	690	3.620	949	0	58	81.750	80.831	919	5.855	7,16%

*bereinigt = Veränderung für Berichtszeitraum 2012 nach 01.01.2013 durchgeführt

Stadtentwicklungsbericht 2013

Bevölkerungsbewegung seit 1990 gemäß Daten von IT.NRW

Zeit	Lebend Geborene	Gestorbene	Überschuss der Geborenen (+) bzw. der Gestorbene n (-)	Zuzüge	Fortzüge	Überschuss der Zuzüge (+) bzw. der Fortzüge (-)	Gesamt-Saldo
1990	925	985	- 60	5759	3875	+ 1884	+ 1824
1991	900	932	- 32	3990	3194	+ 796	+ 764
1992	874	923	- 49	4200	3262	+ 938	+ 889
1993	893	972	- 79	3884	3180	+ 704	+ 625
1994	849	1011	- 162	5566	4161	+ 1405	+ 1243
1995	846	952	- 106	8009	6598	+ 1411	+ 1305
1996	935	973	- 38	6406	6032	+ 374	+ 336
1997	893	938	- 45	6062	5705	+ 357	+ 312
1998	865	918	- 53	5623	5534	+ 89	+ 36
1999	851	989	- 138	4883	5108	- 225	- 363
2000	846	873	- 27	4274	4460	- 186	- 213
2001	761	879	- 118	3952	4015	- 63	- 181
2002	772	911	- 139	3975	3688	+ 287	+ 148
2003	769	910	- 141	4083	4041	+ 42	- 99
2004	685	904	- 219	4059	3692	+ 367	+ 148
2005	815	929	- 114	3736	3602	+ 134	+ 20
2006	768	950	- 182	4006	3843	+ 163	- 19
2007	723	920	- 197	4124	3999	+ 125	- 71
2008	738	920	- 182	3891	3932	- 41	-223
2009	709	962	- 253	3846	4000	- 154	- 409
2010	686	957	-271	3858	3871	-13	-284
2011	747	968	-221	3875	3864	+11	-210
2012	723	1008	-285	4012	3811	+201	-87

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte – IT.NRW

Jahr	Anzahl zum 30.06.
1995	34952
1996	34123
1997	33954
1998	33562
1999	34184
2000	34497
2001	33885
2002	33337
2003	32552
2004	32586
2005	31925
2006	32159
2007	33816
2008	33774
2009	33793
2010	34863
2011	35171
2012	35073

Leistungsempfänger nach SGB II und XII im Jahresdurchschnitt - FB 3

Jahr	Personen SGB XII	Personen SGB II	Bedarfs- gemeinschaften
2007	1185	8646	4057
2008	1198	8864	4090
2009	1209	8559	4093
2010	1227	8719	4324
2011	1301	8681	4394
2012	1405	8765	4427
2013	1498	9026	4506

Transferleistungen (SGB II, SGB XII und Asyl) zum 01.12.2013 - FB 3

Art der Leistung	Fälle	Personen	davon 0-6 J.	davon 7-13 J.	davon 14-17 J.	davon 18-25 J.	davon 26-64 J.	davon ab 65 J.
SGB II	4550	9158	1241	1127	583	1104	5103	0
SGB XII	1290	1553	5	14	3	87	806	638
Asyl	112	202	43	23	16	35	82	3
Gesamt	5952	10913	1289	1164	602	1226	5991	641

1714 Personen bekommen Leistungen nach dem SGB II zusätzlich zu einem Erwerbseinkommen, davon 980 zusätzlich zu einem Einkommen aus geringfügiger Beschäftigung bis 450 € und 734 mit einer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.

Flächenreserve für Industrie- und Gewerbenutzung (Stand jeweils 31.12.)

Jahr	Mit Baurecht in ha	Mit Baurecht in der Planung in ha	Gesamt in ha
2008	69,7	63,8	133,5
2009	69,1	63,8	132,9
2010	66,2	63,7	130,0
2011	62,7	73,0	135,7
2012	61,6	98,2	159,8
2013	68,0	90,4	158,4

Entwicklung der freien Wohnbauflächen (Stand jeweils 31.12.)

Jahr	Mit Baurecht in ha	Mit Baurecht in der Planung in ha	Gesamt in ha
2004	129,1	95,9	225,0
2005	121,1	90,6	211,7
2006	124,8	88,9	213,7
2007	122,1	89,1	211,2
2008	119,7	80,1	199,8
2009	114,5	84,7	199,2
2010	115,2	80,8	196,0
2011	113,2	80,6	193,8
2012	111,8	79,0	190,8
2013	110,3	77,5	187,8

Einzelhandelszentralität der Stadt Minden – Daten der CIMA GmbH

Jahr	Handelszentralität in Prozent
2003	128
2005	128,4
2008	128,9
2012	115

Die Einzelhandelszentralität gibt das Verhältnis von Einzelhandelsumsatz zu der vor Ort vorhandenen einzelhandelsrelevanten Kaufkraft an. Werte über 100 weisen auf eine Anziehungskraft des städtischen Einzelhandels gegenüber dem Umland hin.

Bestand an Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt Stadt Minden – Daten der Bundesagentur für Arbeit

Jahr	Insgesamt	Frauen	Männer	15 bis unter 25 Jahre alt
2005	4996	2.608	2.380	1.099
2006	4598	2.561	2.037	1.037
2007	3328	1.828	1.500	567
2008	2916	1.491	1.425	360
2009	3709	1.734	1.976	360
2010	3944	1.867	2.078	267
2011	3615	1.679	1.936	290
2012	3541	1.638	1.904	398
2013	3559	1.609	1.950	415

Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt in Prozent (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) Stadt Minden – Daten Bundesagentur für Arbeit

Jahr	Insgesamt	Frauen	Männer	15 bis unter 25 Jahre alt
2008	7,5	8,0	7,0	8,0
2009	9,5	9,4	9,7	8,3
2010	10,1	10,0	10,1	6,4
2011	9,1	8,9	9,3	7,1
2012	8,9	8,7	9,0	9,9
2013	8,8	8,5	9,2	10,1

Strategischer Zielbereich Mittelfristige Schwerpunkte
Familienfreundliche Stadt

Erläuterung

Die Stadt ist von Familien-, Kinder- und Jugendfreundlichkeit geprägt.

Strategische
 Oberziele

- **Ein bedarfsgerechtes Angebot zur Kinderbetreuung steht zur Verfügung.**
- Die Beratung, Unterstützung und Förderung für Familien ist ausgebaut.
- Die Kinder- und Jugendhilfe ist qualitativ weiterentwickelt.
- Ein bedarfsgerechtes, attraktives Bildungs-, Sport- und Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche ist vorhanden.

Im Elementarbereich

Kennzahlen zum Strategischen Zielbereich: Familienfreundliche Stadt

Angebot von Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren – 4 - Jugendamt

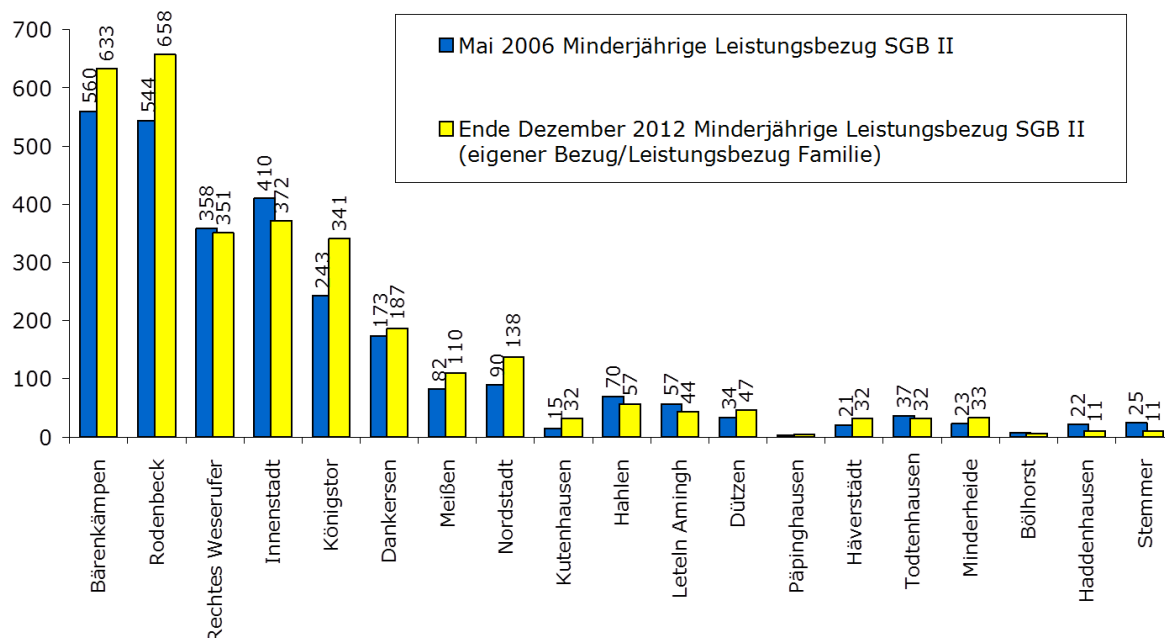
Ziel: für 35 % der Kinder unter 3 Jahren zum 1.8.2013 (Einführung des Rechtsanspruchs U 3) Plätze in Kindertageseinrichtungen und -tagespflege vorzuhalten

Prognose des Landesjugendamtes für Minden zum 1.1.2014 (Kindergartenjahr 2013/14): 2064 Kinder unter 3 Jahren

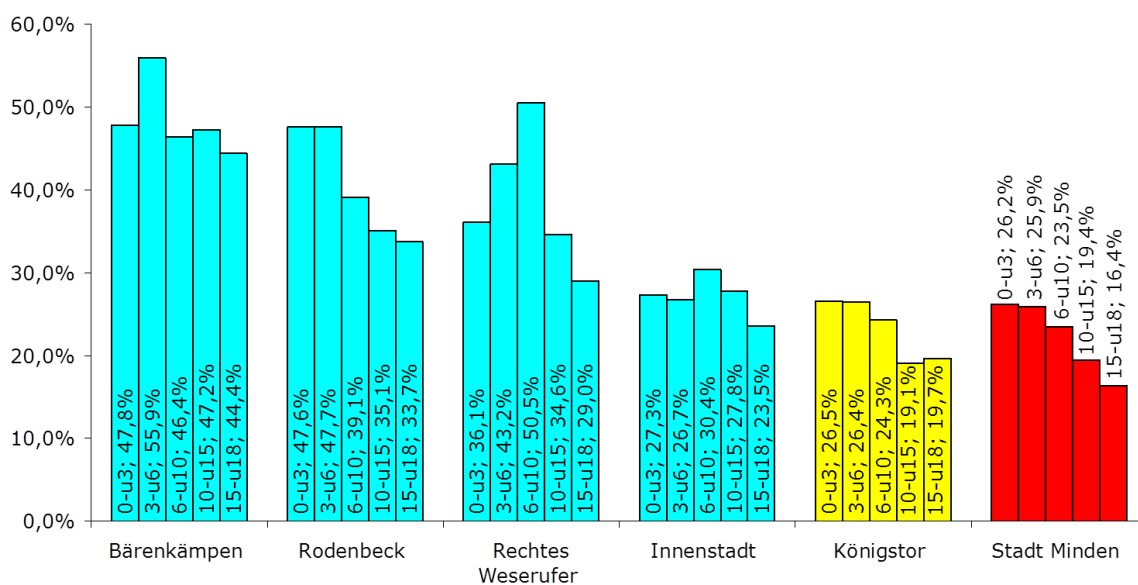
KiGa-Jahr	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13	2013/14 (01.08.2013)
U3-KiTa- Plätze	263	309	359	380	464
U3-KiTa- Pflege	60	100	150	150	220
Gesamt	323	409	509	530	684
Gesamtquote in Bezug auf prognostizierte Kinderzahl zum 01.01.2014	15,6 %	19,8 %	24,7 %	25,7 %	33,2 %

Daten aus dem Sozialatlas 2012 der Stadt Minden (Jugendamt)

Entwicklung der SGB II-Leistungen für Familien mit Kindern unter 18 Jahren in Minden 2006 / 2012 nach Stadtbezirken



%Anteil Kinder und Jugendliche aus Familien mit SGB II-Bezug nach Altersgruppen Ende Dezember 2012



Strategischer Zielbereich



Mittelfristige Schwerpunkte

Aktivierete Bürgergesellschaft

Erläuterung

Mindens Bürger engagieren sich aktiv und übernehmen Verantwortung für ihre Stadt. Die Kommunalpolitik ist transparent gestaltet und bindet die Bürgerschaft frühzeitig in Planungen und Entscheidungen ein.

Strategische Oberziele

- Das bürgerschaftliche Engagement wird aktiv gefördert.
- Bürgerinnen und Bürger werden frühzeitig in Planungen und Entscheidungen einbezogen.
- Die Entscheidungen der Kommunalpolitik sind transparent und nachvollziehbar.
- Die Außendarstellung der Stadt ist verbessert.

Kenndaten zum Strategischen Zielbereich: Aktivierte Bürgergesellschaft

Für den strategischen Zielbereich „Aktivierte Bürgergesellschaft“ und die zugehörigen Oberziele müssen die Kenndaten noch entwickelt werden

Strategischer Zielbereich **↑** Mittelfristige Schwerpunkte
Nachhaltiger Umgang mit natürl. Ressourcen

Erläuterung

Minden schützt seine natürlichen Lebensgrundlagen.

**Strategische
Oberziele**

- Mit den natürlichen Ressourcen wird schonend umgegangen.
- Der Siedlungsraum wird im Sinne der Stadt der kurzen Wege kompakt entwickelt.
- Der Verkehr wird umweltverträglich abgewickelt.

Kenndaten zum Strategischen Zielbereich: Nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen

Flächenverbrauch für Wohnbauland und Gewerbe-/Industrieflächen (Stand jeweils 31.12.)

(anhand der Hausnummernvergabe zum Zeitpunkt der Bauantragstellung)

Jahr	Wohnbauland (Verbrauch in ha)	Verbrauch nach Abbruch/Teilung (nicht in Gesamtsumme)	Industrie- /Gewerbeflächen (Verbrauch in ha)	Gesamt
2005	10,9		2,6	13,5
2006	3,1		0,1	3,2
2007	4,1		2,2	6,3
2008	4,7		1,5	6,2
2009	4,2		-	4,2
2010	4,6	1,5	1,5	6,1
2011	4,1	1,0	1,8	5,9
2012	3,7	2,1	1,5	5,2
2013	4,8	2,2	1,4	6,2

Strategischer Zielbereich **Mittelfristige Schwerpunkte**
Gutes kommunales Management

Erläuterung

Das Verwaltungshandeln ist durch gutes kommunales Management geprägt.

**Strategische
Oberziele**

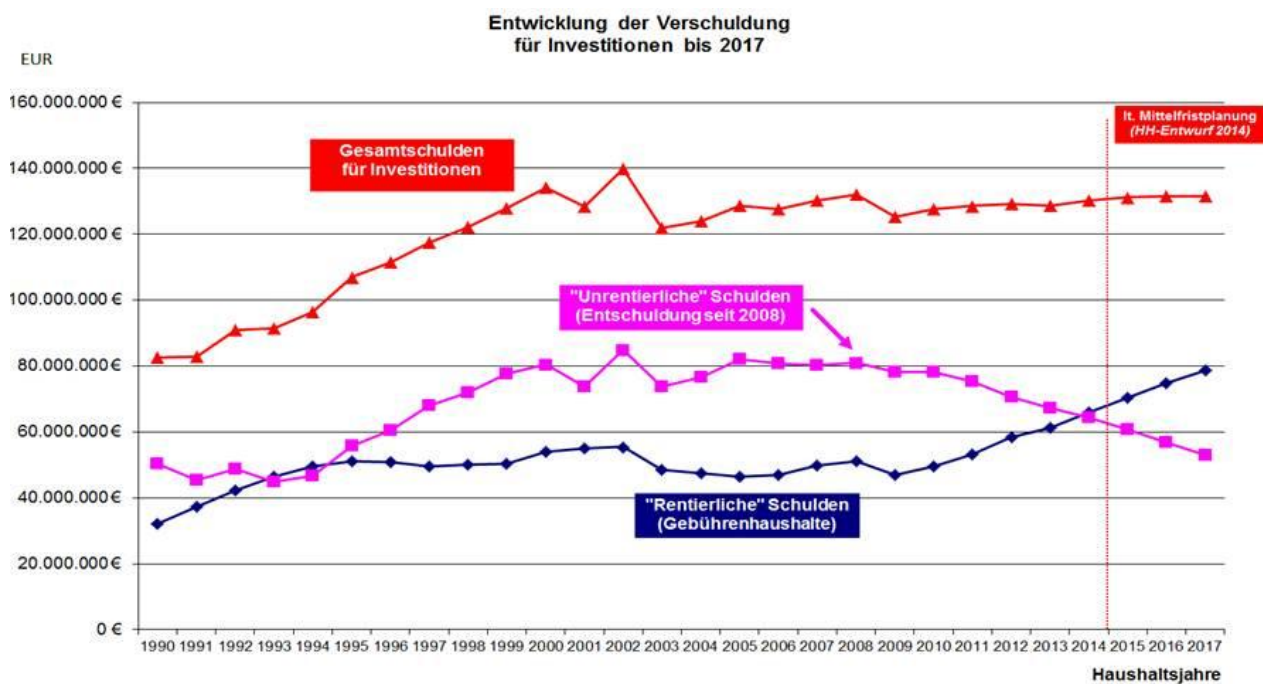
- Die Prioritätensetzung ist im Sinne einer Gesamtsteuerung verbessert.
- Das Dienstleistungsangebot der Stadtverwaltung ist optimiert.
- Der Wert- und Substanzerhalt des städtischen Vermögens ist gesichert.
- **Die kommunale Infrastruktur ist an die Bedarfe und die finanziellen Ressourcen angepasst.**
- Die Qualifikation und die Motivation der Beschäftigten ist verbessert.
- Die fachübergreifende Zusammenarbeit funktioniert.
- **Kommunales Handeln ist transparent und nachvollziehbar.**

Kenndaten zum Strategischen Zielbereich: Gutes kommunales Management

Energieverbrauch Stadt Minden (SBM, Daten aus Energiebericht 2012)

		1994 (Referenzjahr)	2005	2011	Δ	
					1994	2005
Energiekosten (für Strom/Wasser/Heizung)		2.504.718 €	2.485.137 €	3.250.609 €	29,8%	30,8%
Verbrauch	Strom Licht+Kraft [MWh]	5.609	5.018	5.254	-6,3%	4,7%
	Wasser [m³]	151.740	78.778	73.417	-51,6%	-6,8%
	Heizung (witt.ber.) [MWh]	45.827	25.762	22.313	-51,3%	-13,4%
Emissionen	CO₂ [t]	10913	5985	6225	-43,0%	4,0%

Entwicklung der rentierlichen und unrentierlichen Verschuldung



4. Aktuelle Situation

4.1 Entwicklungsprozesse und Projekte 2013

Die Entwicklung einer Stadt im Laufe eines Jahres wird von vielen Themen und Akteuren geprägt. Dieser Bericht soll einen Überblick über die Schwerpunkte der Entwicklung der Stadt Minden im letzten Jahr geben, bei denen Politik und Verwaltung maßgeblich beteiligt waren, d.h. die kommunale öffentliche Hand eine wesentliche Rolle gespielt hat. Auch mit dieser Einschränkung würde eine vollständige Betrachtung aller relevanten Entwicklungen den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

Daher wird auf den folgenden Seiten eine Auswahl der wesentlichen Entwicklungsprozesse und vieler Projekte vorgestellt, die in der Stadt Minden im Jahr 2013 bearbeitet wurden und für die Entwicklung der Stadt Minden besonders bedeutend waren bzw. sind.

Diese Auswahl führt dazu, dass weitere Prozesse und Projekte, beispielhaft seien hier mit Wirkung im Strategischen Zielbereich „Gutes kommunales Management“ die Personal- und Führungskräfteentwicklung oder der Ausbau der Interkommunalen Zusammenarbeit – so z.B. bei der Fusion der Volkshochschule oder der Kooperation des Stadttheaters – genannt, keine nähere Betrachtung erfahren.

Bei der Darstellung wird zwischen „Entwicklungsprozessen“ sowie „Projekten und Handlungsschwerpunkten“ unterschieden. Während es bei den Entwicklungsprozessen um die Abbildung des aktuellen Standes der dauerhaften Aufgaben und Entwicklungsabsichten geht, deren Fortschritt im Berichtsjahr aufgezeigt wird, zeichnen sich die strategisch bedeutsamen Projekte und Handlungsschwerpunkte durch Aktualität, zeitliche Begrenzung oder einen festgelegten Abschluss der Planung und Umsetzung aus.

Mit diesem Bericht sollen erstmals auch mögliche Konflikte dargestellt werden, die sich innerhalb, oder durch die Umsetzung einzelner Entwicklungsprozesse und Projekte ergeben können.

4.1.1 Entwicklungsprozesse 2013

1. Einzelhandelskonzept
2. Feuerwehr 2020
3. Innenstadtentwicklung
4. Integration
5. Bildung 2022
6. Frühe Hilfen
7. Kinder- und Jugendförderplan
8. Kindertagesstättenentwicklung
9. Schulentwicklung
10. Kulturentwicklung
11. Sportentwicklung
12. Klimaschutz
13. Mobilitätskonzept
14. ÖPNV-Konzept
15. Radverkehrskonzept
16. Wohnbauflächenentwicklung
17. Minden – für Demokratie und Vielfalt (LAP)
18. EU-Wasserrahmenrichtlinie
19. Risikomanagement der Städtischen Betriebe
20. Beschwerdemanagement
21. Entwicklungskonzept Kanzlers Weide

1.	Fortschrittsbericht „Einzelhandelskonzept“
Federführende Organisationseinheit	5.2 Stadtplanung und Umwelt
Grundlegende(s) Beschlüsse / Konzept	Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.02.2009 sowie Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 18.11.2010
Ziel des Prozesses / der Konzeptumsetzung	Räumliche und funktionale Festlegung der Zentralen Versorgungsbereiche für das gesamte Stadtgebiet, Stärkung der ausgewiesenen Haupt- und Nahversorgungszentren, Steuerung von weiteren Ansiedlungsmöglichkeiten sowie Vermeidung absehbarer Fehlentwicklungen in der Versorgungsstruktur (Negativplanung)
Ergebnisse / Arbeitsschritte 2013	Einleitung des Verfahrens zur Erweiterung des zentralen Versorgungsbereichs Innenstadt im Zuge der Planungen zur Ansiedlung eines Einkaufszentrums mit ca. 23.000 qm VKF am Wesertor und Fortführung des Aufstellungsverfahrens des Bebauungsplanes Nr. 920 „Wesertor“ bis zum Projektstop im September 2013. Weiterführung des Verfahrens zur Ergänzung des Einzelhandelskonzepts um den geplanten zentralen Versorgungsbereich Ringstraße / Friedrichstraße und Fortführung des Aufstellungsverfahrens zum B-Plan 906 A mit dem Ziel der Ansiedlung eines Einkaufszentrums mit ca. 3300 qm VKF an der Ringstraße im Bereich des ehemaligen Klinikum I.
Prozessbegleitende Gremien / Gruppen	Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr, Untere und Mittlere regionale Planungsbehörde, Industrie- und Handelskammer sowie Einzelhandelsverband
Anknüpfung Zielsystem	Minden als regionales Zentrum - Die (ober-)zentralen (Versorgungs-)Funktionen sind gestärkt. - Die Stadt Minden verfügt über attraktive Wohngebiete für unterschiedliche Wohnformen. - Minden entwickelt sich als dynamischer und attraktiver Wirtschaftsstandort ... Nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen - Der Siedlungsraum wird im Sinne der Stadt der kurzen Wege kompakt entwickelt. Gutes kommunales Management - kommunales Handeln ist transparent und nachvollziehbar
Zielkonflikte	Zielkonflikte entstehen immer wieder durch Ansiedlungsvorhaben, die nicht dem Einzelhandelskonzept entsprechen, wie z.B. die Ansiedlungsbegehren im Bereich der Gerresheimer Glashütte.

2.	Fortschrittsbericht „Feuerwehr 2020“	
Federführende Organisationseinheit	5.4 Berufsfeuerwehr	
Grundlegende(s) Beschlüsse / Konzept	Diverse Beschlüsse des Ausschusses für Bürgerdienste, Sicherheit und Feuerschutz und des Rates	
Ziel des Prozesses / der Konzeptumsetzung	Umsetzung des Projektes 2020	
Ergebnisse / Arbeitsschritte 2013	Der interkommunale Neubau des Gerätehauses für die Löschgruppen Minden-Meißen/Porta-Neesen-Lerbeck ist inzwischen fertiggestellt worden. Der Neubau des Gerätehauses für die Löschgruppen Aminghausen und Päpinghausen/Leteln befindet sich derzeit in der Bauausführung. Die Fortschreibung des Projektes 2020 mit dem nächsten Gerätehausneubau in Minden-Hahlen ist im Dezember 2012 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden. Die Fahrzeugbeschaffungen wurden wie geplant abgewickelt.	
Prozessbegleitende Gremien / Gruppen	Arbeitsgruppe „Entwicklung der Feuerwehr bis 2020“ (Mitglieder aus dem Ausschuss für Bürgerdienste, Sicherheit und Feuerschutz, des Verwaltungsvorstands und der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr)	
Anknüpfung Zielsystem	Minden als regionales Zentrum -Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung sind gewährleistet. Aktivierter Bürgergesellschaft - Das bürgerschaftliche Engagement wird aktiv gefördert. Gutes kommunales Management - Die kommunale Infrastruktur ist an die Bedarfe und die finanziellen Ressourcen angepasst.	
Zielkonflikte		

3.	Fortschrittsbericht „Innenstadtentwicklung“	
Federführende Organisationseinheit	5.2 Stadtplanung und Umwelt	
Grundlegende(s) Beschlüsse / Konzept	Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 18.06.2009 und 08.10.2009 zum Masterplan als Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept „Aktives Stadtzentrum Minden Innenstadt“	
Ziel des Prozesses / der Konzeptumsetzung	Planmäßige, zielgerichtete Entwicklung und Aufwertung der historischen Innenstadt Mindens. Durch die ernsthafte Auseinandersetzung mit den drei Handlungsfeldern Arbeit /Wirtschaft, Bildung/Kultur sowie Umweltqualität/Lebensqualität und deren komplexe Ausgestaltung, soll die Zukunftsfähigkeit der Mindener Innenstadt gefördert und die Bindung der Menschen, insbesondere auch junger Leute und Familien, an ihre Stadt gestärkt werden.	
Ergebnisse / Arbeitsschritte 2013	- Durchführung von Fassadensanierungen an 10 Objekten - Förderung von 7 Projekten aus dem Verfügungsfonds - Beginn Erarbeitung Barriereatlas Innenstadt - Beginn Umbau der Fußgängerzone	
Prozessbegleitende Gremien / Gruppen	Preisgericht des Wettbewerbes, Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr, Vergabegremium Verfügungsfonds	
Anknüpfung Zielsystem	Minden als regionales Zentrum - Die (ober-)zentralen (Versorgungs-)Funktionen sind gestärkt. - Die Stadt Minden verfügt über attraktive Wohngebiete für unterschiedliche Wohnformen. - Die gesunde Lebensqualität mit gutem Freizeit-, Sport-, Naherholungs- und Gesundheitsangebot ist gesichert. - Minden entwickelt sich als dynamischer und attraktiver Wirtschaftsstandort ... - Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung sind gewährleistet. Aktivierter Bürgergesellschaft - Bürgerinnen und Bürger werden frühzeitig in Planungen und Entscheidungen einbezogen. - Die Außendarstellung der Stadt ist verbessert.	
Zielkonflikte		

4.	Fortschrittsbericht „Integration“	
Federführende Organisationseinheit	VVII-IB Integrationsbeauftragter	
Grundlegende(s) Beschlüsse / Konzept	Verabschiedung Charta für Integration und Vielfalt durch die Stadtverordnetenversammlung am 26.02.2009 Zusammenarbeit mit Integrationsrat und hier festgelegte Aufgabenbeschreibung und Geschäftsordnung	
Ziel des Prozesses / der Konzeptumsetzung	Soziale und politische Partizipation und Verbesserung der Bildungsteilhabe von zugewanderten Menschen (Menschen mit Migrationshintergrund) in Minden Aktive Beteiligung der Migrantenvertretung an den kommunalen Entscheidungsprozessen Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung	
Ergebnisse / Arbeitsschritte 2013	Schwerpunktthema und Beschluss des Bildungsausschusses am 25.06.2013: Unterstützung des herkunftssprachlichen Unterrichts Vorbereitungen zur Einrichtung einer Anlaufstelle für Menschen, die von Diskriminierung und Rassismus betroffen sind Durchführung einer großen Veranstaltung am 10.06.2013 im Großen Rathaussaal gegen Rassismus und Diskriminierung anlässlich des Gedenkens an den Brandanschlag von Solingen am 29.05.1993 mit dem Titel: „Solingen 20 Jahre danach...und wir in Minden? Gegen Rassismus und Diskriminierung“ Entwicklung und Verabschiedung eines neuen Handlungskonzeptes für den Integrationsrat der Stadt Minden Aktive Mitwirkung bei der Vergabe der LAP-Mittel und Unterstützung von Initiativen der Migrantinnen und Migranten bei der Stellung von Projektanträgen Aktive Mitwirkung zur Einrichtung einer stadtteilorientierten Steuerung in Rodenbeck (Runder Tisch Soziales Minden und Arbeitskreis) sowie Kontakt-aufnahme zu Bewohnerinitiativen (sehr hoher Migrantenanteil) und Akteuren vor Ort	
Prozessbegleitende	Integrationsrat, je nach Themenschwerpunkt Aus-	

Stadtentwicklungsbericht 2013

Gremien / Gruppen	schüsse, Workshops und AGs in den Projekten, Stadtteilinitiativen und Runde Tische
Anknüpfung Zielsystem	Chancengerechtigkeit durch Teilhabe - Die Integration der Migranten in die Stadtgesellschaft ist verbessert.
Zielkonflikte	

5.	Fortschrittsbericht „Bildung 2022“	
Federführende Organisationseinheit	Fachbereich 1 – Bildung, Kultur, Sport und Freizeit 4 – Jugendamt	
Grundlegende(s) Beschlüsse / Konzept	Das übergreifende Konzept befindet sich in der Entwicklungsphase. Grundlagenbeschlüsse zu „Bildung 2022“ stehen noch aus. "Bildung 2022" dient als Klammer für die Fortschrittsberichte • Frühe Hilfen • Kindertagesstättenentwicklung • Kinder- und Jugendförderplan • Schulentwicklung • Kulturentwicklung • Sportentwicklung Die Beschlüsse und Konzepte, die diesen bisherigen Einzelplanungen zugrunde liegen, werden in den entsprechenden Fortschrittsberichten in diesem Stadtentwicklungsbericht angesprochen.	
Ziel des Prozesses / der Konzeptumsetzung	Der Prozess „Bildung 2022“ befindet am Beginn der Umsetzungsphase. Es soll ein prozessual angelegter kommunaler Bildungs-„Plan“ (als kommunale Daueraufgabe) unter Beteiligung aller städtischen Dienststellen, der Politik und der gesamten Stadtgesellschaft erarbeitet und verabschiedet werden. Dieser Plan soll kurz-, mittel- und langfristige Umsetzungsmaßnahmen umfassen und partizipativ entwickelt werden.	
Ergebnisse / Arbeitsschritte 2013	Die Stelle einer Bildungsplanerin/eines Bildungsplaners wurde im Sommer 2013 ausgeschrieben. Das Besetzungsverfahren dauert an. Die Besetzung der Stelle wird voraussichtlich zum 01.04.2014 erfolgen. Zur Begleitung des Übergangs von der Kindertagesstätte in die Primarstufe wird derzeit ein Projekt entwickelt. Hinsichtlich einer möglichen finanziellen Förderung wurde Kontakt zu einer Stiftung aufgenommen. Ein etwaiger politischer Begleitausschuss befindet sich noch in der Planungsphase.	
Prozessbegleitende Gremien / Gruppen	Steuerungsgruppe Schulentwicklungsplanung Projektbezogene Planungs- und Steuerungsgruppen Ausschuss für Bildungsarbeit Jugendhilfeausschuss Sozialausschuss Die genaue Projektorganisation wird noch entwickelt.	
Anknüpfung Zielsystem	Chancengleichheit durch Teilhabe - Die Stadt Minden verfügt über eine zukunftsfähige Bildungslandschaft mit attraktiven Schulen, Aus-	

	und Weiterbildungseinrichtungen - Die kulturelle Grundversorgung für breite Bevölkerungsschichten ist gewährleistet. - Die Grundversorgung für Sport und Bewegung ist für breite Bevölkerungsschichten gewährleistet. - Zielgruppenspezifische Angebote für ... Kinder und Jugendliche sowie Neubürger sind ausgebaut. - Die Integration der Migranten in die Stadtgesellschaft ist verbessert. Familienfreundliche Stadt - Ein bedarfsgerechtes, attraktives Bildungs- und Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche ist vorhanden. - Die Kinder- und Jugendhilfe ist qualitativ weiterentwickelt. - Ein bedarfsgerechtes Angebot zur Kinderbetreuung steht zur Verfügung. - Die Beratung, Unterstützung und Förderung für Familien ist ausgebaut. Gutes kommunales Management - Die kommunale Infrastruktur ist an Bedarfe und finanz. Ressourcen angepasst. Minden als regionales Zentrum - Die (ober-)zentralen (Versorgungs-)Funktionen sind gestärkt. Aktivierte Bürgergesellschaft - Bürgerinnen und Bürger werden frühzeitig in Planungen und Entscheidungen einbezogen. - Die Außendarstellung der Stadt ist verbessert. Gutes kommunales Management - Die Prioritätensetzung ist im Sinne einer Gesamtsteuerung verbessert. - Das Dienstleistungsangebot der Stadtverwaltung ist optimiert. - Kommunales Handeln ist transparent und nachvollziehbar. - Die fachübergreifende Zusammenarbeit funktioniert. - Die kommunale Infrastruktur ist an die Bedarfe und die finanziellen Ressourcen angepasst.
Zielkonflikte	Gutes kommunales Management Der Prozess ist bisher nur auf Verwaltungs-/ politischer Ebene, nicht aber in der Bürgerschaft kommuniziert.

6.	Fortschrittsbericht Frühe Hilfen	
Federführende Organisationseinheit	4 - Jugendamt	
Grundlegende(s) Beschlüsse / Konzept	Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14.12.2007 Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 26.11.08	
Ziel des Prozesses / der Konzeptumsetzung	Die „Frühen Hilfen“ haben als Ziel den effektiven Kinderschutz durch rechtzeitige passgenaue Angebote (im Präventionsbereich und im Rahmen ambulanter Erziehungshilfen). Damit sollen mittel- bzw. langfristig Einsparungen bei den Jugendhilfekosten erzielt werden, vor allem im Bereich der stationären Jugendhilfemaßnahmen. Kernpunkte des Handlungskonzepts der Stadt Minden – Frühe Hilfen (U3) sind die Netzwerkarbeit, die Kooperation von Jugendhilfe und Gesundheitswesen sowie die Bedarfsanalyse und Angebotsentwicklung. Das vorrangige fachliche Ziel der Frühen Hilfen ist, Eltern in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken.	
Ergebnisse / Arbeitsschritte 2013	Die Frühen Hilfen gibt es in Minden mittlerweile seit 5 Jahren. Die Weiterentwicklung der Frühen Hilfen stellte sich in 2013 folgendermaßen dar: - Im Januar 2013 erfolgte eine befristete Aufstockung der Stundenzahl der Mitarbeiterinnen der Frühen Hilfen aus Mitteln des Bundeskinderschutzgesetzes (BKisSchG) für die Netzwerkkoordination. - Unter dem Motto "Für Prävention zu klein? Gesund aufwachsen im Mühlenkreis" hat am Samstag, den 9. März 2013, im Leo-Symphor-Berufskolleg ein Fachtag stattgefunden. Organisiert wurde das Angebot - bestehend aus einer Infomesse und Vorträgen - von den "Frühen Hilfen" der Stadt Minden, der Stadt Porta Westfalica und des Kreises Minden-Lübbecke unter Kooperation mit dem Gesundheitsamt des Kreises. Die Veranstaltung richtete sich an Mitarbeiter und Fachkräfte der Gynäkologie, der Pädiatrie, der Allgemeinmedizin, der Kinder- und Jugendhilfe, der Familienberatungsstellen, des Gesundheitsamtes, des Kinderschutzbundes, der Schwangerschafts- und Säuglingsberatungsstellen, aus Kindertagesstätten, Tagesmütter, Hebammen und interessierte Eltern. - 1. Kooperationstreffen mit Vertretern der Krankenkassen im Juli 2013 - Im November 2013 beginnt die Ausbildung von	

	Familienhebammen und Familienkindergesundheits- und krankenschwestern. - Babybegrüßungsbesuche durch Ehrenamtliche (Kinderschutzbund). Im Rahmen der Babybegrüßungsbesuche wird ein Elternbegleitordner mit umfangreichen Informationen an die Eltern verteilt. - Kooperation zwischen Jugendhilfe und Gesundheitswesen fördern: - Durchführung der wöchentlichen Klinikprechstunde (im Wechsel mit den Frühen Hilfen des Kreises Minden-Lübbecke) - Ab 2013 werden jährlich 4 Informationsabende für werdende Eltern „Rundum informiert“ im Johannes-Wesling-Klinikum in Kooperation mit den Frühen Hilfen des Kreises Minden-Lübbecke, der Elterngeldstelle, der Elternschule des Klinikums, den Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und dem Landeshebammenverband durchgeführt. - Teilnahme und Kommunikation in Qualitätszirkeln der Kinderärzte und der Gynäkologen - Fortführung der AG Frühe Hilfen unter Beteiligung der Kinderärzte - Angebot „Familienhebamme in Kita“ als ein offenes, niederschwelliges Angebot für (junge) Schwangere (Deutscher Kinderschutzbund) - Öffentlichkeitsarbeit - Teilnahme am Arbeitskreis „Frühe Hilfen OWL“ - Familienhebammen werden als Angebot der Frühen Hilfen eingesetzt und fachlich betreut. Sie können durch eine Zusatzqualifikation Familien bis zum ersten Geburtstag des Kindes begleiten. - Angebotsentwicklung für junge Familien: Das Hilfeangebot richtet sich danach, was die jeweilige Familie braucht und annehmen kann. Die Fachkräfte für Frühe Hilfen vermitteln in vor Ort bestehende Angebote der verschiedenen Beratungsstellen, Verbände und Vereine, zum Projekt Prima, zum Sozialen Dienst, zu Tageseinrichtungen für Kinder und zu Tagesmüttern, auch mit dem Gesundheitswesen wird eng kooperiert. Angebote wie Elternabende (Marte Meo), Kurse für werdende Eltern und für Eltern mit Säuglingen (Fit für den Start, PEKIP, „Ich werde Mama“, Internationale Mutter-Kind-Gruppen des Caritasverbandes), Infoabende in Familienzentren, Projekte wie Baby-Bedenkzeit für Jugendliche werden weitergeführt. - Informationen zu den Frühen Hilfen in Minden fließen in die Ausbildung von Tagespflegepersonen, Familienhebammen und der Ehrenamtlichen des Projektes PRIMA (Deutscher Kinderschutzbund und Parität) ein.
--	---

Stadtentwicklungsbericht 2013

Prozessbegleitende Gremien / Gruppen	AG „Frühe Hilfen“
Anknüpfung Zielsystem	Chancengleichheit durch Teilhabe - Zielgruppenspezifische Angebote für Alte, Kinder und Jugendliche sowie Neubürger sind ausgebaut. Familienfreundliche Stadt - Die Beratung, Unterstützung und Förderung für Familien ist ausgebaut. - Die Kinder- und Jugendhilfe ist qualitativ weiterentwickelt. Gutes kommunales Management - Die kommunale Infrastruktur ist an die Bedarfe und die finanziellen Ressourcen angepasst.
Zielkonflikte	

7.	Fortschrittsbericht Kinder- und Jugendförderplan	
Federführende Organisationseinheit	Fachbereich 4 - Jugendamt	
Grundlegende(s) Beschlüsse / Konzept	Beschluss des Kinder- und Jugendförderplans 2010-2014 der Stadt Minden durch den Jugendhilfeausschuss am 16.11.2010 und durch die Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2010	
Ziel des Prozesses / der Konzeptumsetzung	Der Kinder- und Jugendförderplan 2010-2014 erfüllt mehrere jugendpolitische Aufgaben: • Er liefert einen gesicherten konzeptionellen und finanziellen Rahmen für Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit und erzieherischen Kinder- und Jugendschutz sowie Handlungsanforderungen für diese Bereiche, die in den nächsten Jahren weiter umzusetzen sind. • Er skizziert die Vision eines ganzheitlichen Biografie begleitenden Netzwerkes für Kinder und Jugendliche in Minden, das Eltern, Kinder und Jugendliche darin unterstützt, dass das Aufwachsen gelingt. • Er weist für die Stadtentwicklungsplanung und andere Fachplanungen auf Herausforderungen hinsichtlich des Umgangs mit sozialer Ungleichheit sowie den Chancen, Lebensbedingungen und Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen hin.	
Ergebnisse / Arbeitsschritte 2013	Die Priorität des Kinder- und Jugendförderplans 2010-2014 liegt im Erhalt der bestehenden Infrastruktur und der Weiterentwicklung der Arbeitsfelder (5 Jugendhäuser in städtischer bzw. freier Trägerschaft, Jugendverbandsarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, Jugendsozialarbeit). Ausgewählte Arbeitsschritte 2013: • Ein Schritt in Richtung Inklusion: In Zusammenarbeit mit der Lebenshilfe hat das Kinder- und Jugendkreativzentrum Anne Frank die Teilhabe behinderter Kinder am Ferienspielprogramm ermöglicht. • Alle Jugendhäuser in Minden haben beim Projekt Kulturrucksack mitgemacht. Es wurden kulturelle Bildungsprozesse angeregt und 10-14-Jährige JugendhausnutzerInnen haben dadurch neue kulturelle Erfahrungen gemacht. • Der 2012 an der Weserpromenade entstandene Kletter- und Balancierparcours sowie die neue ohne städtische Mittel entstandene Skateranlage werden	

	sehr gut angenommen. • Im September 2013 wurde der völlig umgestaltete Spielplatz am Koppelweg in Zollern eröffnet. Die Planung ist durch die Städtischen Betriebe Minden in Absprache mit der Jugendhilfeplanerin und den Spielmobilsachverständigen des Kinder- und Jugendkreativzentrums Anne Frank erfolgt. Hier werden Mittel gebündelt, um die Spielmöglichkeiten von Kindern in einem benachteiligten Umfeld zu verbessern. • Über die Jugendhilfeplanerin werden Kinder-, Jugend- und Familieninteressen in Stadtplanungs- und Stadtentwicklungsprojekte eingebracht. • Die Vision eines ganzheitlichen Biografie begleitenden Netzwerkes für Kinder und Jugendliche in Minden fließt in das Projekt Bildung 2022 ein.
Prozessbegleitende Gremien / Gruppen	• Klausurtagung des Jugendhilfeausschusses am 24.04.2010 • Fachplanungsbeteiligung (8 Workshops) • Verwaltungsinterne Workshops und Beteiligungsgespräche mit dem Ziel, Schnittstellen in den Blick zu nehmen
Anknüpfung Zielsystem	Chancengleichheit durch Teilhabe - Die kulturelle Grundversorgung für breite Bevölkerungsschichten ist gewährleistet. - Zielgruppenspezifische Angebote für ... Kinder und Jugendliche sowie Neubürger sind ausgebaut. - Die Integration der Migranten in die Stadtgesellschaft ist verbessert. Familienfreundliche Stadt - Die Kinder- und Jugendhilfe ist qualitativ weiterentwickelt. - Ein bedarfsgerechtes, attraktives Bildungs- und Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche ist vorhanden. Aktivierende Bürgergesellschaft - Das bürgerschaftliche Engagement wird aktiv gefördert. Gutes kommunales Management - Die kommunale Infrastruktur ist an die Bedarfe und die finanziellen Ressourcen angepasst.
Zielkonflikte	

8.	Fortschrittsbericht Kindertagesstättenentwicklung	
Federführende Organisationseinheit	4 – Jugendamt	
Grundlegende(s) Beschlüsse / Konzept	Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses vom 30.01.08, 17.09.08, und 27.10.10 Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23.10.08	
Ziel des Prozesses / der Konzeptumsetzung	Ein Ziel des am 01.08.2008 in Kraft getretenen Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) ist der Ausbau von Plätzen für unter 3-jährige Kinder. Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 27.10.2010 eine Deckungsquote von 35 % beschlossen. Dies entspricht ca. 720 Betreuungsangeboten; davon sollen 600 Plätze in Kindertageseinrichtungen vorgehalten werden. Für das Kiga-Jahr 2013/14 ist als ein wichtiges Etappenziel folgender Ausbaustand erreicht worden: • 464 U3-Plätzen in Kindertageseinrichtungen: (das entspricht einer Deckungsquote von 22,5 %) • bis zu 220 Plätze in der Kindertagespflege: (Deckungsquote von 10,7 %) • insgesamt stehen also aktuell bis zu 684 U3-Plätze zur Verfügung (Deckungsquote 33,2%) U.U. lassen sich im laufenden Kiga-Jahr weitere 38 Plätze für die unter 3-jährige Kinder realisieren. Damit wäre eine Bedarfsdeckung von genau 35 % erreicht. Ausblick: Der U3-Ausbau ist weiter voranzutreiben. Festzustellen ist, dass die Nachfrage nach Plätzen in der Kindertagespflege rückläufig ist. Eltern interessieren sich verstärkt für Kita-Plätze. Es sind entsprechend drei weitere Projekte in der konkreten Planung. Bei einer Realisierung werden zusätzlich 41 U3-Plätze in Kindertageseinrichtungen zur Verfügung stehen. Damit gäbe es dann 543 Plätze in Einrichtungen.	
Ergebnisse /	In Zusammenarbeit mit den freien Trägern	

Arbeitsschritte 2013	wurde das Ausbauziel weiter intensiv verfolgt. Die angestrebte Bedarfsdeckungsquote zum 01.08.2013 wurde erreicht. Allerdings bedarf das Verhältnis der Kita-Plätze zu den Angeboten in der Kindertagespflege noch einer gewissen Korrektur. Für die zusätzliche Betreuung von Kindern unter 3 Jahren ist ein bedarfsgerechtes Raumprogramm und eine kindgerechte Ausstattung zu schaffen, z.B. die Herrichtung von Wickelräumen und Schlafmöglichkeiten, die Schaffung von Abstellmöglichkeiten für Kinderwagen und der Kauf von notwendigen Ausstattungsgegenständen einschließlich Spielzeugen sowie die Schaffung bedarfsgerechter Spielmöglichkeiten im Außengelände. Seit 2008 haben 39 Einrichtungen (incl. der geplanten Projekte) in diesem Zusammenhang Anträge für die Durchführung von entsprechenden Maßnahmen gestellt.
Prozessbegleitende Gremien / Gruppen	Steuerungsgruppe Kita-Entwicklungsplanung, Jugendhilfeausschuss, jährliche Fortschreibung und Weiterentwicklung des Platzangebotes mit den Fachberatungen und den Trägern von Kindertageseinrichtungen sowie den Einrichtungsleitungen, die die spezifischen Bedarfslagen der Eltern und Kinder sowie die Möglichkeiten, die die jeweilige Einrichtung bietet, in die Planung einbringen.
Anknüpfung Zielsystem	Chancengerechtigkeit durch Teilhabe - Zielgruppenspezifische Angebote für ..., Kinder und Jugendliche sowie Neubürger sind ausgebaut. Familienfreundliche Stadt - Ein bedarfsgerechtes Angebot zur Kinderbetreuung steht zur Verfügung.
Zielkonflikte	

9.	Fortschrittsbericht „Schulentwicklung“	
Federführende Organisationseinheit	Fachbereich 1 – Bildung, Kultur, Sport und Freizeit SBM	
Grundlegende(s) Beschlüsse / Konzept	Stadtverordnetenversammlung vom 21.07.2011 und vom 25.10.2012: Auflösung Hauptschule Minden-Süd; Antrag Schulversuch: Gründung Stadtteilschule Klasse 1-10 Stadtverordnetenversammlung vom 18.07.2013: Resolution zur Fortführung der Schulsozialarbeit im Rahmen von Bildung und Teilhabe	
Ziel des Prozesses / der Konzeptumsetzung	Bildungsgerechtigkeit, Optimales kommunales Bildungssystem, Realisierung der Stadtentwicklungsziele im Bildungsbereich	
Ergebnisse / Arbeitsschritte 2013	Die Arbeitsgruppe für den Umzug der Käthe-Kollwitz-Realschule in das Gebäude der Hauptschule Minden-Süd zum Beginn des Schuljahres 2014/2015 hat im Sommer 2013 die Arbeit aufgenommen. Die notwendigen Umbauarbeiten am Standort Minden-Süd werden fristgerecht in 2014 umgesetzt. Parallel wurde der Umzug der auslaufenden HS Minden-Süd zur HS Todtenhausen zum Schuljahr 2014/15 vorbereitet. Die Teilnahme am Schulversuch „Längeres gemeinsames Lernen“ wurde genehmigt. Die PRIMUS-Schule Minden hat ihren Betrieb zum Schuljahr 2013/14 mit den Jahrgangsstufen 1 und 5 aufgenommen. Die GS Cornelia-Funke-Schule und die KTG-Dependance werden auslaufend aufgelöst. Für die PRIMUS-Schule wurde ein Schuleinzugsbereich gebildet, der die Stadtteile rechts der Weser umfasst. Der Zusammenschluss der Schulstandorte Leteln und Dankersen ist zum Schuljahr 2013/14 erfolgt. Der Förderantrag für den Bau einer Doppelsporthalle für den Leistungssport an der Landessportschule Besselgymnasium wurde bewilligt. Die Grundsteinlegung erfolgte im September 2013. Eine interne Arbeitsgruppe zur Fortentwicklung der Schulbudgets unter besonderer Berücksichtigung des strategischen Zielbereichs „Chancengerechtigkeit durch Teilhabe“ hat im November 2013 die Arbeit aufgenommen. Zuvor wurden intensive Gespräche mit einigen Schulen verschiedener Schulformen geführt. Das Bildungs- und Teilhabepaket läuft erfolgreich weiter. Im Rahmen dieses Programms sind befris-	

	tet bis zum 31.07.2014 zwei weitere Schulsozialarbeiterinnen an Grundschulen eingestellt worden. Damit sind vier Grundschulen mit jeweils einer vollen Stelle besetzt. Die weitere Förderung durch den Bund über den 31.07.2014 hinaus ist noch ungeklärt. Es wurde eine Arbeitsgruppe Inklusion mit dem Ziel der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gegründet. An der Freiherr-von-Vincke-Realschule wurde eine Mensa errichtet, um den Ganztagsbetrieb zu optimieren. Die Planungen für einen ganztagsgerechten Ausbau bzw. Umbau der GS Hohenstaufenschule und der GS Domschule wurden abgeschlossen. Die notwendigen Baumaßnahmen beginnen im Frühjahr/Frühsummer 2014. Die Planungen für einen ganztagsgerechten Ausbau des Ratsgymnasiums sind ebenfalls abgeschlossen. Ab Herbst 2013 werden Räumlichkeiten auf dem Gelände der KTG für die Dauer der Baumaßnahme genutzt. Der Umzug ist erfolgt. Eine Änderung der Elternbeitragssatzung für den Offenen Ganzttag wurde mit dem Ziel, den hohen Standard in der Betreuung aufrechterhalten zu können, erarbeitet. Die Umsetzung ist für das Schuljahr 2014/15 geplant.
Prozessbegleitende Gremien / Gruppen	Steuerungsgruppe Schulentwicklungsplanung Projektbezogene Planungs- und Steuerungsgruppen (Inklusion, Schulbudgetierung u.a.) Ausschuss für Bildungsarbeit
Anknüpfung Zielsystem	Chancengleichheit durch Teilhabe - Die Stadt Minden verfügt über eine zukunftsfähige Bildungslandschaft mit attraktiven Schulen, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen Familienfreundliche Stadt - Ein bedarfsgerechtes, attraktives Bildungs- und Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche ist vorhanden. Gutes kommunales Management - Die kommunale Infrastruktur ist an Bedarfe und finanz. Ressourcen angepasst.
Zielkonflikte	Der Entwicklungsprozess der Schulentwicklungsplanung befindet sich im Spannungsfeld einer Anpassung an die finanziellen Ressourcen, bei gleichzeitiger Beachtung immer weiter steigender Bedarfe und Anforderungen an die Organisation von Bildung sowie die bauliche Infrastruktur.

10.	Fortschrittsbericht Kulturentwicklung	
Federführende Organisationseinheit	Fachbereich 1 – Bildung, Kultur, Sport und Freizeit	
Grundlegende(s) Beschlüsse / Konzept	Beschluss des Ausschusses für Kultur und Freizeit vom 3.11.2008 Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 18.12.2008	
Ziel des Prozesses / der Konzeptumsetzung	Das Kulturkonzept ist integraler Bestandteil der strategischen Ausrichtung der Stadt Minden; hierdurch werden die Rahmenbedingungen für ein zukunftsorientiertes kulturelles Leben in der Stadt gestaltet und die kulturellen Traditionen verantwortungsvoll fortgeführt. Dadurch werden die öffentlichen Kultureinrichtungen zukunftsfähig gemacht und neuen Initiativen und Ideen Raum für ihre kreative Entfaltung eröffnet. Die Stadt soll als regionales Zentrum an ihrer Stärke, einer vielfältigen Kulturlandschaft, auch zukünftig anknüpfen und künstlerisch-kulturelle Qualität sichern und befördern. Minden sollte sich in diesem Kontext unverwechselbar profilieren und die Rolle als innovativ-kreative Impulsgeberin annehmen und inhaltlich definieren. Als „work in progress“ ist das Mindener Kulturkonzept als beteiligungsorientierter, dynamischer und dauerhafter Planungs- und Reflektionsprozess angelegt. Aus der Analyse von gesellschafts-, bildungs- und kulturpolitischen Veränderungsprozessen erarbeiteten die Kultur- und Bildungseinrichtungen der Stadt einen gemeinsamen Orientierungs- und Handlungsrahmen für ihre aktuelle und zukünftige Kulturarbeit. Der Kulturellen Bildung kommt eine herausragende Bedeutung zu; die Kulturentwicklungsplanung fühlt sich dabei in besonderer Weise der sozialen Teilhabe und Chancengerechtigkeit von Kindern und Jugendlichen sowie Menschen mit Migrationsgeschichte verpflichtet (Kultur als Mittel zur Integration, Kultur als Mittel zur Gestaltung des sozialen und demographischen Wandels). Die aktivierte Bürgergesellschaft soll im Kontext von Kulturplanung und -entwicklung eine gelebte Grundhaltung bei der Suche nach strukturellen Gemeinsamkeiten sein.	
Ergebnisse / Arbeitsschritte 2013	Die gemeinsam vereinbarte und im Kulturkonzept 2008 festgeschriebene Ausrichtung der kommunalen Kulturarbeit wurde von den beteiligten Kultur- und Bildungseinrichtungen weiterentwickelt und im Rahmen ihrer jeweiligen Aufgaben umgesetzt. In einer festen Terminstruktur aus	

	Kulturkonferenzen arbeiteten die Institute an inhaltlicher Ausrichtung und operativer Vernetzung weiter. Dabei erfolgt die Realisation der Schwerpunktsetzung über Projektarbeit insbesondere zur kulturellen Bildung (Projektbeispiele: • Kulturbüro - Konzeptentwicklung im Vorschulbereich, Community Dance „Die Schöpfung“ in Minden und auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag, Kulturstrolche, „Minden historisch erleben“, Poetry Slam, „Minden singt“, zeitgenössische Musik und Kunst, Kulturrucksack; • BÜZ – Umgido (afrikanisches Theater); • Stadtbibliothek – Ausbau von Aktivitäten für Jugendliche im Bereich neue Medien, Konzeptentwicklung für Vorschulkinder; • Kommunalarchiv – Digitale Bereitstellung von Akten zur Bearbeitung u. a. durch Schüler; • Stadttheater – Aufführungen der beiden Jugendclubs am Stadttheater Minden, Theaterführungen mit Workshops für Kinder und Jugendliche, Erwachsenenworkshops, 1. Inklusionsfestival „All inclusive!“.) Zum fünften Mal in Folge konnte eine finanzielle Förderung für die freie Kulturszene erfolgen, in zwei Vergabeverfahren mit Fristen Ende April bzw. Oktober. In der ersten Förderrunde wurden 10 Projekte mit einer Gesamtsumme von 8.500,- € unterstützt, in der zweiten Runde weitere acht Projekte mit insgesamt 6.500,- €.
Prozessbegleitende Gremien / Gruppen	- Kultureinrichtungen als Prozessbetreiber - Ausschuss für Kultur und Freizeit - Kulturforum
Anknüpfung Zielsystem	Chancengerechtigkeit durch Teilhabe - Die kulturelle Grundversorgung für breite Bevölkerungsschichten ist gewährleistet. - Die Stadt Minden verfügt über eine zukunftsfähige Bildungslandschaft mit attraktiven Schulen, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen. Minden als regionales Zentrum - Die (ober-)zentralen (Versorgungs-)Funktionen sind gestärkt. Familienfreundliche Stadt - Ein bedarfsgerechtes, attraktives Bildungs- und Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche ist vorhanden. Aktivierete Bürgergesellschaft - Die Außendarstellung der Stadt ist verbessert. - Das bürgerschaftliche Engagement wird aktiv gefördert. Gutes kommunales Management - Die kommunale Infrastruktur ist an Bedarfe und

Stadtentwicklungsbericht 2013

	die finanziellen Ressourcen angepasst.
Zielkonflikte	

11.	Fortschrittsbericht „Sportentwicklung“
Federführende Organisationseinheit	Fachbereich 1 – Bildung, Kultur, Sport und Freizeit
Grundlegende(s) Beschlüsse / Konzept	Beschlüsse des Sportausschusses vom 27.05.2008 und 16.03.2010 Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28.10.2010
Ziel des Prozesses / der Konzeptumsetzung	Im strategischen Zielbereich „Chancengerechtigkeit durch Teilhabe“ soll für breite Bevölkerungsschichten die Grundversorgung mit Sport und Bewegung gewährleistet werden. Beim Ziel „Minden als regionales Zentrum“ soll die gesunde Lebensqualität mit gutem Freizeit-, Sport-, Naherholungs- und Gesundheitsangebot gesichert werden. Beim Ziel „Familienfreundliche Stadt“ soll ein bedarfsgerechtes, attraktives Bildungs-, Sport- und Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche vorhanden sein. Im Ziel „Aktivierte Bürgergesellschaft“ soll der Vereinssport als größte Organisation bürgerschaftlichen Engagements auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet und dafür unterstützt werden. Die Ziele „Nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen“ und „Gutes kommunales Management“ sind eng miteinander verknüpft. Sport und Bewegung in Minden sollen dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet werden. Hierzu soll die kommunale Sportstätten-, Bewegungs- und Freizeitinfrastruktur (Bäder, Grünflächen, usw.) im Spannungsverhältnis gewachsener Vereinsstrukturen, einem sich wandelnden Sportverständnis und gesellschaftlicher Veränderungen (demografischer Wandel, Schulentwicklung, Ganzttag, usw.) optimiert, dem künftigen Bedarf und den finanziellen Ressourcen angepasst werden.
Ergebnisse / Arbeitsschritte 2013	Maßnahmenfeld Konzept Sportpark Zähringerallee: Das Maßnahmenfeld wird im „Projektsteckbrief Sportpark Zähringerallee“ dargestellt. Maßnahmenfeld „Kommunale Bewegungs- und Gesundheitserziehung“: Die flächendeckende Durchführung der Sportmotorischen Tests in den zweiten Klassen der Mindener Grundschulen wird forciert. Das kompensatorische Sportangebot für Kinder der GS Mosaikschule wird als dauerhaftes Angebot

weitergeführt.

An zwei weiteren Grundschulstandorten (Hohenstaufenschule und Eine-Welt-Schule) im sozialräumlichen Kontext wird erstmalig ein übergreifendes Ballspielangebot eingeführt. Im Rahmen der „Heidelberger Ballschule“ entwickeln Kinder ballmotorische Kompetenzen auf spielerische Art und Weise von Zielschuss- über Zielwurf- bis hin zu Rückschlagspielen. Die Durchführung übernimmt ein speziell ausgebildeter Übungsleiter, der darüber hinaus zeitliche Kapazitäten zur Begleitung der Kinder in Beratung ihrer außerschulischen sportlichen Interessen übernimmt und so an der Schnittstelle „Übergänge Schule - außerschulische Freizeitgestaltung (Sportverein)“ aktiv wirkt.

Professionalisierung und Vernetzung in der Sportentwicklung:

Der Stadtsportverband erweitert als Partner und Schnittstelle zwischen Verwaltung, Politik und organisiertem Sport sein Aufgabenspektrum durch Beteiligung an den erläuterten Maßnahmen „Entwicklung Zähringerallee, Heidelberger Ballschule sowie Kompensatorischer Sport“. Des Weiteren wird die Schwimmförderung durch das Förderprojekt von Sportbüro und Stadtsportverband fortgesetzt und durch die Beteiligung am Landesprojekt „Quietsch Fidel – Schwimmen Lernen in NRW“ durch Maßnahmen in Kita und Grundschule erweitert.

In Kooperation mit dem Kreissportbund Mi – LK e.V. wurde in den Planungsprozess für eine Tagung unter dem Titel „Sportvereine heute – Fit für die Zukunft“ eingestiegen.

Die Tagung dockt als Erweiterung an die in 2011 durchgeführte Tagung „Schule statt Sportverein“ an – geht aber in punkto Vereinsentwicklung über den Kontext „Kooperation Schule – Sportverein“ als Antwort auf bildungspolitische Entwicklungen hinaus.

Maßnahmenfeld Schule und Vereine:

Das vom LAP geförderte Projekt zur sport- und sozialorientierten Stadtteilentwicklung „Wir wollen mitmachen – Ein Sportverein für Rodenbeck“ unter Beteiligung des Fachbereiches Jugend, des Integrationsbeauftragten sowie des AK MiRo wird in 2014 vom Sportbüro fortgesetzt. Das Projekt ist

	Partner im Landesprogramm „Integration durch Sport“ des Landessportbundes NRW. An der Initiative haben in Rodenbeck bis dato über 100 Kinder und Jugendliche teilgenommen.
Prozessbegleitende Gremien / Gruppen	Steuerungsgruppe Sportentwicklungsplanung Sportausschuss
Anknüpfung Zielsystem	Chancengerechtigkeit durch Teilhabe - Die Grundversorgung mit Sport und Bewegung für breite Bevölkerungsschichten ist gewährleistet. - Die Integration der Migranten in die Stadtgesellschaft ist verbessert. Minden als regionales Zentrum - Die (ober-)zentralen (Versorgungs-)Funktionen sind gestärkt. - Die gesunde Lebensqualität mit gutem Freizeit-, Sport-, Naherholungs- und Gesundheitsangebot ist gesichert. Familienfreundliche Stadt - Ein bedarfsgerechtes, attraktives Bildungs-, Sport- und Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche ist vorhanden. Aktivierete Bürgergesellschaft - Das bürgerschaftliche Engagement wird aktiv gefördert. Gutes kommunales Management - Die kommunale Infrastruktur ist an Bedarfe und die finanzielle Ressourcen angepasst.
Zielkonflikte	Der Entwicklungsprozess der Sportentwicklungsplanung befindet sich insbesondere im Spannungsfeld von gesteigerten Anforderungen zur Zielerreichung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe, bei gleichzeitig begrenzten finanziellen Ressourcen.

12.	Fortschrittsbericht „Klimaschutz“	
Federführende Organisationseinheit	5.2 Stadtplanung und Umwelt	
Grundlegende(s) Beschlüsse / Konzept	Das „Integrierte Klimaschutzkonzept“ für die Gesamtstadt Minden wurde mit Fördergeldern des BMU und Drittgeldern der E.ON Westfalen Weser AG erstellt. 09.10.2013 Beschluss im Fachausschuss Bauen, Wohnen und Verkehr. 10.10.2013 Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung 17.10.2013 Vorstellung des Konzeptes für die Öffentlichkeit Nov. 2013 Beantragung einer Stelle eines Klimaschutzmanagers für drei Jahre (Förderquote bei Haushaltssicherung 85%) beim BMU	
Ziel des Prozesses / der Konzeptumsetzung	Ziel des Konzepts ist es, durch die Umsetzung der im Konzept enthaltenen Maßnahmen eine Reduktion der Co2-Emmissionen um 30% bis zum Jahr 2030 (bezogen auf das Niveau von 2011). Um die Vielzahl der Maßnahmenvorschläge strukturiert bearbeiten zu können ist es erforderlich, eine zentrale Anlaufstelle (Klimaschutzmanager/Klimaschutzmanagerin) in der Stadtverwaltung einzurichten. Demzufolge wird die Förderung des Klimaschutzmanagers beantragt. Eine Einstellung ist für Frühjahr 2014 vorgesehen.	
Ergebnisse / Arbeitsschritte 2012	Erstellung eines Integrierten Klimaschutzkonzeptes für die Gesamtstadt Minden mit Fördergeldern des BMU und Drittgeldern der E.ON Westfalen Weser AG. Beantragung einer Stelle eines Klimaschutzmanagers/Klimaschutzmanagerin für drei Jahre (Förderquote bei Haushaltssicherung 85%) beim BMU	
Prozessbegleitende Gremien / Gruppen	Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr Koordinationskreis Klimaschutz und Energie (KKE), Verbraucherzentrale NRW e.V. (Beratungsstelle Minden) Klimabündnis im Mühlenkreis e.V. E.on Westfalen Weser AG Bürgerschaft	
Anknüpfung Zielsystem	<u>Minden schützt seine natürlichen Lebensgrundlagen</u> - Mit den natürlichen Ressourcen wird schonend umgegangen. - Der Siedlungsraum wird im Sinne der Stadt der kurzen Wege kompakt entwickelt. - Der Verkehr wird umweltverträglich abgewickelt. <u>Minden als regionales Zentrum</u>	

Stadtentwicklungsbericht 2013

	- Die (ober-) zentralen (Versorgungs-) Funktionen sind gestärkt - Minden entwickelt sich als dynamischer und attraktiver Wirtschaftsstandort <u>Gutes Kommunales Management</u> - kommunales Handeln ist transparent und nachvollziehbar. <u>Aktivierter Bürgergesellschaft</u> - Das Bürgerschaftliche Engagement wird aktiv gefördert - Bürgerinnen und Bürger werden frühzeitig in Planungen und Entscheidungen einbezogen - Die Außendarstellung der Stadt ist verbessert.
Zielkonflikte	

13.	Fortschrittsbericht Mobilitätskonzept	
Federführende Organisationseinheit	Fachbereich 5 – Städtebau und Feuerschutz 5.2 Stadtplanung und Umwelt	
Grundlegende(s) Beschlüsse / Konzept	Die Erstellung eines Mobilitätskonzeptes (als Teilkonzept des Klimaschutzkonzeptes) für die Gesamtstadt Minden mit Fördergeldern des BMU.	
Ziel des Prozesses / der Konzeptumsetzung	Ziele des Mobilitätskonzeptes sind die Reduzierung des motorisierten Verkehrs sowie die Reduzierung des CO₂-Ausstosses des Verkehrs am Gesamtausstoß von 27% auf 20% bis zum Jahr 2030. Dieses soll durch: - Optimierung der Verkehrsentwicklungsplanung - Ausbau und Attraktivitätssteigerung ÖPNV - Steigerung Radverkehrsanteil am Modal Split - Fahrradfreundliche Stadt - Steigerung zugelassener Fahrzeuge mit alternativen/regenerativen Antrieben geschehen.	
Ergebnisse / Arbeitsschritte 2013	Die Stadt Minden ist seit 1996 Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW. Das Mobilitätskonzept ist Bestandteil des in 2013 aufgestellten Klimaschutzkonzeptes und soll in 2014 / 2015 erstellt werden. Für diese Maßnahme werden Fördermittel über das BMU beantragt. Die Ausschreibung befindet sich derzeit in Vorbereitung.	
Prozessbegleitende Gremien / Gruppen	Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr, Beiräte, Bürgerschaft	
Anknüpfung Zielsystem	Nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen • Mit den natürlichen Ressourcen wird schonend umgegangen • Der Siedlungsraum wird im Sinne der Stadt der kurzen Wege kompakt entwickelt • Der Verkehr wird umweltverträglich abgewickelt	
Zielkonflikte	Zielkonflikte sind derzeit nicht erkennbar.	

14.	Fortschrittsbericht ÖPNV-Konzept	
Federführende Organisationseinheit	Fachbereich 5	
Grundlegende(s) Beschlüsse / Konzept	Beratung zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28.02.2013 zur Einführung des Schwachlastverkehrs des Busverkehrs in Minden	
Ziel des Prozesses / der Konzeptumsetzung	Optimierung des ÖPNV in Minden zur Einnahmen- und Attraktivitätssteigerung Erarbeitung einer Kosten- und Maßnahmenübersicht als Grundlage für die politische Diskussion	
Ergebnisse / Arbeitsschritte 2013	Einrichtung eines Arbeitskreises ÖPNV, Durchführung von 5 Sitzungen, Themen: - Verbesserung der Servicequalität - Verbesserung der Tarifstruktur - Taktverdichtung - Wirtschaftlichkeit - Verbesserung der Anbindung City-Bahnhof Es ist ein Gutachten beauftragt worden mit dem Ziel, die Angebotsstruktur durch Taktverdichtungen und Erweiterungen zu prüfen und Vorschläge hierfür zu machen.	
Prozessbegleitende Gremien / Gruppen	AK ÖPNV bestehend aus MHV, den Busbetreibern, Politik und Verwaltung	
Anknüpfung Zielsystem	Minden als regionales Zentrum: - Die (ober-)zentralen (Versorgungs-) Funktionen sind gestärkt. Fokus: Einzelhandel als Schwerpunkt unter Berücksichtigung der Wechselwirkung mit den Belangen der Innenstadt - Minden entwickelt sich als dynamischer und attraktiver Wirtschaftsstandort mit	

Stadtentwicklungsbericht 2013

	guten touristischen Angeboten Nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen - Mit den natürlichen Ressourcen wird schonend umgegangen - Der Siedlungsraum wird im Sinne der Stadt der kurzen Wege kompakt entwickelt - Der Verkehr wird umweltverträglich abgewickelt
Zielkonflikte	

15.	Fortschrittsbericht „Radverkehrskonzept“	
Federführende Organisationseinheit	5.2 Stadtplanung und Umwelt	
Grundlegende(s) Beschlüsse / Konzept	Beschluss des Radverkehrskonzeptes als städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 1 Abs. 6 BauGB am 08.07.2010 durch die Stadtverordnetenversammlung	
Ziel des Prozesses / der Konzeptumsetzung	Die Hauptziele des Radverkehrskonzeptes sind die Steigerung des Radverkehrsanteils am Gesamtverkehr (Modal Split) auf 25% und die Verbesserung der Verkehrssicherheit. Die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes ist ein wichtiger Baustein für die Zielsetzung, des in 2013 aufgestellten Klimaschutzkonzeptes, den Anteil des motorisierten Individualverkehrs und somit den CO ₂ -Ausstoss zu verringern.	
Ergebnisse / Arbeitsschritte 2013	- Neubau Geh- und Radweg Notthorn (2. Bauabschnitt) - Neuanlegung von einem Schutzstreifen an der Rodenbecker Straße - Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht an diversen Straßen - neue Fahrradabstellanlagen in der Innenstadt (Marienstraße / Hufschmiede) - Durchführung einer Radverkehrsschau - Öffentlichkeitsarbeit: Lichtaktion / Sonderausstellung der AGFS an einer Mindener Schule - Durchführung eines Fahrrad- und Umweltaktionstages - Berichterstattung im Bauausschuss über die Entwicklung des Radverkehrs-konzeptes	
Prozessbegleitende Gremien / Gruppen	Arbeitskreis Fahrradförderung	
Anknüpfung Zielsystem	Nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen - Der Verkehr wird umweltverträglich abgewickelt	
Zielkonflikte	Bei Neu- und Umbaumaßnahmen fallen hohe Ausführungskosten an. Aufgrund der angespannten Haushaltslage ist die Umsetzung nur schwer oder teilweise auch gar nicht umsetzbar. Der motorisierte Individualverkehr hat in der Gesellschaft noch immer einen hohen Stellenwert und dies wirkt sich auch auf verkehrsplanerische Entscheidungen aus. Für die Beurteilung, ob sich der Anteil des Fahrradverkehrs erhöht, fehlt die Grundlagenermittlung (Erhebung Modal-Split ist in 2014 geplant).	

16.	Fortschrittsbericht „Wohnbauflächenentwicklung“	
Federführende Organisationseinheit	5.2 Stadtplanung und Umwelt	
Grundlegende(s) Beschlüsse / Konzept	Beschluss der grundlegenden Zielsetzungen für ein nachhaltiges Flächenmanagementsystem in Minden im Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr am 23.08.2006	
Ziel des Prozesses / der Konzeptumsetzung	Als quantitatives langfristiges Ziel wurde im Modellprojekt Flächenmanagement als künftiger Orientierungswert für die Wohnbauflächenausweisung bis zum Jahr 2020 ein Wert von 120 ha angenommen.	
Ergebnisse / Arbeitsschritte 2013	- Neuausweisung von 0,6 ha Wohnbaufläche in rechtskräftigen Bebauungsplänen und Satzungen - Berücksichtigung der Wohnbauflächenbewertung als Entscheidungshilfe bei Verfahren zur Neuausweisung von Wohnbauflächen - Monitoring in Form des Baulandberichtes 2013 im BUV am 22.05.2013 - Berücksichtigung der Ergebnisse der Wohnbauflächenbewertung in den Vorbereitungen zur Neuaufstellung des FNP - Wohnbaulandverbrauch in 2012 3,7 ha; für 2013 liegen noch keine Daten vor - Reduzierung der Wohnbauflächenreserven um 3,0 ha in 2011; für 2013 liegen noch keine Daten vor	
Prozessbegleitende Gremien / Gruppen	Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr	
Anknüpfung Zielsystem	Minden als regionales Zentrum - die Einwohnerzahl ist auf dem Niveau von 2005 stabilisiert - Die Stadt verfügt über attraktive Wohngebiete für unterschiedliche Wohnformen Nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen - Mit den natürlichen Ressourcen wird schonend umgegangen - Der Siedlungsraum wird im Sinne der Stadt der kurzen Wege kompakt entwickelt Gutes kommunales Management - Die kommunale Infrastruktur ist an die Bedarfe und finanziellen Ressourcen angepasst	
Zielkonflikte		

17.	Fortschrittsbericht Minden - für Demokratie und Vielfalt - Lokaler Aktionsplan (LAP)	
Federführende Organisationseinheit	ZB 0.1 - Zentraler Steuerungsdienst	
Grundlegende(s) Beschlüsse / Konzept	Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 05.03.2008 (Unterzeichnung der Erklärung der Bundesinitiative "Orte der Vielfalt" und Bewerbung für die Auszeichnung "Ort der Vielfalt")	
Ziel des Prozesses / der Konzeptumsetzung	Leitziel des LAP Minden: Mindener Bürgerinnen und Bürger engagieren sich für Vielfalt, ein demokratisches Miteinander und Chancengleichheit. Sie leisten einen aktiven Beitrag für Integration und gegen Ausgrenzung.	
Ergebnisse / Arbeitsschritte 2013	Auch in 2013 ist die Stadt Minden mit insgesamt 90.000 € aus dem Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ gefördert worden, um über von der Zivilgesellschaft initiierte Einzelprojekte eine Umsetzung des LAP-Leitziels und der daraus abgeleiteten operationalisierten Ziele zu erreichen. Dabei konnten wieder zahlreiche Projekte durch den Lokalen Aktionsplan gefördert werden (z.B. Lerntheaterstück „Kauderwelschland ist überall - Kinderschutzlandes, „Wir wollen mitspielen - ein Sportverein für Rodenbeck“ - Kreissportbund, „Willkommen zum Elterncafe der Mosaikschule - Zusammen wachsen!“ - Diakonie Stiftung Salem). Insgesamt konnten mit Unterstützung des LAP Minden 19 Projekte in 2013 umgesetzt werden. Anhand der Hauptwirkrichtung der Einzelprojekte lässt sich feststellen, dass in 2013 insbesondere die Zielgruppe „Bewohner/innen von Stadtteilen mit Brennpunktcharakter“ sehr gut erreicht wurde. Weitere Ergebnisse insb. im Hinblick auf eine nachhaltige Verankerung des LAP Minden in die Stadtgesellschaft: - erste Schritte zur Verankerung des LAP Minden in den sozialen Netzwerken - erste Erfolge in der Sponsorenakquise im Rahmen des Projekts Korbinianapfelbäume	
Prozessbegleitende Gremien / Gruppen	Begleitausschuss des LAP Minden; Zusammensetzung: Bürgermeister, 1. Beigeordneter, interne LAP-Koordinierungsstelle der Stadtverwaltung, Integrationsbeauftragter, externe LAP Koordinierungsstelle, Vertreter des Rates,	

Stadtentwicklungsbericht 2013

	Vertreter von Kirchen, Gewerkschaften, Kultureinrichtungen, Schulen, Vereinen und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren
Anknüpfung Zielsystem	Chancengerechtigkeit durch Teilhabe - Benachteiligte und Menschen in Notlagen werden von der Stadt unterstützt. - Die Integration der Migranten in die Stadtgesellschaft ist verbessert. Aktivierende Bürgergesellschaft - Das bürgerschaftliche Engagement wird aktiv gefördert.
Zielkonflikte	Der LAP Minden wurde von 2011 – 2013 mit insg. 245.000 € gefördert; 2014 wird die Förderung 90.000 € betragen. Nach einem Auslaufen der Förderung soll der LAP Minden weiterhin durch ein verstärktes Engagement aus der Mindener Stadtgesellschaft getragen werden. Dabei erscheint es allerdings vor dem Hintergrund der hohen Förderung sehr fraglich, ob dadurch der derzeitige Status Quo gehalten werden kann. Eine darüber hinausgehende Unterstützung durch Haushaltsmittel würde letztlich in Konflikt mit dem strategischen Oberziel „Die kommunale Infrastruktur ist an die Bedarfe und die finanziellen Ressourcen angepasst“ und der daraus abzuleitenden Maßnahme „Haushaltskonsolidierung“ stehen.

18.	Fortschrittsbericht Umsetzung der „EU Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL)“ im Kontext der räumlichen Stadtentwicklung	
Federführende Organisationseinheit	Städtische Betriebe Minden – S 3 Abwasser und Straßen, 5.2 Stadtplanung und Umwelt	
Grundlegende(s) Beschlüsse / Konzept	- Beschlussfassung des Betriebsausschusses zur Umsetzung der EG-WRRL für einen Planungszeitraum von 2013 bis 2018 und Fassung einer Absichtserklärung für Maßnahmen im Zeitraum 2019 bis 2027 folgt - Wasserrahmenrichtlinie der EG - Wasserhaushaltsgesetz des Bundes (WHG) § 27 - Landeswassergesetz NRW § 2 - Maßnahmenprogramm zur Umsetzung der WRRL <i>Programm Lebendige Gewässer</i> des MKULNV	
Ziel des Prozesses / der Konzeptumsetzung	Ziel ist die Erreichung des guten ökologischen Zustandes der Gewässersysteme, einschließlich des Grundwassers bzw. des guten ökologischen Potentials für erheblich veränderte Gewässer. Gemäß der EG-WRRL ist dieses Ziel bis 2027 zu erreichen. Neben den gesetzlichen Zwängen kann mit der Zielerreichung eines naturnahen Gewässers auch eine Aufwertung des Stadtbildes einhergehen, die Umsetzung der Vorgaben der EUWRRL wird von der Stadtverwaltung daher auch als ein Baustein der räumlichen Stadtentwicklung gesehen.	
Ergebnisse / Arbeitsschritte 2013	Die Erarbeitung eines Umsetzungsfahrplans wurde fortgeführt. In diesem Plan werden auf Grundlage einer vorangegangenen kreisweiten Rahmenplanung Details für Gewässerabschnitt bearbeitet um den gewünschten Zustand zu erreichen. Davon zeitlich unabhängig wurde mit der Planung zur Wiederherstellung der Durchgängigkeit der Bastau begonnen. Die Entwurfsplanung wird in 2013 zur Genehmigung vorgelegt, sodass in 2014 mit der Durchführung begonnen werden kann. Für die ökologische Durchgängigkeit von Fließgewässern dürfen Querbauwerke für Wanderorganismen (Fische/Kleinstlebewesen) keine Hindernisse darstellen. Im Mindener Stadtgebiet weist lediglich die Bastau im Mündungsbereich, also am potentiellen Einstieg von Lebewesen aus der Weser, einen unüberwindbaren Querriegel (Stauwehr) auf. 2013 wurden nach umfänglicher Datensammlung und -aufbereitung, Vermessung und Überarbeitung der hydraulischen Kennwerte Lösungsvorschläge erarbeitet, um die Durchgängigkeit herzustellen. Diesbezüglich waren viele Abstimmungsgespräche	

Stadtentwicklungsbericht 2013

	erforderlich, u.A. mit dem Bereich für Grünanlagen (Berücksichtigung des Landschaftsschutzes sowie städtebaulicher und touristischer Belange), mit der unteren Denkmalbehörde (Denkmalschutz des Stauwehres), mit dem Wasserverband Weserniederung (Gewässerunterhaltung), sowie mit den Genehmigungsbehörden (untere Landschafts- und Wasserbehörde). Die Öffentlichkeit wird frühzeitig in den Prozess eingebunden. Eine bauliche Umsetzung der Planung Bastauwehr unter Voraussetzung der Förderung durch das Land NRW ist für 2014 anvisiert.
Prozessbegleitende Gremien / Gruppen	Wasserverband Weserniederung; SBM S 2.2; FB 5.2 Stadtplanung und Umwelt; Aufsichtsbehörden
Anknüpfung Zielsystem	Nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen
Zielkonflikte	

19.	Fortschrittsbericht Risikomanagement der Städtischen Betriebe Minden (SBM)	
Federführende Organisationseinheit	Städtische Betriebe Minden, SZ Zentralbereich	
Grundlegende(s) Beschlüsse / Konzept	<u>Gesetzliche Grundlagen:</u> - § 10 Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) Für die dauernde technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Eigenbetriebs ist zu sorgen. Hierzu ist u. a. ein Überwachungssystem einzurichten, das es ermöglicht, etwaige bestandsgefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Weitere gesetzliche Grundlagen: - Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) - § 53 Haushalts-Grundsätze-Gesetz (HGrG) - § 11 Abs. 2 Betriebssatzung der Stadt Minden für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Städtische Betriebe Minden	
Ziel des Prozesses / der Konzeptumsetzung	In jeder Kommune werden täglich Entscheidungen getroffen, damit ein vorher bestimmtes Ziel erreicht werden kann. Tatsache ist, dass Risiken diese Zielerreichung gefährden können. Es ist nicht die Aufgabe des Risikomanagements, alle potenziellen Risiken zu vermeiden, denn jedes unternehmerische Handeln ist mit Risiken verbunden. Vielmehr besteht die Aufgabe des Risikomanagements darin, diese Risiken <u>frühzeitig</u> zu erkennen und den Umgang damit festzulegen. Nur wenn ich meine Risiken kenne, kann ich eine gute Entscheidung treffen. Eng verbunden mit dem Risiko ist die Chance . Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass ein Risiko auch eine positive Auswirkung haben kann, die als Chance bezeichnet wird. Weiteres anzustrebendes Ziel ist die Etablierung einer Risikokultur . Hierzu gehören insbesondere folgende „Bausteine“: - Schaffung eines Risikobewusstseins durch intensive Auseinandersetzung mit den	

	Risiken. - Etablierung als Führungsinstrument: Mit der Möglichkeit, im Risikomanagementsystem auch Dokumente zu hinterlegen, entsteht eine informative Wissensdatenbank, in der zahlreiche Erfahrungen und Entwicklungen dokumentiert werden. - Risikokommunikation: = rechtzeitige transparente Information nicht nur über Risiken, sondern auch Chancen. Dieser Informationsaustausch erfolgt sowohl „Bottom-up“ (= von unten nach oben) als auch „Top-down“ (von oben nach unten), damit Entscheidungen und dessen Auswirkungen nachvollziehbar sind.
Ergebnisse / Arbeitsschritte 2013	Bei dem Risikomanagementsystem handelt es sich um einen fortlaufenden „Kreislauf“. Die im nachfolgenden näher beschriebenen Prozessphasen werden daher immer wieder durchlaufen, da sich Risiken verändern, neu hinzukommen oder erledigen. Ein kurzer Überblick über die einzelnen Prozessphasen: - <u>Risikoidentifikation und Risikobewertung (= Risikostruktur):</u> Risiken identifizieren und einer Risikokategorie, z. B. Finanzen, und einer Subkategorie, z. B. Anlagevermögen, zuordnen. Risiken bewerten nach Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadensauswirkung. Damit werden die Risiken wie bei einer „Ampel“ in rote, gelbe und grüne Bereiche eingeteilt = Risikomatrix. Von dieser Einteilung kann ein grundsätzlicher Handlungsbedarf abgeleitet werden. - <u>Maßnahmen festlegen:</u> Geeignete Maßnahmen zur Risikobewältigung festlegen und für jede Maßnahme verantwortliche MitarbeiterInnen (=Risikobeauftragte) benennen. So lässt sich ein Risiko steuern. Es gibt <u>„kein Risiko ohne eine Maßnahme“</u>. - <u>Kommunikation:</u> Risiken sind durch die Bereichsleitungen / Leiter Bereich SZ (= Risikoverantwortliche) zu verfolgen, zu kontrollieren und an den Bereich SZ zu kommunizieren. Durch das anschließende Berichtswesen werden sowohl Betriebsleitung als auch politische Entscheidungsträger informiert.

	- <u>Risikoüberwachung:</u> Laufende Beobachtung der Risikoentwicklung. Hierzu gehören u. a. die Wirkung der beschlossenen Maßnahmen, die Erledigung der verteilten Aufgaben sowie die Abhängigkeit und Beeinflussung durch andere Risiken. - <u>Risiko-Reporting, Dokumentation:</u> Die Umsetzung und Handhabung der Risikobewältigung ist zu dokumentieren. Dies geschieht mit Hilfe des sogenannten Risiko-Reportings, zu dem auch das Berichtswesen zählt. Im 4. Quartal 2011 und in 2012 sind die Risiken der SBM identifiziert, bewertet sowie Risikokategorien und Subkategorien zugeordnet worden. In 2013 ist das Risikohandbuch erstellt worden. Es stellt einen internen Leitfaden für das Risikomanagement dar und legt Aufgaben und Prozesse sowie Kompetenzen und Verantwortlichkeiten fest. Über die „roten“ bestandsgefährdenden Risiken ist der Betriebsausschuss in zwei Risikoberichten in 2013 informiert worden.
Prozessbegleitende Gremien / Gruppen	Betriebsleiter, Bereichsleitungen + Leiter SZ, MitarbeiterInnen, Betriebsausschuss, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
Anknüpfung Zielsystem	Gutes kommunales Management - Kommunales Handeln ist transparent und nachvollziehbar. - Der Wert- und Substanzerhalt des städtischen Vermögens ist gesichert. - Die Prioritätensetzung ist im Sinne einer Gesamtsteuerung verbessert.
Zielkonflikte	

20.	Fortschrittsbericht Beschwerdemanagement	
Federführende Organisationseinheit	ZB 0.1 – Zentraler Steuerungsdienst	
Grundlegende(s) Beschlüsse / Konzept	Beschluss des Verwaltungsvorstands (VV) vom 08.12.2008 zur Einführung des Beschwerdemanagement (BM)-Konzepts der Stadt Minden zum Umgang mit Anregungen, Beschwerden, Dienstaufsichtsbeschwerden und Petitionen (basierend auf Art. 17 GG; Inkrafttreten am 01.05.2009). Änderungsbeschluss des VV vom 24.05.2011.	
Ziel des Prozesses / der Konzeptumsetzung	Das Verfahren sichert einen angemessenen Umgang mit Rückmeldungen von Kunden, die Unzufriedenheit mit der erbrachten oder das Fehlen einer erwarteten Leistung erkennen lassen. Im Sinne einer „lernenden Organisation“ werden die Informationen über etwaige Mängel im Verwaltungshandeln zur Qualitätssteigerung genutzt und stellen somit einen Baustein des Qualitätsmanagements dar.	
Ergebnisse / Arbeitsschritte 2013	Die Beschwerdebearbeitung konnte in den vergangenen Jahren zunehmend als Baustein des Qualitätsmanagements und unmittelbare Führungsaufgabe etabliert werden. Neben der Bearbeitung von Beschwerden im unmittelbaren Zusammenhang mit Sachbearbeitungen in den Dienststellen erweist sich die Bereitstellung einer Beschwerdemöglichkeit beim Bürgermeister als richtig und analytisch sinnvoll. In 2013 ist der Aufbau eines effektiven Reportingtools gelungen. Bei einer relativ konstanten Gesamtzahl der Beschwerden (etwa 140 Fälle jährlich), wobei nur ein Anteil von etwa 15 % auf Dienstaufsichtsbeschwerden und Petitionsverfahren entfällt, zeigen sich thematisch keine strukturellen Problemfelder. Bis zu einem Fünftel der Fälle machen durch Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns die Schwierigkeit deutlich, komplexe Thematiken im Tagesgeschäft verständlich zu vermitteln. Die Qualität städtischer Informationen wird in Folge kontinuierlich geprüft und verbessert. Lediglich ein gutes Zehntel der Beschwerden in Bezug auf Personalverhalten und –kompetenz	

	sowie Organisation der Verwaltung gibt Aufschluss über Interventionsbedarf. Erforderliche Maßnahmen werden grundsätzlich unmittelbar ergriffen. Probleme an Schnittstellen der Kommune mit externen Partnern, die sich negativ auf Bürgerinnen und Bürger ausgewirkt haben, konnten in den letzten Jahren erfolgreich abgebaut werden. Ein Großteil der Beschwerden spiegelt eine hohe Erwartungshaltung an die Verwaltung in Bezug auf praktisch alle Bereiche des täglichen Lebens wider. Abgesehen von faktisch überhöhten oder unangemessenen Erwartungen, wird im Sinne einer „lernenden Organisation“ versucht, die Hinweise umzusetzen, wo dies zulässig und sinnvoll ist. Die Rückschau lässt erkennen, dass schwierige Rahmenbedingungen der Kommune insofern ein Hemmnis darstellen. Insgesamt ist die Kommunikation zwischen Führung und Beschwerdeführern als erfolgreich zu bewerten. In der Regel gelingt es, Beschwerden im Erstkontakt zufriedenstellend zu bearbeiten.
Prozessbegleitende Gremien / Gruppen	Verwaltungsvorstand, 2. Führungsebene
Anknüpfung Zielsystem	- Gutes kommunales Management - Aktivierte Bürgergesellschaft
Zielkonflikte	

21.	Fortschrittsbericht Entwicklungskonzept Kanzlers Weide	
Federführende Organisationseinheit	Fachbereich 5 – Städtebau und Feuerschutz 5.0 Projektentwicklung	
Grundlegende(s) Beschlüsse / Konzept	Masterplan, Integriertes Handlungskonzept Minden 2009, Entwicklungskonzept Stadtraum Kanzlers Weide 2012 Beschluss Ausschuss Bauen, Umwelt und Verkehr vom 18.01.2012	
Ziel des Prozesses / der Konzeptumsetzung	Das rechte Weserufer weiter aufwerten ist das Ziel des Entwicklungskonzeptes Stadtraum Kanzlers Weide. Eingebunden in die gesamtstrategische Ausrichtung der Stadt Minden soll dieser Bereich in mehreren Schritten verbessert werden. Minden soll als regionales Zentrum für die Besucher gute touristische Angebote bieten und die gesunde Lebensqualität mit guten Freizeit-, Sport- und Naherholungsangeboten sichern. Gleichzeitig soll in der familienfreundlichen Stadt Minden ein bedarfsgerechtes, attraktives Sport- und Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche geboten werden. Chancengerechtigkeit durch Teilhabe wird durch die kostenlose Nutzung der Grünflächen für breite Bevölkerungsschichten gewährleistet. Vereinssport als größte Organisation bürgerschaftlichen Engagements soll unterstützt werden. Weitere Schritte sollen eine Verbesserung des Erscheinungsbildes des Platzes, Erweiterung von Service-Angeboten und neue Freizeitangebote sein. Die Maßnahmen sollen behutsam in den Landschaftsraum unter Berücksichtigung des Hochwasserschutzes eingebunden werden.	
Ergebnisse / Arbeitsschritte 2013	Von den Weserfreunden e.V. wurde 2007 ein Strand und Beachvolleyballfeld in Höhe von Kanzlers Weide angelegt. Die Städtischen Betriebe mähten die umliegenden Grünflächen und so entstand ein erstes attraktives Naherholungsangebot, das bei den Mindener Bürgerinnen und Bürgern als auch bei den Besuchern sehr beliebt ist. Allerdings fehlten hier eine Strand-Bewirtschaftung und Toiletten. Der Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr hat in seiner Sitzung am 18. Januar 2012 einstimmig das Konzept und die weiteren Schritte zur Steigerung der Attraktivität und Aufenthaltsqualität befürwortet. Die bekannte Schaustellerfamilie Lohmeyer konnte	

	für die Errichtung und Bewirtschaftung der temporären Strand- Bar während der Sommermonate gewonnen werden (Genehmigung zunächst auf 3 Jahre befristet). Am 1. Juni 2012 fiel der offizielle Startschuss für die Strand-Bar. Nach Ablauf der ersten Saison wurde der Strandbarbetrieb auch 2013 fortgeführt. Vom Ideengeber der Trendsportart Disc Golf Dr. Ruven Kleine über die Planung bis zur Umsetzung des Projektes auf den wesernahen Flächen um Kanzlers Weide herum verging nur ein Jahr. Der 1. Disc Golfparcours im Umkreis von 60 Kilometern wurde am 22. September 2013 auf Kanzlers Weide eröffnet. Scheiben, die so genannten „Discs“, Auffangkörbe und jede Menge Platz für insgesamt 18 Spielbahnen mit 50 bis 120 Metern Länge werden für die neue Sportart benötigt. Disc Golf ist kostengünstig und für jedermann – Familien, Sportvereine, Einzelspieler – geeignet. Bei der Realisierung der Anlage hat die Stadt Minden eng mit dem MTV 1860 Minden e.V. zusammen gearbeitet, der sich um den Aufbau sowie die Pflege der Bahnen kümmern wird. Das 1. „Jedermann-Turnier“ am 20. Oktober 2013 zog bereits begeisterte Spieler aus Bielefeld, Hannover und Salzgitter an den Start. Kanzlers Weide als kostenloser öffentlicher Parkplatz steht auch Wohnmobilisten für die Übernachtung zur Verfügung. Dabei sind die fußläufige Erreichbarkeit der Innenstadt und die Nähe zur Weser besonders attraktiv. Im Jahr 2013 sollen daher über eine neue Sani-Service-Station auch die Trinkwasserversorgung sowie die Abwasserentsorgung wieder geregelt werden.
Prozessbegleitende Gremien / Gruppen	Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr, Sportausschuss, Seniorenbeirat, Fachbereich Jugend, Jugendhäuser
Anknüpfung Zielsystem	Minden als regionales Zentrum Minden entwickelt sich als dynamischer und attraktiver Wirtschaftsstandort mit guten touristischen Angeboten. Die gesunde Lebens-qualität mit guten Freizeit-, Sport-, Naherholungs- und Gesundheitsangeboten ist gesichert. Familienfreundliche Stadt Ein bedarfsgerechtes, attraktives Bildungs-, Sport- und Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche ist vorhanden. Chancengerechtigkeit durch Teilhabe Zielgruppenspezifische Angebote für Alte, Behinderte, sozial Benachteiligte, Familien, Frauen und Männer, Kinder und Jugendliche sowie Neubürger sind ausgebaut. Aktivierter Bürgergesellschaft Das bürgerschaftliche Engagement wird aktiv gefördert. Die Außendarstellung der Stadt ist verbessert. Nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen Der Siedlungsraum wird im Sinne der Stadt der kurzen Wege

Stadtentwicklungsbericht 2013

	kompakt entwickelt.
Zielkonflikte	

4.1.2 Projekte 2013

1. Errichtung eines Kinos
2. RegioPort Weser
3. Entwicklung des Wesertor-Quartiers
4. Entwicklung des Rathaus-Quartiers
5. Erstellung eines Wirtschaftsförderungskonzeptes
6. Stadtteilentwicklung Rodenbeck
7. Ausbau Breitbandversorgung
8. Neugestaltung der Dauerausstellung im Mindener Museum
9. Stadtumbaugebiet Alter Weserhafen / Westl. Bahnhofsbereich
10. Baulastübernahme der Ortsdurchfahrten
11. Abwasserkonzepte
12. Neukonzeptionierung der Internetpräsenz der Stadt Minden (neu)
13. Preußen-Museum (neu)
14. Weiterentwicklung Mindener Stadtwerke (neu)
15. Beteiligung an der Westfalen-Weser-Energie (neu)
16. Sanierung des Rathauses (neu)
17. Wirkungsorientierte Gestaltung und Steuerung der Hilfen zur Erziehung
18. Sportpark Zähringerallee (neu)

Projektsteckbrief

1. Errichtung eines Kinos

Zuständiger Organisationsbereich

Fachbereich 5 – Städtebau und Feuerschutz

Beschlüsse / Grundlage

Masterplan Minden-Innenstadt und Rahmenplanung für den Alten Weserhafen und den westl. Bahnhofsbereich

Aktueller Stand

Die Errichtung eines modernen Kinos wird in Minden seit Jahren gewünscht, da die bestehende Kinolandschaft heutigen Ansprüchen und Besuchererwartungen nicht entspricht. Das Potenzial der Stadt Minden und ihres Einzugsbereichs ist ausreichend groß, um einen Kinokomplex mit mehreren Sälen für bis zu 1500 Plätzen wirtschaftlich zu betreiben. Für die Entwicklung eines solchen Projektes ist neben den Anforderungen an die Lage die Grundstücksverfügbarkeit entscheidend. Weiter in der Diskussion stehen die Standorte westl. Bahnhofsbereich und Ringstraße. Während der Standort für den westl. Bahnhofsbereich gibt es städtebauliche Zielsetzungen aus der Rahmenplanung von NRW.Urban. Hier ist für das Gelände des ehem. Güterbahnhofs vorgeschlagen worden, einen eigenständig funktionierenden Entertainmentbereich einschl. Kino zu errichten als Impulsgeber für die städtebauliche Aufwertung dieses Bereichs. Hierfür hat der Rat auch der Aufnahme dieser Fläche in das Flächenpool-Verfahren des Landes NRW zugestimmt (hierzu siehe auch Projektsteckbrief Alter Weserhafen). Parallel dazu gibt es ein Ansiedlungsinteresse auf dem Grundstück ehem. SEN an der Ringstraße durch einen mittelständischen Kinobetreiber. Allerdings ist eine ausreichende Erschließung bisher nicht nachgewiesen worden. Eine Standortentscheidung wird nach Abklärung aller Rahmenbedingungen in 2014 erwartet.

Anknüpfung Zielsystem

Minden als regionales Zentrum

- Die (ober-)zentralen (Versorgungs-)Funktionen sind gestärkt.
- Die gesunde Lebensqualität mit gutem Freizeit-, Sport-, Naherholungs- und Gesundheitsangebot ist gesichert.
- Minden entwickelt sich als dynamischer und attraktiver Wirtschaftsstandort ...

Chancengerechtigkeit als Teilhabe

- Die kulturelle Grundversorgung ist gewährleistet.

Aktivierte Bürgergesellschaft

- Die Außendarstellung der Stadt ist verbessert.

Zielkonflikte

Projektsteckbrief

2.

RegioPort Weser

Zuständiger Organisationsbereich

Fachbereich 5 – Städtebau und Feuerschutz

Beschlüsse / Grundlage

26.05.2010	Vorstellung des Masterplan RegioPort Weser
16.12.2010	Einleitungsbeschluss 202. Änderung des FNP „RegioPort Weser“
18.05.2011	Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan „RegioPort Weser I“
10.05.2012	Entwurfsbeschluss 202. Änderung des FNP „RegioPort Weser“
18.07.2013	Feststellungsbeschluss

Aktueller Stand

Ziele des Projektes sind die Schaffung eines Containerhafens am Mittellandkanal östlich der B 482 unter Anbindung an Schiene und Straße mit nördlich angrenzendem Gebiet für hafenaffines Gewerbe sowie die Neuordnung / Entwicklung des vorhandenen Hafen- und Gewerbestandortes Berenbusch (Stadt Bückeburg).

Mit dem Projekt soll die günstige Lage der Stadt Minden an Weser und Mittellandkanal sowie die Wachstumsaussichten der Logistik und insbesondere des Containerschiffsverkehrs zwischen den deutschen Nordseehäfen und der Region OWL sowie den angrenzenden niedersächsischen Regionen genutzt werden.

Der heutige Containerhafen kann die zu erwartenden Kapazitäten nicht aufnehmen und ist am Standort Industriehafen für die zukünftig verkehrenden größeren Binnenschiffe wegen der Mittellage zwischen Weser und Mittellandkanal und den zu kleinen Schleusen für Auf- bzw. Abstieg nicht zu erreichen.

Die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen obliegt für die vorbereitende Bauleitplanung (FNP) den beteiligten Städten Minden und Bückeburg jeweils für ihr Stadtgebiet. Die verbindliche Bauleitplanung wird durch den gemeinsam mit den Städten Minden und Bückeburg sowie mit dem Kreis Minden-Lübbecke und dem Kreis Schaumburg gebildeten Planungsverband RegioPort Weser für das Verbandsgebiet durchgeführt.

Im Rahmen der Planungen für die vorbereitende und verbindliche Bauleitplanung wurden im Jahr 2011 Gutachten zur Klärung der Schall- und Lichtimmissionen sowie des Eingriffes in das Überschwemmungsgebiet der Bückeburger Aue und dessen Retentionsraumausgleich erstellt. Des Weiteren wurde das Bahnbetriebskonzept erarbeitet und die technische Umsetzbarkeit geprüft.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2009-10 erforderte eine Neubetrachtung der Planco-Potenzialanalyse aus dem Jahr 2008. Die Aktualisierung von Planco bestätigte im Wesentlichen die Grundaussagen zum prognostizierten Container-Umschlagsvolumen am Standort Minden. Durch die Konkretisierung des Betriebskonzeptes für den Containerterminal konnte der Flächenbedarf um ca. 1/3 (aktueller Stand) gegenüber dem Masterplan aus dem Jahr 2010 reduziert werden.

Der Antrag nach der Richtlinie zur Förderung von Umschlaganlagen des kombinierten Verkehrs ist für den Bauabschnitt 1 a am 30.09.2011 an die Wasser- und Schifffahrtsdirektion West in Münster gestellt worden. Der Zuwendungsbescheid ist am 10.12.2012 bei der Stadt Minden eingegangen. Die Förderung aus Bundesmitteln beläuft sich auf 78,9%.

Anknüpfung Zielsystem

Minden als regionales Zentrum

- Die (ober-)zentralen (Versorgungs-)Funktionen sind gestärkt.
- Minden entwickelt sich als dynamischer und attraktiver Wirtschaftsstandort mit guten touristischen Angeboten.

Nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen

- Der Verkehr wird umweltverträglich abgewickelt.

Zielkonflikte

Projektsteckbrief

3. Entwicklung des Wesertor-Quartiers

Zuständiger Organisationsbereich

ZB 0.1 – Zentraler Steuerungsdienst / Fachbereich 5 – Städtebau und Feuerschutz

Beschlüsse / Grundlage

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 10.05.2012 zum Projektstart

Aktueller Stand

Durchführung eines intensiven Beteiligungsprozesse der Öffentlichkeit mit einer Auftaktveranstaltung, drei Planungswerkstätten und weiteren Informations- und Diskussionsveranstaltungen als Grundlage für die weiteren Planungen und Verfahren.

Für den Beteiligungsprozess und die weitere Planung wurden ein städtebauliches Gutachten durch das Urban Index Institut /Prof. Christ, ein Verkehrskonzeptes durch das Büro SHP und eine erste Einzelhandelsanalyse zu den Auswirkungen des Vorhabens und zur städtebaulichen Integration der gepl. Wesertorgalerie (ECE) durch die CIMA Beratung und Management GmbH erstellt.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in einer Sondersitzung im November 2012 die Einleitung der erforderlichen Bauleitplanverfahren zur planungsrechtlichen Absicherung der geplanten Vorhaben beschlossen. Innerhalb der Verwaltung ist eine effiziente Projektorganisation errichtet worden, in die alle am Projekt beteiligten Dienststellen eingebunden sind. Das Planverfahren wurde im Jahr 2013 fortgeführt, ebenso die umfangreiche Bürgerbeteiligung.

Im Spätsommer 2013 teilte die ECE Projektmanagement der Stadt Minden mit, dass sie sich nicht in der Lage sieht die für die Projektrealisierung notwendigen Grundstücke zu einem wirtschaftlich vertretbaren Preis zu erwerben. Das Projekt zur Entwicklung des Wesertor-Quartiers wurde durch den Bürgermeister daraufhin bis auf Weiteres gestoppt.

Anknüpfung Zielsystem

Minden als regionales Zentrum

- Die (ober-)zentralen (Versorgungs-)Funktionen sind gestärkt.

Nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen

- Der Siedlungsraum wird im Sinne der Stadt der Stadt der kurzen Wege kompakt entwickelt.

Zielkonflikte

Projektsteckbrief

4.

Entwicklung des Rathaus-Quartiers

Zuständiger Organisationsbereich

Fachbereich 5 – Städtebau und Feuerschutz und Projektgruppe „Entwicklung Rathausquartier und Rathaussanierung“

Beschlüsse / Grundlage

Masterplan Minden-Innenstadt und Integriertes Handlungskonzept „Aktives Stadtzentrum Minden Innenstadt“; HFA-Beschluss vom 23.01.2014 zu den Zielen der Innenstadtentwicklung

Aktueller Stand

Die Investorensuche in 2011/2012 für eine Einzelhandelsnutzung im Rathaus-Quartier ist ergebnislos verlaufen. Das Sanierungsgebiet 3 „Rathausquartier“ wurde am 05.07.2012 durch die Stadtverordnetenversammlung aufgehoben.

Im Dezember 2013/Januar 2014 hat die Verwaltung dem Haupt- und Finanzausschuss einen Grundsatzbeschlussvorschlag zur weiteren Innenstadtentwicklung vorgelegt. Der Beschluss vom 23.01.2014 sieht für das Rathausquartier eine Sanierung der Verwaltungsgebäude und einen Verbleib der Stadtverwaltung am jetzigen Standort vor. Gleichzeitig soll eine Vermarktung des Gebäudeteils A und des ehem. Hölcke-Gebäudes am Scharn (im MEW-Eigentum) für eine zukünftige Einzelhandelsnutzung aktiv durchgeführt werden. Diesbezüglich hat der Haupt- und Finanzausschuss bereits am 12.12.2013 dem Abschluss einer Vertriebsvereinbarung (Maklervertrag) mit einem ortsansässigen Immobilienunternehmen zugestimmt.

Anknüpfung Zielsystem

Minden als regionales Zentrum

- Die (ober-)zentralen (Versorgungs-)Funktionen sind gestärkt.
- Nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen
- Der Siedlungsraum wird im Sinne der Stadt der Stadt der kurzen Wege kompakt entwickelt

Zielkonflikte

Projektsteckbrief

5.

Wirtschaftsförderungs- und Standortmarketingkonzept

Zuständiger Organisationsbereich

ZB 0.1 – Zentraler Steuerungsdienst

Beschlüsse / Grundlage

Beschluss des Verwaltungsvorstandes zur Vorlage des Konzeptes

Aktueller Stand

Ziel des Wirtschaftsförderungs- und Standortmarketingkonzeptes ist die Entwicklung und Bündelung von Aufgaben und Maßnahmen der Stadt Minden, um diese als attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort zu entwickeln und zu stärken. Hierbei ist eine aktive Beteiligung von Vertretern aus der Wirtschaft und Politik maßgeblich.

Im Februar und März 2012 wurden 450 Unternehmen angeschrieben und über ihre Sicht bzgl. Betriebsstandort, Aufgaben der städtischen Wirtschaftsförderung sowie Arbeits- und Ausbildungsmarkt befragt.

Aus der Analyse der Befragung konnten vier Handlungsfelder abgeleitet werden: Unternehmensservice und Qualitätsmanagement,

Standortentwicklung und -management, Förderung von Gründer/innen und Startups sowie Standortmarketing.

Die Ergebnisse wurden am 30. März 2012 interessierten Unternehmen und Politikern im Rahmen des „1. Mindener Unternehmerfrühstücks“ vorgestellt.

Anschließend wurde in einem Workshop am 04. September 2012, über die einzelnen Handlungsfeldern gesprochen und mögliche Maßnahmen diskutiert.

Am 30.11.2012 wurden die Maßnahmen im Rahmen des „2. Mindener Unternehmerfrühstück“ der Politik und den Wirtschaftstreibenden präsentiert werden.

Das Wirtschaftsförderungskonzept wurde danach erstellt und am 20. November 2013 im Haupt- und Finanzausschuss eingebracht. Es soll Anfang 2014 beschlossen werden.

Anknüpfung Zielsystem

- Minden als regionales Zentrum stärken
- Minden entwickelt sich als dynamischer und attraktiver Wirtschaftsstandort mit guten touristischen Angeboten.
- Die (ober)-zentralen (Versorgungs-)Funktionen sind gestärkt.
- Chancengerechtigkeit durch Teilhabe
- Gutes kommunales Management

Zielkonflikte

Projektsteckbrief

6. Stadtteilentwicklung in Rodenbeck

Zuständiger Organisationsbereich

FB 3 – Soziales / ZB 0.1 Zentraler Steuerungsdienst

Beschlüsse / Grundlage

Beschluss des Sozialausschusses zur Einrichtung des Runden Tisches / Arbeitsauftrag an Arbeitskreis durch den Runden Tisch / Kenntnissnahme und Unterstützung des Konzepts im Sozialausschuss im September 2012

Aktueller Stand

Im März 2011 wurde auf Initiative des Bürgermeisters der „Runde Tisch Soziales Minden“ neu gegründet. Am Runden Tisch sind neben den Vertretern aus der Verwaltung und der Politik (Sozialausschuss) die Wohlfahrtsverbände und Kirchen beteiligt.

Der Runde Tisch hat zunächst ein Leitbild zur Bestimmung des Armutsbegriffs erarbeitet und eine Analyse der Sozialstruktur Mindens durchgeführt, dabei kam heraus, dass es in der Stadt Minden mehrere Stadtbezirke gibt, die aufgrund ihrer Sozialstruktur besondere Herausforderungen aufweisen. Dazu gehören die Stadtbezirke Rodenbeck, Bärenkämpen, Rechtes Weserufer und die Innenstadt. Insgesamt gibt es in der Stadt Minden eine im Vergleich hohe Quote an Empfängern von Leistungen nach SGB-II und insbesondere Migrantenfamilien, Kinder, Jugendliche und ältere Menschen von sozialer Not betroffen sind. Als ein erstes Projekt hat der Runde Tisch einen Auftrag zur Erarbeitung eines Konzeptes für ein „Kompetenzzentrum Beratung und Aktivierung im Stadtteil Rodenbeck“ beschlossen. Die Erarbeitung des Konzeptes wurde durch einen Arbeitskreis übernommen, der sich aus Mitgliedern des Runden Tisches zusammensetzt. Das Konzept soll als Beispiel für weitere Handlungskonzepte zur Stadtteilentwicklung dienen und umfasst die Schaffung einer hauptamtlichen Stelle einer Stadtteilmanagerin/ eines Stadtteilmanagers für Rodenbeck.

Der Arbeitskreis hat sich mit einer Bestandsaufnahme im Stadtteil Rodenbeck befasst. Der Bürgermeister hat vor dem Sozialausschuss im September 2012 und März 2013 einen Bericht zum Fortgang des Projektes gegeben.

Eine geplante Einwerbung von Fördermitteln ist nicht zustande gekommen, da es bisher für ein so umfassendes Konzept keine passenden Förderprogrammes gibt. Der Verwaltungsvorstand hat sich daher mit Unterstützung des Sozialausschusses entschieden, die Stelle der Stadtteilmanagerin/der Stadtteilmanagers für den Stellenplan 2014 vorzuschlagen. Die Stelle befindet sich in der Ausschreibung und mit den Wohlfahrtsverbänden wird eine Kooperationsvereinbarung über die weitere Zusammenarbeit im Stadtteilmanagement vorbereitet.

Anknüpfung Zielsystem

Chancengerechtigkeit durch Teilhabe

- Benachteiligte und Menschen in Notlagen werden durch die Stadt unterstützt.
- Die Integration der Migranten in die Stadtgesellschaft ist verbessert.

Zielkonflikte

Projektsteckbrief

7. Ausbau der Breitbandversorgung

Zuständiger Organisationsbereich

ZB 0.1 – Zentraler Steuerungsdienst

Beschlüsse / Grundlage

Beschluss des Verwaltungsvorstandes, Umsetzung des Haushaltsplan 2013

Aktueller Stand

Die Stadt Minden sieht in der Versorgung mit Breitbanddiensten von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gewerbetreibenden einen wichtigen Auftrag im Sinne der Daseinsvorsorge.

Ziel der Stadt Minden ist es, den Breitbandausbau in unterversorgten Ortsteilen (< 2 Megabits pro Sekunde) voranzutreiben. Hierzu werden Fördermittel auf der Basis der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Breitbandversorgung ländlicher Räume“ des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen verwendet. Im Jahr 2011 wurde der nördliche Teil Hahlens mit einer leistungsfähigen Internetinfrastruktur (Glasfaser) mit einer Geschwindigkeit von bis zu 16.000 Kilobit pro Sekunde ausgebaut.

Im Jahr 2012 sollte der Ausbau in den Ortsteilen Stemmer, Kutenhausen, Todtenhausen, Amminghausen, Leteln, Päpinghausen, Haddenhausen und Dützen folgen. Aufgrund der im Juni 2012 in Kraft getretenen Änderungen in der o.g. Förderrichtlinie (Förderquote von 90 auf 75 % gesenkt, entsprechende Erhöhung des Eigenanteils der Stadt Minden) wurden bereits zu Beginn des Jahres ein Antragsstopp ausgerufen. Die im Oktober 2011 gestellten Förderanträge für die oben genannten Ortsteile wurden somit von der Bezirksregierung Detmold an die Stadt Minden zurückgesandt. Ab Juni 2012 konnten wieder Förderanträge bei der Bezirksregierung Detmold gestellt werden. Der damalige Ausschreibungssieger - die Deutsche Telekom - hatte sich nicht mehr an das Angebot vom 04.07.2011 gebunden gefühlt, so dass das Ausschreibungsverfahren erneut durchgeführt werden musste. Die Submission für die o.g. Ortsteile ist im November 2012 durchgeführt worden. Die Förderanträge wurden entsprechend bei der Bezirksregierung Detmold eingereicht und im Dezember 2012 bewilligt. Die Kooperationsvereinbarungen für die acht Ortsteile wurden im Januar 2013 mit dem Ausschreibungssieger Telekom Deutschland gezeichnet. Die Umsetzung der Maßnahme ist voraussichtlich in der 47. Kalenderwoche 2013 abgeschlossen, so dass die o.g. Ortsteile damit an eine zukunftsfähige Breitbandinfrastruktur angebunden sind.

Anknüpfung Zielsystem

Minden als regionales Zentrum

- Die Stadt Minden verfügt über attraktive Wohngebiete für unterschiedliche Wohnformen.
- Minden entwickelt sich als dynamischer und attraktiver Wirtschaftsstandort mit guten touristischen Angeboten.

Zielkonflikte:

Projektsteckbrief

8. Neugestaltung der Dauerausstellung im Mindener Museum

Zuständiger Organisationsbereich

Fachbereich 1 – Bildung, Kultur, Sport und Freizeit; 1.4 - Mindener Museum

Beschlüsse / Grundlage

Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zur Kulturentwicklungsplanung

Aktueller Stand

Das Mindener Museum hat sich nach der sanierungsbedingten Schließung 2010 bis 2012 konzeptionell neu ausgerichtet. Neben einem neuen Leitbild wird das Ausstellungs- und Sammlungskonzept überarbeitet. Das Museum setzt einerseits einen Schwerpunkt auf Arbeiten an den Sammlungen und im Magazin (Konzeption/Realisierung eines ganzheitlichen Sammlungskonzeptes) sowie andererseits auf die Konzeption und schrittweise Realisierung der stadtgeschichtlichen Dauerausstellung nach verfügbaren personellen Ressourcen und Drittmitteln.

Bis Jahresende 2013 werden in Haus 25 ein multimedial erlebbares Stadtmodell und ein chronologisches Schaufenster zur Stadtgeschichte mit 36 bedeutsamen Objekten als erster Teil der künftigen Dauerausstellung in Betrieb gehen.

Die weiteren Abschnitte der Dauerausstellung werden sukzessive in den Jahren 2014 und 2015 realisiert.

Anknüpfung Zielsystem

Chancengerechtigkeit durch Teilhabe

- Die kulturelle Grundversorgung für breite Bevölkerungsschichten ist gewährleistet.
 - Die Stadt Minden verfügt über eine zukunftsfähige Bildungslandschaft mit attraktiven Schulen, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen.
 - Die Integration der Migranten in die Stadtgesellschaft ist verbessert.
- Minden als regionales Zentrum
- Die (ober-)zentralen (Versorgungs-)Funktionen sind gestärkt.
- Familienfreundliche Stadt Minden
- Ein bedarfsgerechtes, attraktives Bildungs-, Sport- und Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche ist vorhanden.

Zielkonflikte

Gutes kommunales Management

- Der Wert- und Substanzerhalt des städtischen Vermögens ist gesichert.
- Die kommunale Infrastruktur ist an die Bedarfe und die finanziellen Ressourcen angepasst.

9.

Stadtumbaugebiet Alter Weserhafen / Westl. Bahnhofsbereich

Zuständiger Organisationsbereich

FB 5 Städtebau und Feuerschutz

Beschlüsse / Grundlage

Beschlüsse des Ausschusses für Bauen, Umwelt und Verkehr vom 09.04.2008, vom 06.05.2009 und vom 12.08.2009 sowie der Stadtverordnetenversammlung vom 08.07.2010

Aktueller Stand

Im Bereich des ehemaligen Güterbahnhofs fanden zahlreiche Investorengespräche mit unterschiedlichen Konzepten statt. Derzeit erfolgt die Prüfung des Grunderwerbs durch die MEW, wobei insbesondere die Altlastenfrage zu klären ist.

Im Bereich Alter Weserhafen fanden verschiedene Interessentengespräche statt, die möglicherweise in eine Machbarkeitsstudie münden. Weiterhin kam es zum Verkauf der alten Flankenbatterie (Am Alten Weserhafen 2), wo in Kürze ein Umbau zu erwarten ist.

An der Festungsstraße ist die Altlastensanierung der ehemaligen Dachpappenfabrik Westermann durch den Kreis Minden-Lübbecke erfolgt.

Anknüpfung Zielsystem

Minden als regionales Zentrum

- Die (ober-)zentralen (Versorgungs-)Funktionen sind gestärkt.
- Die Stadt Minden verfügt über attraktive Wohngebiete für unterschiedliche Wohnformen.
- Die gesunde Lebensqualität mit gutem Freizeit-, Sport-, Naherholungs- und Gesundheitsangebot ist gesichert.

Familienfreundliche Stadt Minden

- Ein bedarfsgerechtes, attraktives Bildungs-, Sport- und Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche ist vorhanden.

Nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen

- Der Siedlungsraum wird im Sinne der Stadt der Stadt der kurzen Wege kompakt entwickelt

Zielkonflikte

Projektsteckbrief

10. Baulastübernahme der Ortsdurchfahrten

Zuständiger Organisationsbereich

Städtische Betriebe – S 3 – Abwasser und Straßen

Beschlüsse / Grundlage

Zensus (Volkzählung) 09. Mai 2011, Straßen und Wegegesetz NW, Bundesfernstraßengesetz

Aktueller Stand

Der Zensus aus 2011 hat ergeben, dass die Stadt Minden über 80.000 Einwohner hat. Die Ortsdurchfahrtsrichtlinien (ODR) besagen, dass Gemeinden Träger der Straßenbaulast aller Teile der Ortsdurchfahrten sind, wenn sie mehr als 80.000 Einwohner haben.

Bisher lag in den Ortsdurchfahrten die Baulast der Fahrbahn und der Radwege beim Bund, Land oder Kreis. Die Rückübertragung erfolgt im 3. Jahr nach der Volkszählung, also zum 01.01.2014. Insgesamt handelt es sich hierbei um etwa 31 km Bundes- und Landstraßen sowie um 21 km Kreisstraßen.

Derzeit finden noch Bestandsaufnahmen der Straßen- und Radwegflächen durch die SBM statt (u.A. durch visuelle Bewertungen). Danach werden rückständige Unterhaltung und festgestellte Schäden kapitalisiert. In den Übernahmeverträgen, die möglichst noch in 2013 abgeschlossen werden sollen, wird vereinbart, wie und in welchem Zeitraum die erforderliche Straßenunterhaltung durch den derzeitigen Baulastträger nachgeholt wird oder ob die rückständige Unterhaltung durch entsprechende Zahlung an die Stadt Minden abgelöst wird.

Durch die Ablösezahlungen soll die Stadt Minden in die Lage versetzt werden, die rückständige Unterhaltung selbst nachzuholen.

Diesbezügliche Abstimmungsgespräche mit den anderen Baulastträgern haben die SBM weitestgehend abgeschlossen. Die Übernahme der Baulast in einem Bereich der L 764 (Stiftsallee und OD Stemmer) ist bereits im ersten Halbjahr 2013 erfolgt.

Anknüpfung Zielsystem

Minden als regionales Zentrum

- Die (ober-)zentralen (Versorgungs-)Funktionen sind gestärkt.
- Minden entwickelt sich als dynamischer und attraktiver Wirtschaftsstandort mit guten touristischen Angeboten
- Nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen
- Der Verkehr wird umweltverträglich abgewickelt.

Zielkonflikte

Projektsteckbrief

11. Abwasserkonzepte

Zuständiger Organisationsbereich

Städtische Betriebe – S 3 – Abwasser und Straßen

Beschlüsse / Grundlage

Das Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen verpflichtet die Gemeinden in §53 Abwasserbeseitigungskonzepte zu erstellen.

Aktueller Stand

In Bearbeitung befindet sich die 5. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK). Dieses Konzept bildet die siedlungswasserwirtschaftlich notwendigen Entwicklungen der Stadt Minden ab. Einbezogen sind:

- die entwässerungstechnischen Notwendigkeiten, die sich aus der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Minden ergeben
- Abbildung der immisionsschutzrechtlichen Vorgaben zur Einhaltung des Standes der Technik, bzw. der allgemein anerkannten Regeln der Technik für den Gewässerschutz bei der Abwasserableitung und -behandlung.
- die Forderungen die sich aus der EU-Wasserrahmenrichtlinie für die Einleitungen von Niederschlagswasser und Entlastungen der Mischwasserkanalisation in Gewässer ergeben.

Das Abwasserbeseitigungskonzept (ABK) einschließlich des Fremdwasser- und Niederschlagswasserbeseitigungskonzeptes enthält eine zeitliche Abfolge und die geschätzten Kosten der erforderlichen Maßnahmen über einen definierten Zeitraum von 6 Jahren.

Die v.g. Detailkonzepte sind inzwischen mit den Aufsichtsbehörden abgestimmt und werden derzeit in das Gesamtkonzept eingearbeitet.

Die 5. Fortschreibung des ABK soll im Anfang 2014 beschlossen werden und löst dann die derzeit gültige 4. Fortschreibung ab.

Das ABK bildet die Basis der erforderlichen weitergehenden Planungen von Sanierungs- und Investitionstätigkeiten im Produkt Abwasser.

Anknüpfung Zielsystem

Nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen

- Mensch und Tier sind vor schädlichen Umwelteinwirkungen geschützt.
- Die städtische Infrastruktur wird umweltschonend betrieben.

Gutes Kommunales Management

- Der Wert- und Substanzerhalt des städtischen Vermögens ist gesichert.
- Die kommunale Infrastruktur ist an die Bedarfe und die finanziellen Ressourcen angepasst.

Zielkonflikte

Projektsteckbrief

12. Neugestaltung des Internetauftritts der Stadt Minden

Zuständiger Organisationsbereich

ZB 0.1 – Zentraler Steuerungsdienst

Beschlüsse / Grundlage

Beschluss des Verwaltungsvorstandes

Aktueller Stand

Die Website einer Stadt ist ihre Visitenkarte. Immer mehr Menschen nutzen das Internet für Information und Kommunikation, so auch bei der Suche nach Informationen über ihre Stadt und über städtische Dienstleistungen. Ebenso entwickelt sich in allen Lebensbereichen zunehmend eine Nachfrage nach Onlineservices, die es ermöglichen, alles bequem von zu Hause oder unterwegs via PC, Smartphone oder Tablet-PC zu erledigen – auch in Bezug auf städtische Dienstleistungen. Das Internet ist heute zudem Web 2.0, was bedeutet, dass im Internet Dialog stattfindet und Informationen nicht nur von einer Seite kommen, sondern jeder Inhalte produzieren und veröffentlichen kann. Dieser Aspekt bietet wiederum große Möglichkeiten und Chancen der Bürgerbeteiligung und der fokussierten Ansprache verschiedener Zielgruppen. Aktuell wird die technische Basis geprüft und ein Content-Management-System (CMS) ausgewählt. Darauf aufbauend wird im Jahr 2014 die Struktur der Website erstellt und Inhalte für die neue Website aufbereitet. Dies ist als gemeinsamer Prozess aller Fachbereiche geplant und wird zentral von der Stelle Öffentlichkeitsarbeit gesteuert.

Parallel wird derzeit an der Profilierung der Marke Minden gearbeitet und das Corporate Design dahingehend überarbeitet. Das modifizierte Erscheinungsbild der Stadt Minden wird im weiteren Verlauf auf den Internetauftritt adaptiert.

Ziel ist es, die neue Website www.minden.de zum Anfang des Jahres 2015 live zu schalten.

Anknüpfung Zielsystem

- Aktivierte Bürgergesellschaft
- Gutes kommunales Management
- Chancengerechtigkeit durch Teilhabe

Ein veränderter Partizipationsanspruch erfordert ein Umdenken in Verwaltung und Politik sowie die Entwicklung neuer Beteiligungsmöglichkeiten und deren Synchronisierung mit den formalen und politischen Prozessen. Hierbei ist die Neukonzeptionierung des Internetauftritts ein wichtiger Meilenstein. E-partizipations-Module sollen sinnvoll integriert werden, um den Anspruch an ein gutes kommunales Management zu stärken. Durch aktive und transparente Kommunikation online wie offline besteht die Chance, Hemmschwellen und Vorurteile abzubauen und das Vertrauen in Politik und Verwaltung zu fördern.

Zielkonflikte

Der notwendige personelle und finanzielle Ressourceneinsatz bedeutet möglicherweise einen Konflikt mit dem Ziel des Haushaltsausgleichs.

Projektsteckbrief

13. Preußen-Museum Minden

Zuständiger Organisationsbereich

VV II; ZB 0.1 – Zentraler Steuerungsdienst

Beschlüsse / Grundlage

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28.11.2013 (HH-Beschluss => Finanzierung einer neu einzurichtenden Museumspädagogikstelle (50 % Stadt; 50 % Kreis)

Aktueller Stand

Seit ca. 2 Jahren läuft die Diskussion um einen Trägerwechsel der Museumsstandorte Wesel und Minden auf die Landschaftsverbände Rheinland (LVR) und Westfalen-Lippe (LWL).

Zwischen dem LVR und LWL besteht dabei bei den wesentlichen Punkten Einigkeit; insb. darin, dass die Trägerstiftung hälftig geteilt wird. Der Mindener Reststiftung gehören dann nur noch der LWL, der eine Führungsrolle übernimmt, sowie der Kreis Minden-Lübbecke und die Stadt Minden an.

Kreis Minden-Lübbecke und Stadt Minden haben sich bereit erklärt, mit Übernahme der Trägerschaft durch den LWL je hälftig eine Museumspädagogenstelle zu finanzieren.

Die Stiftungsaufsicht hat bereits ihre Zustimmung zur Teilung der Stiftung signalisiert, da auch die auf den Standort Wesel entfallende Reststiftung nicht aufgelöst, sondern in eine andere Stiftung des LVR übertragen werden soll.

Die LVR-Landschaftsversammlung wird voraussichtlich am 06.12.2013 einen Grundsatzbeschluss zur Trägerübernahme fassen. Dabei wird der LVR ausreichende Haushaltsmittel für eine deutliche inhaltlich-konzeptionelle Weiterentwicklung zur Verfügung stellen.

Beim LWL ist ein entsprechender abschließender Grundsatzbeschluss durch die Landschaftsversammlung am 20.12.2013 vorgesehen. Dabei wird das finanzielle Engagement allerdings geringer als beim LVR ausfallen. Das Konzept „Preußen in Westfalen“ wird dadurch zunächst nicht in dem Umfang umgesetzt wie die Weiterentwicklung des Museumsstandortes Wesel.

Der Trägerübernahmeprozess soll im Frühjahr 2014 abgeschlossen sein. Bis dahin sind u.a. noch folgende Schritte umzusetzen: Ausarbeitung des Übernahmevertragswerks, Sanierung des Museumsstandortes Wesel bzw. vertragliche Fixierung der noch zu behebenden Baumängel, Klärung mit der Kommunalaufsicht sowie laufende Abstimmung mit der Stiftungsaufsicht, Änderung der Stiftungssatzung (=> durch Stiftungsrat zu beschließen), abschließende Genehmigung durch Innenministerium bzw. Oberste Stiftungsaufsicht, Unterzeichnung des Vertragswerks.

Anknüpfung Zielsystem

Chancengerechtigkeit durch Teilhabe

- Die kulturelle Grundversorgung für breite Bevölkerungsschichten ist gewährleistet. Minden als regionales Zentrum
- Die gesunde Lebensqualität mit gutem Freizeit-, Sport-, Naherholungs- und Gesundheitsangebot ist gesichert.
- Minden entwickelt sich als dynamischer und attraktiver Wirtschaftsstandort mit guten touristischen Angeboten.

Zielkonflikte

Zielkonflikte

keine

Projektsteckbrief

14.

Weiterentwicklung Mindener Stadtwerke

Zuständiger Organisationsbereich

ZB 0.1 – Zentraler Steuerungsdienst

Beschlüsse / Grundlage

Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 18.11.2010
Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 03.03.2011, 05.07.2012, 25.10.2012 und 13.12.2012

Aktueller Stand

Die Gründung der Mindener Stadtwerke wurde Ende 2012 durch Eintragung in das Handelsregister umgesetzt.

Seit Eröffnung des Kundencenters im April 2013 ist die operative Geschäftstätigkeit schwerpunktmäßig zunächst auf die Gewinnung von Strom- und Gaskunden ausgerichtet. Dazu wurde in 2013 neben der direkten Ansprache im Kundencenter eine Reihe von Marketingmaßnahmen durchgeführt (z.B. Kundencenterfest, Vertrieb über die Filialen eines Geldinstitutes (zunächst Testbetrieb in einer Filiale), Veranstaltungsreihe „Energieforum“, Mailingaktion, vertriebsorientierter Internetauftritt). Zielmarke bis Ende 2013: rd. 3.000 Kunden.

Der Beschluss des Mindener Rates zur Neugründung von Stadtwerken unter Einbeziehung der kommunalen Partnerin GWS Stadtwerke Hameln GmbH hat allerdings deutlich gemacht, dass es letztlich Ziel sein muss, neben der reinen Vertriebsaktivität ein voll-integriertes Stadtwerk mit den Versorgungssparten Gas, Wasser und Fernwärme aufzubauen. Insofern wurde dieses Ziel im Zuge der Rekommunalisierung von E.ON Westfalen Weser AG mit der Verhandlungsgruppe (bestehend aus Vertretern der Städte Paderborn, Herford, Bückeburg, Salzkotten, Horn-Bad Meinberg, Gemeinde Hiddenhausen sowie der HPB Herforder-Paderborner Beteiligungsgesellschaft mbH) in einem sog. Letter of Intent (LoI) festgeschrieben.

Zur Umsetzung der versorgungswirtschaftlichen Ziele wurden im LoI folgende Schritte skizziert:

- 1) Beteiligung der Stadt Minden bzw. der Mindener Hafen GmbH an der neu gegründeten Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG (WWE) => umgesetzt
- 2) Vorzeitige Beendigung des Stromkonzessionsvertrages möglichst zum 31.12.2013
- 3) Übertragung der Fernwärmeversorgung auf die Mindener Stadtwerke GmbH zu wirtschaftlich angemessenen Bedingungen
- 4) In 2014 Aufnahme von Gesprächen über die vorzeitige Beendigung des Gas- und Wasserkonzessionsvertrages

Anknüpfung Zielsystem

Minden als regionales Zentrum

- Minden entwickelt sich als dynamischer und attraktiver Wirtschaftsstandort mit guten touristischen Angeboten.

Nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen

- Mit den natürlichen Ressourcen wird schonend umgegangen.

Gutes kommunales Management

- Der Wert- und Substanzerhalt des städtischen Vermögens ist gesichert.

- Die kommunale Infrastruktur ist an die Bedarfe und die finanziellen Ressourcen angepasst.

Zielkonflikte

keine

Projektsteckbrief

15. Beteiligung an der Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG

Zuständiger Organisationsbereich

ZB 0.1 – Zentraler Steuerungsdienst

Aktueller Stand

Im Jahr 2012 ist der E.ON Konzern mit der Absicht an die kommunalen Anteilseigner herangetreten, an diese seine an der E.ON Westfalen Weser AG (EWA) gehaltenen Anteile (62,9%) zu veräußern. Die Stadt Minden selbst hielt über die Mindener Hafen GmbH einen Anteil von 1,19574 % an der EWA.

In einem über mehrere Monate andauernden Verhandlungsprozess konnte ein wirtschaftlich tragfähiger Kaufpreis vereinbart werden, so dass – auch unter Berücksichtigung der positiven Entwicklungsperspektive des rekommunalisierten Unternehmens – die kommunalen Anteilseigner letztlich dem Kauf der EWA-Anteile zugestimmt haben (Mindener Rat am 06.06.2013).

Am 24.06.2013 erfolgte die rechtsverbindliche Unterzeichnung des Vertragswerks.

Aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung der städtischen Versorgungsnetze ist die Stadt Minden über die Mindener Hafen GmbH nunmehr mit 6,59 % an dem rekommunalisierten Unternehmen Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG (WWE) beteiligt.

Im Zuge des EWA-Rekommunalisierungsprozesses wurde zur Absicherung der strategischen städtischen Zielausrichtung „Aufbau eines voll-integrierten Stadtwerks mit den Versorgungssparten „Gas, Wasser und Fernwärme“ zwischen der kommunalen Verhandlungsgruppe und der Stadt Minden ein sog. Letter of Intent (LoI) abgeschlossen (am 28.02.2013 durch den Mindener Rat beschlossen). Dadurch konnten folgende Positionen festgeschrieben werden:

- Festschreibung der städt. versorgungswirtschaftlichen Ziele; insbesondere die vorzeitige Übernahme von Versorgungsnetzen durch die Mindener Stadtwerke.
- Konzept der Rekommunalisierung der EWA unter Beteiligung der Stadt Minden/Mindener Hafen GmbH; insbesondere Einbindung des Mindener Stromnetzes in den neuen WWE-Verbund

Zur Umsetzung des LoI siehe Projektsteckbrief „Weiterentwicklung Mindener Stadtwerke“.

Anknüpfung Zielsystem

Minden als regionales Zentrum

- Minden entwickelt sich als dynamischer und attraktiver Wirtschaftsstandort mit guten touristischen Angeboten.

Nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen

- Mit den natürlichen Ressourcen wird schonend umgegangen.

Gutes kommunales Management

- Der Wert- und Substanzerhalt des städtischen Vermögens ist gesichert.

Zielkonflikte

keine

Projektsteckbrief

16.

Sanierung des Rathauses

Zuständiger Organisationsbereich

Projektgruppe „Entwicklung Rathausquartier und Rathausanierung“

Aktueller Stand

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 14.03.2013, bestätigt durch Beschluss vom 23.01.2014, beschlossen, dass das bestehende Rathaus mit den Gebäudeteilen

- B (historisches Rathaus am Markt)
- C (Deilmann-Bau)
- D (Alte Regierung)
- E (Altes Stadthaus)

unter Ausnutzung vorhandener Potenziale zur Flächenoptimierung saniert und modernisiert werden soll. Zielsetzung für die Verwaltung ist insoweit, den Verzicht auf die Gebäudeteile A (zum Scharn gelegen) und F (ehemaliges Deutsche Bank – Gebäude, jetzt Mindener Stadtwerke) zu erreichen. Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Verwaltung beauftragt, unter Beachtung dieser Zielsetzungen ein Raumprogramm sowie ein Sanierungs- und Modernisierungskonzept zu entwickeln, auf dessen Basis anschließend eine Kostenermittlung vorzunehmen ist.

Unter Einbeziehung der Flächen des Gebäudeteils A (zum Scharn gelegen)

Und des angrenzenden früheren Hölcke-Gebäudes (im Eigentum der Mindener Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft - MEW)

und deren Vermarktung soll ein Lückenschluss der Einzelhandelsnutzungen am Scharn verfolgt werden (siehe Steckbrief Rathausquartier).

In die Planungs- und Vermarktungsüberlegungen der Stadt Minden in Bezug auf Gebäudeteil C sind die Planungsinteressen der Teileigentümerinnen und Teileigentümer für die von ihnen gehaltenen gewerblichen Flächen im Gebäudeteil C einzubeziehen.

Die anfallenden Sanierungs- und Modernisierungskosten werden maßgeblich von den Ergebnissen des Sanierungs- und Modernisierungskonzeptes beeinflusst, welches wiederum in Abhängigkeit vom Raumprogramm aus der Büroorganisationsplanung steht.

Für das Sanierungs- und Modernisierungskonzept ist eine zentrale Projektgruppe mit einer spezifischen Arbeitsorganisation eingesetzt worden. Für Planungskosten und erste Sanierungsaufwendungen (Dächer D und E) sind Haushaltsmittel in 2014 veranschlagt worden.

Anknüpfung Zielsystem

- Minden als regionales Zentrum
- Nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen
- Gutes kommunales Management

Zielkonflikte

Projektsteckbrief

17.

Wirkungsorientierte Gestaltung und Steuerung der Hilfen zur Erziehung

Zuständiger Organisationsbereich

ZB 0.5 – Kämmerei / FB 4 – Jugendamt

Beschlüsse / Grundlage

Ziel des Projektes ist die Entwicklung von verbesserten Steuerungsgrundlagen für die Hilfen zur Erziehung. Nebenziel „Finanzen“ – die Optimierung der Fach- und Kostensteuerung soll mittelfristig zu einer Entlastung des Haushalts führen.

Aktueller Stand

Modul 1: Ziel- und Wirkungsorientierte Analyse der Leistungserbringung (Ist-Analyse) – 2012 abgeschlossen. 2013 bearbeitete Module:

- Modul 2: Optimierung der Nutzung des Fachverfahrens PROSOZ 14plus (in Umsetzung)
- Modul 3a: Weiterentwicklung des Vertrages mit den freien Trägern über ambulante Erziehungshilfen (Verhandlungen laufen)
- Modul 3b: Optimierung der Arbeitsprozesse und der Qualitätsstandards sowie Entwicklung einer fortschreibungsfähigen Personalbemessung für den Allgemeinen Sozialen Dienst, den Pflegekinderdienst und die Wirtschaftliche Jugendhilfe. Unter Beteiligung der Fachkräfte, der Führungskräfte und des Bereiches Organisation wurden das bisherige fachliche Vorgehen der Dienste analysiert und auf der Basis von Vorschlägen des IN/S/O (neue) Prozessstandards für die Aufgabengebiete entwickelt. Ein Handbuch hält diese Standards und Abläufe verbindlich fest. Der Personalbedarf wurde aus der Häufigkeit der durchgeführten (bzw. durchzuführenden) Teilprozesse und deren mittlerer Bearbeitungszeit sowie den zu berücksichtigenden System-, Rüst- und Verteilzeiten berechnet. Projektergebnis: Personalerweiterung plus diverse Handlungsbedarfe und Empfehlungen, an denen weiter gearbeitet wird.
- Modul 3c: Fach- und Finanzcontrolling im Herbst 2013 gestartet.

Anknüpfung Zielsystem

- Chancengleichheit durch Teilhabe
- Familienfreundliche Stadt
- Gutes kommunales Management

Zielkonflikte

Gesetzliche und fachliche Anforderungen und wachsende gesellschaftliche Bedarfe / Haushaltsausgleich

Projektsteckbrief

18. „Sportpark Zähringerallee“

Zuständiger Organisationsbereich
FB 1 Bildung, Kultur, Sport und Freizeit – B 1.22 Sportbüro

Beschlüsse / Grundlage

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28.10.2010
 Beschluss des Sportausschusses vom 16.05.2013

Aktueller Stand

Die Entwicklung „Sportpark Zähringerallee“ ist ein Maßnahmenfeld der integrativen Stadtentwicklung Bildung und Sport im Gesamtkontext „Bildung 2022“.

Die Sportflächen an der Zähringerallee im Ortsteil Bärenkämpfen sind noch Eigentum der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und stellen die einzige zusammenhängende Fläche im Stadtgebiet mit Entwicklungspotential dar.

Mit Beschluss des Sportausschusses wurde zur Konzeptentwicklung „Sportpark Zähringerallee“ ein Fachplaner hinzugezogen mit dem Auftrag, eine planerische Skizzierung der sportlichen Nutzungsmöglichkeiten sowie weiterer Möglichkeiten für Freizeitaktivitäten zu erstellen. Vor dem Erwerb der Flächen werden somit notwendige Voraussetzungen geschaffen, um baubehördliche Belange zu klären, eine Kostenkalkulation zu erstellen und Finanzierung- und Betreibermodelle zu entwickeln. Ausgehend von der schwierigen Sportplatzsituation in Minden, wird deutlich, dass darüber hinaus die Entwicklung des Sportparks für den Ortsteil von besonderer Bedeutung ist.

Der zentrale Standort – erreichbar für die Kitas in der Nachbarschaft, der GS Mosaikschule und den weiterführenden FS Kuhlenkamp, Besseltgymnasium, Freiherr-von-Vincke RS, FES und den angrenzenden Sportvereinen – schafft für die Menschen im Ortsteil Bärenkämpfen einen Bewegungs- und Sozialraum, der vielfältige Nutzungsmöglichkeiten, unabhängig von der kulturellen und sozialen Herkunft bietet.

Anknüpfung Zielsystem

- Chancengerechtigkeit durch Teilhabe
 - Die Grundversorgung mit Sport und Bewegung für breite Bevölkerungsschichten ist gewährleistet.
 - Die Integration der Migranten in die Stadtgesellschaft ist verbessert.
- Minden als regionales Zentrum
 - Die (ober-)zentralen (Versorgungs-)Funktionen sind gestärkt.
 - Die gesunde Lebensqualität mit gutem Freizeit-, Sport-, Naherholungs- und Gesundheitsangebot ist gesichert.
- Familienfreundliche Stadt
 - Ein bedarfsgerechtes, attraktives Bildungs-, Sport- und Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche ist vorhanden.
- Aktivierte Bürgergesellschaft
 - Das bürgerschaftliche Engagement wird aktiv gefördert.
- Gutes kommunales Management

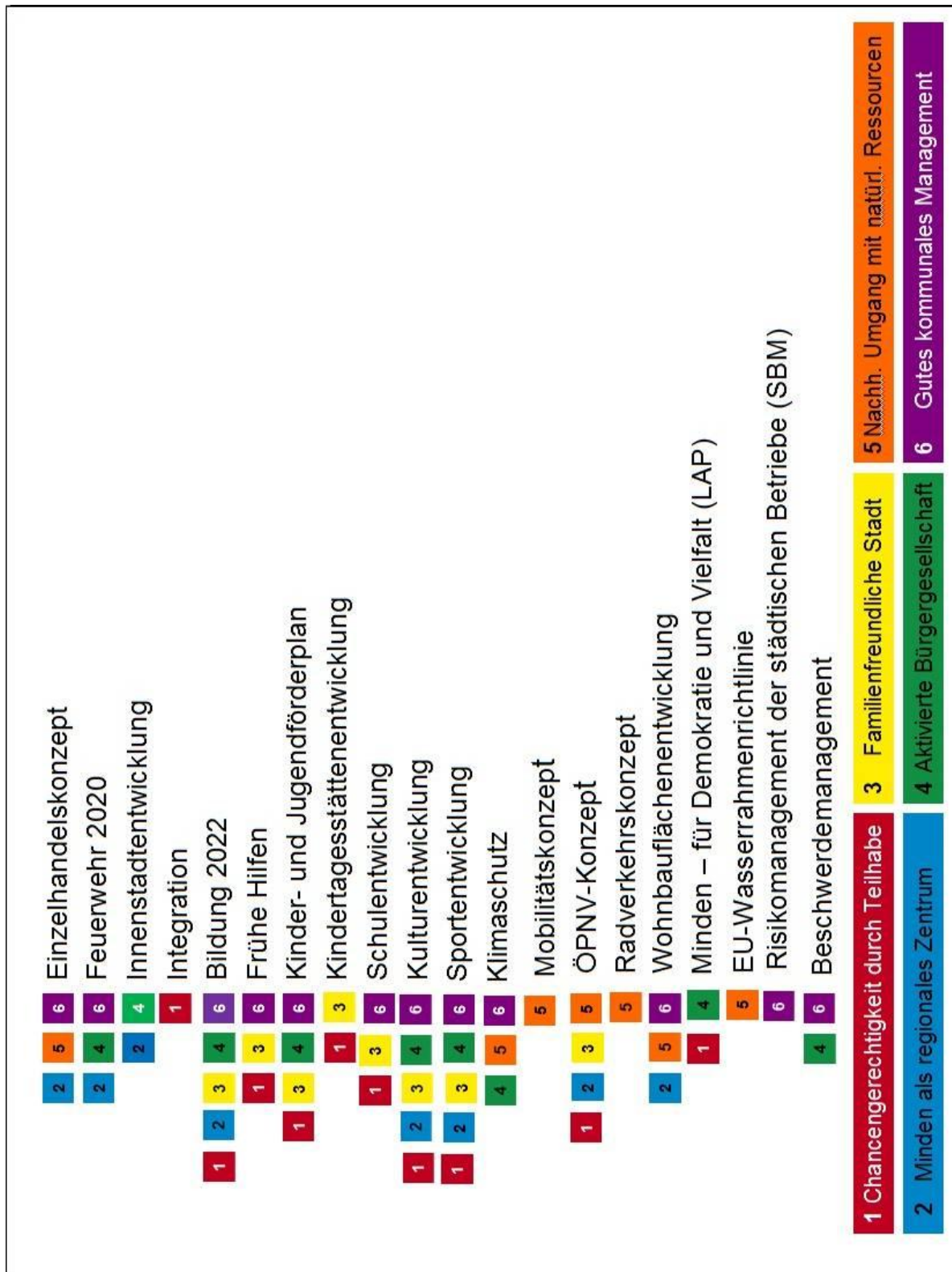
Zielkonflikte

keine

Stadtentwicklungsbericht 2013

4.2 Verknüpfung von Entwicklungsprozessen und Projekten 2013 mit dem strategischen Zielsystem

Die folgende Darstellung veranschaulicht die Einordnung der bedeutenden Entwicklungsprozesse und Projekte des Jahres 2013 in die Strategischen Zielbereiche.



1	2	3	4	5	Entwicklungskonzept Kanzlers Weide
1	2	4	5	Errichtung eines Kinos	
2	5	RegioPort			
2	5	Entwicklung des Wesertor-Quartiers			
2	5	Entwicklung des Rathaus-Quartiers			
1	2	6	Wirtschaftsförderungs- und Standortmarketingkonzept		
1	2	Stadtteilentwicklung Rodenbeck			
2	Ausbau der Breitbandversorgung				
1	2	3	Neugestaltung der Dauerausstellung im Mindener Museum		
2	3	5	Stadtumbaugebiet Alter Weserhafen / westl. Bahnhofsbereich		
2	5	Baulastübernahme der Ortsdurchfahrten			
5	6	Abwasserkonzepte			
1	4	6	Neuerstellung des Internetauftritts der Stadt Minden		
1	2	Preußen-Museum Minden			
2	5	6	Weiterentwicklung Mindener Stadtwerte		
2	5	6	Beteiligung an Westfalen Weser Energie		
2	5	6	Sanierung des Rathauses		
1	3	6	Wirkungsorientierte Steuerung und Gestaltung der Hilfen zur Erziehung		
1	2	3	4	6	Sportpark Zähringerallee
1 Chancengerechtigkeit durch Teilhabe					
2 Minden als regionales Zentrum					
3 Familienfreundliche Stadt					
4 Aktivierte Bürgergesellschaft					
5 Nachh. Umgang mit natürl. Ressourcen					
6 Gutes kommunales Management					

5. Erkenntnisse und Ausblick

Im Rückblick auf das Jahr 2013 und in Kenntnis der vorangegangenen Kapitel kann festgehalten werden, dass der Stadtentwicklungsprozess mit den formulierten Stadtentwicklungszielen eine sehr gute und handhabbare Basis zur grundsätzlichen Ausrichtung der städtischen Entwicklungen bildet. Teil dieser Erfolgsbilanz ist, dass die vorhandene Struktur der Stadtentwicklungsziele zum Teil nachhaltigen Eingang in der Arbeit von Politik und Verwaltung gefunden hat. Das gilt sowohl für die fachübergreifenden bzw. steuerungsrelevanten Themen wie auch für die Fachplanungen. Es gibt allerdings auch noch Nachholbedarfe, einerseits ist es von großer Bedeutung, dass Politik und Verwaltung immer wieder „in Kontakt“ mit den Stadtentwicklungszielen, ihrer Bedeutung und ihrer Weiterentwicklung bleiben, andererseits muss die Bedeutung der Stadtentwicklungsziele und die Ausrichtung der Politik an diesen Zielen den Bürgerinnen und Bürgern deutlicher vermittelt werden.

Ein wesentlicher Erfolgsaspekt ist, dass der „Stadtentwicklungsgedanke“ durch das Herausarbeiten von Schwerpunkten bei den Entwicklungszielen inzwischen eine unverzichtbare Grundlage für den der Abwägungsprozess zwischen finanzieller Konsolidierung und Struktur- und Leistungserhalt für die Bürger einer Mittelstadt und damit einen wichtigen Orientierungsmaßstab darstellt. Damit wird der umfassende Steuerungsanspruch der Stadtentwicklung praktisch umgesetzt und auch beispielsweise gegenüber der Kommunalaufsicht verdeutlicht.

Für den Stadtentwicklungsprozess selbst gilt, dass die durch die Formulierung und Festlegung von Zielen beschriebene strategische Ausrichtung für die Entwicklung der Stadt die Grundlage dafür ist, den Prozess fortlaufend durch die daraus abgeleitete Planung von konkreten Maßnahmen, deren Umsetzung, die Kontrolle, ob die festgelegten Ziele erreicht werden und einer anschließenden Konkretisierung oder Aktualisierung der Zielvorstellungen kontinuierlich fortschreiben zu können. Messbare Erfolge für die Gesamtentwicklung der Stadt können sich zwar erst mittel- bis langfristig einstellen, im Rahmen der Bewertung und Priorisierung der konkret anstehenden Projekte und Maßnahmen entfaltet das Zielsystem aber unmittelbare Wirkung, wie am Beispiel verschiedener Fachplanungen oder des Umgangs mit den Herausforderungen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise bereits aufgezeigt wurde.

Eine detailliertere und vergleichende Betrachtung und Analyse der verschiedenen Projekte und Prozesse, des strategischen Zielsystems und der Rahmenbedingungen lassen allerdings auch einige Optimierungsbedarfe bei der, bzw. Risiken für die Entwicklung der Stadt sowie des Stadtentwicklungsprozess selbst erkennen, die hier noch einmal dargestellt werden sollen. Es sollen zum Teil auch erste Lösungsansätze aufgezeigt werden:

- Auch mit Blick auf die Kontrollfunktion des Stadtentwicklungsberichtes ist ein weiterhin ein Mangel an Überprüfbarkeit und Messbarkeit der Erfolge und Misserfolge von Stadtentwicklung festzustellen. Die bereits mit dem Bericht 2012 begonnene Verknüpfung von Strategischen Zielbereichen und Kenndaten steht noch am Anfang und bedarf in den nächsten Jahren einer weiteren Konkretisierung.

- Die Steuerungswirkung des Zielsystems wird durch die unzureichende Verknüpfung der Strategischen Ziele mit den Produkten und Produktzielen im Haushalt beschränkt. Diesem Defizit wird seit 2013 mit der Schrittweisen Überarbeitung der Ziele und Kennzahlen auf der Ebene der Produkte entgegen gewirkt. Gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen des Kulturbüros wurde ein erstes Pilotprojekt zur Überarbeitung der Ziele und Kennzahlen nach dem Modell der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) gestartet. Dieses Projekt wird in der ersten Jahreshälfte 2014 abgeschlossen sein und danach werden die nächsten Produkte zur Überarbeitung ausgewählt.
- Der öffentliche und politische Transfer des Zielsystems und der strategischen Ausrichtung und damit die Verbreiterung der Basis für den Stadtentwicklungsprozess und die verfolgte Entwicklung der Ausrichtung der Stadt stecken bisher noch in den Kinderschuhen. Im Frühjahr 2014 wird zunächst die politische Beteiligung am Stadtentwicklungsprozess intensiviert, im weiteren Verlauf des Jahres soll auch die Öffentlichkeit stärker in diesen Prozess eingebunden werden.
- Ein regelmäßiger Transfer der sowohl positiven als auch negativen Erfahrungen aus den bereits erarbeiteten Projekten und Entwicklungsprozessen für neue Projekte und Prozesse im Sinne einer Qualitätssicherung ist nicht etabliert. Hier wäre es möglicherweise hilfreich zu abgeschlossenen Projekten, oder Entwicklungsprozessen einen Abschlussbericht zu verfassen.
- Im Jahr 2012 wurde mit dem sehr umfangreich angelegten Entwicklungsprozess „Bildung 2022“ erstmals eine Initiative gestartet, mit der ein „integriertes Bildungskonzept“ geschaffen werden soll, dass sich von der Geburt bis zum Berufsleben am Wohl der Kinder und jungen Erwachsenen orientiert. Mit diesem Entwicklungsprozess soll gleichzeitig ein Paradigmenwechsel hin zu einer verstärkten Zusammenarbeit aller Fachbereiche der Verwaltung, der Schulen, Kindergärten, (Weiter-)Bildungseinrichtungen, Beratungsstellen und weiteren Hilfeinrichtungen eingeleitet werden. Dieser Entwicklungsprozess wird einige Zeit in Anspruch nehmen und umfangreiche Ressourcen werden zu ihrer Verwirklichung notwendig sein. Innerhalb des Entwicklungsprozesses konnte im Jahr 2013 das Stellenbesetzungsverfahren für eine Bildungsplanerin gestartet werden, die Stelle wird im Frühjahr 2014 besetzt. Im Jahr 2014 muss der Schwerpunkt der weiteren Projektentwicklung in der Einbeziehung von Politik und der weiteren Bildungsträger liegen, damit „Bildung 2022“ zügig und im Konsens in die operative Phase übergehen kann.
- Die strategische Schwerpunktsetzung "Minden entwickelt sich als attraktiver und dynamischer Wirtschaftsstandort" als Teil des Zielbereiches "Regionales Zentrum" realisiert sich neben regelmäßigen Kontakten der Verwaltungsspitze zu Entscheidungsträgern in Unternehmen im sonstigen politischen und administrativen Handeln in Einzelprojekten (RegioPort, Kommunale Energieversorgung), im Ausbau von Standortfaktoren (Bildungsangebot, Kultur- und Freizeitmöglichkeiten, Innenstadtentwicklung, Breitbandausbau etc.) sowie in vielfältiger Aktivitäten der MEW im Rahmen der Wirtschaftsförderung und eigenen wirtschaftlichen Betätigung. Dieser Aufgabenbereich soll in der nächsten Zeit deutlich intensiver bearbeitet

werden. Das Wirtschaftsförderungs- Standortmarketingkonzept ist inzwischen fertig gestellt worden, der Schwerpunkt der Arbeit muss jetzt in der operativen Ausgestaltung der Projekte liegen, insbesondere die Erstellung und Umsetzung eines Standortmarketingkonzeptes wird zu den Arbeitsschwerpunkten des Jahres 2014 gehören.

- Im Zuge des Zielschwerpunktes „Oberzentrale Versorgungsfunktion mit dem Fokus auf dem Einzelhandel“ und den bestehenden Mängeln zeichnete sich mit dem Projekt zur Entwicklung des Wesertor-Quartiers eine nachhaltige Lösung ab, bedauerlicherweise musste dieses Projekt in der Zwischenzeit gestoppt werden, da sich der Investor nicht mehr in der Lage sah das Vorhaben zu realisieren. Politik und Verwaltung sind jetzt gemeinsam aufgefordert einen erneuten Stillstand in der Innenstadtentwicklung zu verhindern. Im Rahmen der gesetzten Ziele und planerischen Konzepte muss jetzt für Investoren ein attraktives Klima geschaffen werden.
- Die Mindener Stadtwerke haben sich im ersten Jahr ihres Bestehens bereits erfolgreich am hart umkämpften Energiemarkt platziert. Im Rahmen der Rekommunalisierung der Westfalen Weser Energie bietet sich für die Stadt Minden jetzt die Chance die Position der Mindener Stadtwerke weiter auszubauen. Verwaltung und Politik sind hier aufgefordert den bisher so erfolgreich gegangenen Weg in großem Konsens weiter fortzuführen.
- Im Themenbereich „social-media“ hat die Stadt Minden inzwischen erste Schritte getan, sowohl im Projekt zur Entwicklung des Wesertor-Quartiers, als auch im Bereich der Kulturellen Bildung werden die Möglichkeiten von Facebook und anderen Kommunikations- und Diskussionsmöglichkeiten genutzt, aber noch längst nicht ausgeschöpft.
- Die kleinteiligeren räumlichen Auswirkungen des strategischen Zielkonzeptes, insbesondere auch im Hinblick auf die Funktion der Ortsteile, sind weitestgehend unklar und bedürfen in den nächsten Jahren einer intensiveren Bearbeitung.
- Die öffentliche Thematisierung des von Politik und Verwaltung erarbeiteten Zielsystems ist bürgergerecht und in ansprechender Form voranzutreiben. Aufgrund des eher theoretischen und abstrakten Ansatzes des Zielsystems sollte die „Stadtentwicklungsidee“ und der öffentliche Transfer der zu subsumierenden Prozesse und Projekte allerdings nicht nur eindimensional kommuniziert werden. Hier ist die Präsentation des Zielsystems selbst in einem „attraktiven Gewand“ in Form einer Broschüre eine denkbare erste Maßnahme. Für den Gesamtprozess und die verschiedenen Entwicklungsprozesse und Projekte scheint vor allem die Etablierung einer eigenen Marke – beispielsweise unter einem Slogan „Im Mittelpunkt steht der Mensch“, wie er aus dem Leitbildprozess stammt – erfolgversprechend zu sein. Damit bietet sich die Möglichkeit – insbesondere auch mit engem Bezug zum Standortmarketing – einen Wiedererkennungswert, eine Ablesbarkeit und eine organisatorische Klammer zu schaffen, die eine kommunikative Chance bietet, um das gesamte Thema attraktiver, fassbarer und nachvollziehbarer zu machen. Ein bereits von einigen anderen Kommunen erstelltes „strategischen Zukunftsprogramms“ kann hierzu eine übersichtliche Form zur Vermittlung der strategischen Zielsystems geschaffen werden und soll im Jahr 2014 etabliert werden.